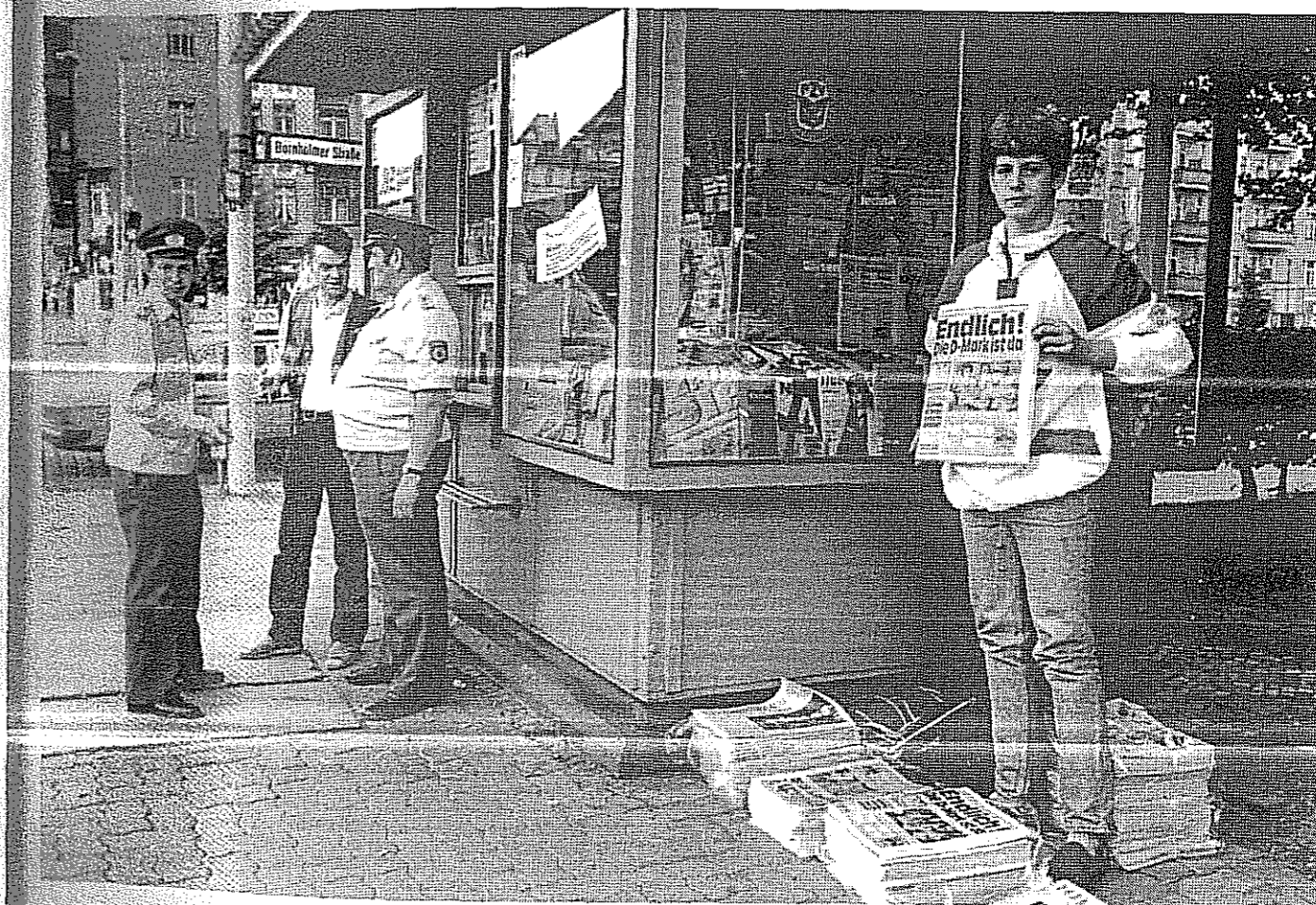


Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie

14. Jg. Nr. 1
November 1999



Herausgegeben im Auftrag der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft
für Soziologie von Wendelin Strubelt, Bonn

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

das vorliegende Nachrichtenblättchen befasst sich im wesentlichen mit der Dokumentation der Berliner Frühjahrstagung der Sektion. Norbert Gestring hat sehr viel Arbeit investiert, um die vorliegenden Manuskripte in eine gute und abdruckfähige Form zu bringen. Dafür vielen Dank. „Die Revolution“ der PCs und der Möglichkeit, Manuskripte auch in einer ansprechenden Form druckfähig zu machen, greift jetzt auch auf unser Blättchen über. Das ist gut so.

Auf meine Frage, die ich im letzten Blättchen gestellt habe, ob wir auch in Zukunft an dieser gedruckten Form festhalten sollten oder unsere Informationen und Nachrichten zukünftig gleich ins Internet stellen und allen zugänglich machen, die es wünschen, habe ich nur eine Antwort bekommen. Herbert Glausauer sei Dank gesagt. Er argumentiert, dass er auch in Zukunft lieber eine gedruckte Fassung in Papierform in der Hand halten möchte. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Netzvielfalt und die Inkompatibilität vieler Botschaften, weshalb er vorschlägt, dass man sich auf einen inhaltlichen Standard verständigen sollte, was aber eine Umformatierung vieler Texte und damit auch einen weiteren Arbeitseinsatz voraussetze. Von mir aus sage ich ganz einfach, wer dies machen will, der möge es machen, ich werde es nicht mehr machen. Insofern gehe ich davon aus, dass wir noch eine Weile eine gedruckte Form des Nachrichtenblatts haben, bis sich Willige finden, hier mit neuer Technik neue Aufgaben zu übernehmen.

Schöne Grüße aus dem ruhigen Bonn
Ihr

Wendelin Strubelt

Bonn, im November 1999

P.S.:

Bitte schicken Sie Ihre Beiträge möglichst bis zum **31. Januar 2000** an meine Adresse:

Wendelin Strubelt
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Postfach 20 01 30
53131 Bonn

Meine Telefon- und Faxnummern haben sich geändert:

Telefon: 0 18 88 - 4 01 - 22 90

Fax: 0 18 88 - 4 01 - 22 94

Das Umschlagfoto stammt von **Jürgen Hohmuth**, Berlin.

Inhaltsverzeichnis

Seite

I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion

Vorträge zur Tagung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie zum Thema Soziale Ausgrenzung, Berlin, 23./24.4.1999	3
➤ Norbert Gestring: Soziale Ausgrenzung - Einführung in das Thema der Tagung	4
➤ Hartmut Häußermann: Sozialräumliche Struktur und der Prozeß der Ausgrenzung: Quartiereffekte	7
➤ Klaus Kuhm: Exklusionsprozesse und städtischer Raum	19
➤ Rosemarie Sackmann: Was bedeutet gesellschaftliche Integration von Arbeitsmigranten?	29
➤ Bertholt Vogel: Die 'Entbehrlichen' - Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung in der Großstadt	40
➤ Rolf Keim, Rainer Neef: Alltagsbewältigung im Problemviertel zwischen Selbsthilfe, Resignation und Ausgrenzung	45
➤ Thomas Schwarzer: Ausgrenzung, Abgrenzung und Zusammenhalt. Eine empirische Untersuchung in vier Stadtteilen Hannovers	53
➤ Peter Bremer: Migranten zwischen Integration und Ausgrenzung	63
➤ Holger Kuhle: 'Exclusion social' - ein 'alter' Begriff für ein neues Phänomen - Kritische Anmerkungen zu einem Begriff, der in Deutschland zunehmend Resonanz findet	73
➤ Andreas Kapphan: Sozialräumliche Polarisierung in Berlin seit 1990	78
➤ Adressen der Autoren	88
II. Literaturhinweise	
➤ Diverse Literaturhinweise	90
➤ Auszug aus den „Schnellinformationen“ des BBR über neu erworbene Literatur	97

I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion

VORTRÄGE ZUR TAGUNG DER SEKTION STADT- UND REGIONALSOZIOLOGIE

ZUM THEMA SOZIALE AUSGRENZUNG,

BERLIN, 23./24.4.1999

- Norbert Gestring: Soziale Ausgrenzung - Einführung in das Thema der Tagung
- Hartmut Häußermann: Sozialräumliche Struktur und der Prozeß der Ausgrenzung: Quartierseffekte
- Klaus Kuhm: Exklusionsprozesse und städtischer Raum
- Rosemarie Sackmann: Was bedeutet gesellschaftliche Integration von Arbeitsmigranten?
- Bertholt Vogel: Die 'Entbehrlichen' - Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung in der Großstadt
- Rolf Keim, Rainer Neef: Alltagsbewältigung im Problemviertel zwischen Selbsthilfe, Resignation und Ausgrenzung
- Thomas Schwarzer: Ausgrenzung, Abgrenzung und Zusammenhalt. Eine empirische Untersuchung in vier Stadtteilen Hannovers
- Peter Bremer: Migranten zwischen Integration und Ausgrenzung
- Holger Kuhle: 'Exclusion social' - ein ,alter' Begriff für ein neues Phänomen - Kritische Anmerkungen zu einem Begriff, der in Deutschland zunehmend Resonanz findet
- Andreas Kapphan: Sozialräumliche Polarisierung in Berlin seit 1990

Norbert Gestring (Oldenburg):

Soziale Ausgrenzung - Einführung in das Thema der Tagung

1.

Der Begriff der sozialen Ausgrenzung verweist auf neue Formen gesellschaftlicher Spaltung. In der deutschen Sozialwissenschaft wird über Ausgrenzung erst seit wenigen Jahren diskutiert, wobei die Beiträge unterschiedliche Konzepte und Definitionen von Ausgrenzung verwenden. Die deutsche Debatte knüpft zum einen an die Kontroversen über die *urban underclass* in den USA an, zum anderen an die Forschungen über *exclusion* in Frankreich. Für die Stadtsoziologie ist an diesen Beispielen insbesondere der Zusammenhang von sozialer und räumlicher Ausgrenzung und dessen unterschiedliche Ausprägung in den beiden Ländern von Interesse: In den USA geht es um den Wandel der Ghettos der Schwarzen. Aus den sozial integrierten Ghettos, in denen sich die gesamte Sozialstruktur - von den Armen bis zur kleinen Mittel- und Oberschicht - abbildete, sind Ghettos der Arbeitslosen, Armen und *drop outs* geworden, die durch die räumliche Ausgrenzung sozial isoliert werden von der übrigen Gesellschaft. Peter Marcuse spricht vom "Ghetto der Ausgeschlossenen", das an die Stelle des "Ghettos der Ausgebeuteten" getreten ist. In Frankreich geht es - in der räumlichen Dimension von Ausgrenzung - um den Wandel der Großsiedlungen in den Vorstädten der Großstädte, den *banlieus*. Sie waren Wohnort der integrierten französischen Arbeiterklasse und sind zum großen Teil zu Auffangzonen für die Verlierer des ökonomischen Wandels geworden, zu denen überproportional viele Migranten gehören.

2.

Was aber ist mit sozialer Ausgrenzung gemeint? Der Begriff ist umstritten, jedenfalls nicht eindeutig - was schon die unterschiedlichen Titel der Beiträge zu dieser Tagung zeigen. Für eine erste Annäherung lassen sich zwei Gemeinsamkeiten aus den Studien zur Ausgrenzung festhalten: Ausgrenzung ist erstens ein multidimensionale Begriff und beschreibt zweitens einen Prozeß.

Zunächst zur Multidimensionalität: Ausgrenzung beinhaltet ökonomische, soziale, kulturelle, politische und räumliche Dimensionen. Forschungen über Ausgrenzung können sich somit nicht auf eine Dimension, etwa das Arbeitsmarktschicksal oder die Wohnsituation, beschränken, sondern es geht auch um die Funktionsweise familiärer und sozialer Netzwerke, die Lebensweise und Selbstdefinitionen von Betroffenen, die politischen Rechte - etwa von Migranten -, neue Formen staatlicher Regulation sowie in der räumlichen Dimension - um kumulative Effekte der Benachteiligung durch residentielle Segregation. Umstritten ist in der Diskussion zum einen, welche Dimensionen aktuell von zentraler Bedeutung sind - die französische Debatte beispielsweise konzentriert sich auf die Folgen des ökonomischen Wandels und der Veränderungen

der sozialen Netzwerke. Zum anderen ist umstritten, ob es grundsätzlich eine Hierarchie der Dimensionen gibt.

Daß Ausgrenzung ein Prozeß sei, wird in allen Texten zum Thema betont. Dabei lassen sich allerdings zwei Sichtweisen auseinanderhalten, die sich danach unterscheiden, was beobachtet wird: Einmal wird auf das Ergebnis des Prozesses geschaut. Das ist der Fall, wenn es um die *urban underclass* geht, die in der westlichen Welt der härteste Fall einer verfestigten sozialräumlichen Ausgrenzung ist, aber auch wenn die Metapher des Drinnen oder Draußen verwendet und Ausgrenzung und Integration als Entweder-Oder-Entscheidungen aufgefaßt werden. Zum zweiten wird der Verlauf von Ausgrenzung, also der Prozeß selbst, beobachtet. Diese unterschiedlichen Sichtweisen auf die Prozeßhaftigkeit von Ausgrenzung haben weitreichende Konsequenzen. Denn wenn das Ergebnis des Prozesses im Mittelpunkt steht, dann wird Ausgrenzung thematisiert als Problembeschreibung einer gesellschaftlichen Minderheit von Ausgegrenzten. Wenn dagegen der Prozeß der Ausgrenzung selbst beobachtet wird, dann wird Ausgrenzung thematisiert als Problembeschreibung der Gesellschaft, dann beginnt Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt nicht erst mit der Langzeitarbeitslosigkeit, sondern mit prekären Beschäftigungsverhältnissen wie erzwungener Teilzeitarbeit und befristeten Arbeitsverträgen, und dann beginnt Ausgrenzung aus dem Wohnungsmarkt nicht erst bei der Obdachlosigkeit, sondern bei einer zunehmenden Segregation, die ökonomisch oder durch Diskriminierung erzwungen ist.

3.

Für die theoretisch orientierte Diskussion müßten diese Aspekte der Multidimensionalität und Prozeßhaftigkeit im Mittelpunkt stehen. In der empirischen Forschung geht es um vier Fragen:

- Erstens, der Frage nach den betroffenen Gruppen: Wer wird ausgegrenzt?
- Zweitens, der Frage nach den Dimensionen: Von was wird jemand ausgegrenzt?
- Drittens, der Frage nach der gesellschaftlichen Platzierung von Ausgegrenzten: Wohin wird jemand ausgegrenzt?
- Und viertens, der Frage nach den Mechanismen: Was sind die Ursachen von Ausgrenzung?

4.

Das Ziel der Tagung ist es, einen Überblick über den Stand der Forschung zur Ausgrenzung zu geben, die damit verbundenen Kontroversen zu verdeutlichen und nicht zuletzt die neuen Formen sozialer Spaltung zu beschreiben.

Die ersten drei Beiträge behandeln theoretisch-konzeptionelle Aspekte der Ausgrenzungsdebatte. *Hartmut Häußermann* konzentriert sich in seinem Beitrag auf die räumliche Dimension sozialer Ausgrenzung. Dafür diskutiert er systematisch die Frage, unter welchen Umständen "aus benachteiligten Quartieren benachteiligende" werden. *Klaus Kuhm* bezieht sich in seinem Beitrag auf die systemtheoretische Argumentation Luhmann'scher Prägung. Demnach muß man Ausgrenzung bzw. Exklusion in allen

gesellschaftlichen Teilsystemen beobachten und zum anderen von einer prinzipiellen Gleichrangigkeit der Teilsysteme Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft, Medien etc. ausgehen. *Rosemarie Sackmann* befaßt sich mit dem Gegenbegriff zur Ausgrenzung: der Integration. Am Beispiel der Migranten, die nicht nur aufgrund ihres oft ungesicherten rechtlichen Status' zu den von Ausgrenzung besonders bedrohten Gruppen gehören, verdeutlicht sie ein Verständnis von Integration, nach dem ökonomische, politische und kulturelle Integrationsbereiche zu unterscheiden sind und Integration eine Anforderung für alle Gesellschaftsmitglieder, Zuwanderer und Einheimische, darstellt.

Die danach folgenden sechs Beiträge stützen sich auf - größtenteils laufende - empirische Forschungsprojekte, die in verschiedenen Großstädten *auch* die räumlichen Wirkungen von Ausgrenzungsprozessen untersuchen. *Bertholt Vogel* präsentiert Zwischenergebnisse einer Studie über Ausgrenzungsverläufe bei Langzeitarbeitslosen in einem städtischen Arbeitsmarkt. Um Quartierseffekte berücksichtigen zu können, wurden die Erhebungen in einem innerstädtischen Altbauquartier und einer Großsiedlung des sozialen Wohnungsbaus in Hamburg durchgeführt. *Rolf Keim* und *Rainer Neef* haben in ihrer Kasseler Untersuchung ebenfalls zwei Quartiere diesen Typs einbezogen. Sie unterscheiden zwischen 'stabilen', 'prekären' und 'marginalisierten' Haushalten und fragen, inwieweit die Haushalte über informelle Ressourcen zur Bewältigung ihrer Lebenslage verfügen und welche Rolle soziale Netzwerke und Nachbarschaftsmilieus dabei spielen. *Thomas Schwarzer* analysiert vier Stadtteile Hannovers mit dem Ziel, Aussagen über Mechanismen von Ausgrenzung und Chancen des sozialen Zusammenhalts in verschiedenen städtischen Quartieren machen zu können. *Peter Bremer* berichtet aus seinem abgeschlossenen Promotionsprojekt über das Ausgrenzungsrisiko und die Integrationschancen von Migranten in zwei Stadtteilen Hannovers - einem funktional gemischtem Altbauquartier und einer monofunktionalen Großsiedlung. *Holger Kuhle* vergleicht in seinem Promotionsvorhaben Prozesse sozialräumlicher Ausgrenzung in Berlin und Paris. Während in Paris die Großsiedlungen in einem langsamen Abwärtsprozeß zu Orten von Ausgegrenzten wurden, zeichnet sich in Berlin in den innerstädtischen Quartieren, die traditionell Wohnorte der Benachteiligten sind, infolge des rasanten ökonomischen Wandels seit 1990 eine Entwicklung ab, die als Beschleunigung sozialräumlicher Ausgrenzung beschrieben wird. In der hier abgedruckten schriftlichen Fassung beschränkt Holger Kuhle sich auf eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff der Exklusion. *Andreas Kapphan* zeigt - auf der Grundlage einer Studie über den sozialräumlichen Wandel -, daß für Berlin seit 1990 massive Tendenzen der Polarisierung der Stadtbevölkerung und der verschärften residentiellen Segregation nachgewiesen werden können.

Hartmut Häußermann (Berlin):

Sozialräumliche Struktur und der Prozeß der Ausgrenzung:

Quartierseffekte

1. Das Problem der abweichenden Kultur
2. Welche Effekte?
3. Das soziale Milieu (Das Quartier als Lernraum)
4. Die materielle Dimension
5. Symbolische Gewalt
6. Zusammenfassung
7. Politische Perspektiven
7. Literatur

1. Das Problem der abweichenden Kultur

Gebiete mit hoher Konzentration von Armen bilden einen Ort, von dem negative Effekte auf die Bewohner ausgehen, der also benachteiligende Effekte hat. Das ist die zentrale These, die der sozialräumlichen Dimension der sozialen Ausgrenzung zugrundeliegt der Beitrag der Segregation zur Ausgrenzung also.

Damit ist ein altes Thema der Stadtsoziologie angesprochen, denn die Verbindung von räumlichen Konstellationen und sozialen Effekten ist eines der originären Themen der sozialökologischen Stadtforschung seit den 20er Jahren: der Zusammenhang zwischen 'moralischer' und physischer Ordnung liegt dem großstädtischen Integrationsmodell der 'natural areas' zugrunde, in dem die Stadt als ein Mosaik kleiner Welten begriffen wird, die Disziplinierungs- und Sozialisationsleistungen für eine kulturell heterogene Stadt erbringen. Der Zusammenhang zwischen den sozialräumlichen Strukturen der Großstadt und epidemischen Erscheinungen wie vorehelicher Geschlechtsverkehr, Kriminalität und Armut ist seit je ein prominenter Gegenstand von empirischen Untersuchungen der quantitativ verfahrenen Stadtforschung gewesen (vgl. Friedrichs 1998, 87f.). Bisher sind allerdings die methodischen Fragen der Analyse von solchen 'Kontexteffekten' nie befriedigend gelöst worden, so daß bis heute in der Stadtforschung wenig Klarheit darüber besteht, inwieweit und welche Faktoren der städtischen Umwelt das (abweichende) soziale Verhalten beeinflussen.

In der Diskussion um Strategien der Stadtsanierung Ende der 60er Jahre hat die Frage, inwieweit die physische Umwelt Teil der problematischen soziale Lage sei, in der sich die Bewohner von Sanierungsgebieten üblicherweise befanden (Arme, Alte, Ausländer usw.), eine zentrale Rolle gespielt. Soziologen wurden damit beauftragt, Diag-

nosen zu den sozialen Verhältnissen und zu ihrer Veränderbarkeit zu geben. Dabei wurden typischerweise folgende drei verschiedenen Positionen eingenommen, die für die Bewertung der baulichen Umwelt den Hintergrund bildeten:

- In einer **Modernisierungsperspektive** galten Wohn- und Lebensverhältnisse in Sanierungsgebieten als 'rückständig', weil weder die Wohnungsqualität noch die Lebensweisen den Standards einer 'modernen' Gesellschaft zu entsprechen schienen; die Bewohner von Sanierungsgebieten wurden als benachteiligt bezeichnet, weil sie Bewohner von Sanierungsgebieten waren. Sowohl das soziale als auch das materielle Milieu wurden als Bedingungen für eine Lebensführung betrachtet, die angesichts dieser Umstände nur defizitär sein konnte. Das Sanierungsgebiet war ein benachteiligendes Gebiet, eine **Falle**, aus der die Bewohner durch Beseitigung des materiellen und sozialen Milieus befreit werden mußten;
- **Gegen diese Modernisierungsperspektive** wandten sich diejenigen Soziologen, die in der Beschreibung der spezifischen sozialen Beziehungen nicht eine minderwertige, sondern eine **Gegenkultur** erkennen zu können glaubten; nicht die Perspektive der Anpassung an bzw. der Integration in die 'moderne' (kapitalistische) Gesellschaft sollte zum Maßstab der Beurteilung der Qualität von Wohn- und Lebensbedingungen gemacht werden, sondern die **Utopie einer ganz anderen Lebensweise**, deren Herstellung auf revolutionärem Wege zur maßstabsbildenden Perspektive gemacht wurde. Rückständigkeit wurde als **Andersartigkeit** interpretiert, die den Keim der radikalen Alternative, des gesellschaftlichen Gegenentwurfs in sich trug – die den Bewohnern häufig aufgenötigten Verbesserungen der Wohnsituation wurden – auch weil sie mit Mieterhöhungen verbunden waren – als 'Zwangskonsum' bezeichnet.
- Gleichsam **zwischen diesen beiden Positionen**, zwischen Anpassung und Gegenwehr wäre das Plädoyer für eine **behutsame Sanierung** anzusiedeln, nach der zwar die 'durchschnittlichen Wohnstandards' auch in den verfallenen und vernachlässigten Gebieten für eine einkommensschwache Bevölkerung durchgesetzt werden sollen - aber sozialverträglich auch hinsichtlich der Kosten. Das heißt, daß auf die **Eigenart der sozialen Beziehungen** Rücksicht genommen wird, die weitestgehend vor Eingriffen geschützt werden sollen, wenn die Bewohner es wünschen (Partizipation). Die Eigenart der sozialen Beziehungen (informelle Hilfsnetze, informelle Ökonomie) wird als zu bewahrende Kulturleistung anerkannt, deren sozialen und materiellen Effekte andernfalls durch staatlich-städtische Institutionen erbracht werden müßten. Die Bewahrung traditionaler Sozialformen, die an eine bestimmte physische Umgebung (in der Regel innerstädtische Altbaugebiete) gebunden sind, wurde als Alternative zur rigiden und sozial zersetzenden Wirkung der Modernisierungsstrategie mit der Umsetzung in die Großsiedlungen am Stadtrand verstanden und propagiert.

Wir können also eine *Modernisierungsstrategie* unterscheiden von einer *Strategie der politisch verstandenen Gegenkultur*, und davon wiederum eine *Fürsorge-Strategie*, die traditionales Sozialkapital gegen die Zerstörung durch eine etatistisch angeleitete Modernisierung verteidigt. In allen drei Perspektiven werden implizit Effekte der baulich-physischen Umgebung angenommen, die freilich untrennbar mit den sozialen Milieus verbunden sind. Diese Milieus werden jedoch unterschiedlich interpretiert, und daher

werden die *Effekte auch unterschiedlich bewertet*: im ersten Fall ist das Quartier *benachteiligend*, im zweiten Fall *emanzipierend*, im dritten bewahrend bzw. *beschützend*.

Diese Vorgeschichte und die damit verbundenen soziologischen Einschätzungen und politischen Bewertungen sollte man im Gedächtnis haben, wenn man daran geht, die räumliche Konzentration von bestimmten sozialen Problemen bzw. von Bevölkerung mit bestimmten Merkmalen als Problem zu beschreiben und Ansätze für eine Veränderung zu entwickeln. Ebenso wie die segregierten Räume von ethnischen Minderheiten beschützende oder benachteiligende Wirkungen haben können (ethnische Kolonien oder Ghettos) – die man den Gebieten nicht sofort und nicht ohne weiteres ansieht, und die auch nicht einheitlich für alle Bewohner gleich sind -, sind die Effekte sozialräumlicher Ungleichheit für die Armutsbevölkerung nicht ohne weiteres gleichzusetzen mit sozialer Ausgrenzung. Unter welchen Bedingungen und auf welche Weise aus einem benachteiligten Gebiet ein benachteiligendes Gebiet wird, muß sorgfältig bestimmt und sorgfältig untersucht werden.

Wenn sich in der Großstadt Quartiere entwickeln, in denen leben zu müssen bedeutet, von den Chancen der Teilhabe an einem 'normalen gesellschaftlichen Leben' ausgeschlossen zu sein, dann besteht dringender politischer Handlungsbedarf. In einem solchen Fall geht es nicht mehr um die Frage, ob die Intervention modernisierungstheoretisch begründet wird oder ob evtl. schützenswerte Biotope einer distinkten Kultur angegriffen werden, sondern es geht um die Herstellung von Chancengleichheit. Mit dieser Forderung ist das verzwickte Problem verbunden, daß die Lebensbedingungen und Lebensweisen in einem problembehafteten Quartier möglicherweise für die heute dort lebenden *Erwachsenen* als eine Subkultur mit eigenem Recht beschrieben werden können, *nicht jedoch für die Jugendlichen und Erwachsenen*, die in dieser Kultur sozialisiert werden – dies ist das starke Argument in der Diskussion über eine *'Armutskultur'*.

2. Welche Effekte?

Anlaß für eine Diskussion über die räumliche Konzentration von sozialen Problemen bzw. von Haushalten, die mit besonderen Problemen behaftet sind, ist die Vermutung, daß *sich die Konzentration von Benachteiligten zusätzlich benachteiligend für die Benachteiligten auswirke*, daß *aus benachteiligten Quartieren benachteiligende* werden oder daß *'arme Nachbarschaften ihre Bewohner ärmer machen'* (vgl. Friedrichs 1998). Die Tatsache, so die These, daß man in einer bestimmten Gegend wohnt, ist selbst ein Faktor der Benachteiligung, soziale Ungleichheit wird damit nicht nur befestigt, sondern verschärft.

Diese Behauptung ist nicht unumstritten, zumindest ist sie in Deutschland bisher nicht überzeugend nachgewiesen worden, sie gehört aber zum selbstverständlichen Argumentationsreservoir derer, die die räumliche Konzentration von Armen oder anderweitig sozial Diskriminierter bekämpfen – und damit befindet man sich oft in einer unfreiwilligen Koalition mit sozialtechnischen oder sogar fremdenfeindlichen Ansätzen. Das darf jedoch nicht vom Denken abhalten.

Effekte eines Quartiers kann man sich auf verschiedene Weise vorstellen:

- a) Einerseits so, daß durch die vorherrschenden Überzeugungen und das dominante Verhalten der Bewohner eine **'Kultur'** entsteht, die auch diejenigen prägt, die bisher nicht Träger einer solchen Kultur waren. Die Rede ist von sozialem Lernen. Das Leben in einem Quartier **prägt Verhaltens- und Denkweisen**, die dazu führen, daß sich die Mitglieder einer solchen Kultur immer weiter von den Normen und Verhaltensweisen der Mainstream-Gesellschaft entfernen und dadurch Nachteile erleiden, daß sie z.B. Chancen auf dem Arbeitsmarkt auch dann nicht mehr haben bzw. ergreifen können, wenn diese objektiv wieder gegeben sind. In der konservativen amerikanischen Version ist dies die zentrale Bestimmung der 'underclass', die vor allem durch negative Verhaltensweisen und diese rechtfertigenden Einstellungen charakterisiert ist. (Eigenschaften der Menschen)
- b) Andererseits zeichnen sich benachteiligte Quartiere durch Eigenschaften aus, die entweder die Lebensführung beschwerlich machen und/oder die **Handlungsmöglichkeiten** ihrer Bewohner **objektiv einschränken**. Dabei handelt es sich um physisch-materielle Merkmale eines Quartiers (Qualität als Wohnort, Erreichbarkeit) und um seine institutionelle Ausstattung (Dienstleistungen und soziale Infrastruktur. (Eigenschaften des Quartiers)
- c) Eine dritte Dimension stellt das **negative Image** eines Quartiers dar, das aufgrund eigener Erfahrungen oder aufgrund von Vorurteilen dem Quartier aufgedrückt wurde, und das dann **nach innen** (gegenüber seinen Bewohnern) und **nach außen** (als Stigmatisierung der Bewohner) Effekte entfaltet, die die Handlungsmöglichkeiten der Bewohner weiter einschränken. (Zuschreibungen)

Wir haben es also mit drei Bündeln von Effekten zu tun, die als **soziales Milieu**, als **materielle Ausstattung** und als **Image** bezeichnet werden können. Deren Wirkungen im einzelnen sollen im folgenden umrissen werden. Die Unterscheidung dieser Dimensionen findet sich auch im Milieu-Begriff wieder, wie ihn Keim (1979) vorgeschlagen hat, und in der Dimensionalanalyse des 'sozialen Raums', wie sie von Läßle (1991) entwickelt worden ist. Dangschat (1997) hat Versuche unternommen, das Konzept von Läßle zu erweitern und anzuwenden, ist aber von einer praktikablen Operationalisierung noch weit entfernt geblieben.

Nach Keim bildet sich ein spezifisches Quartiersmilieu aus der *Quartiersgeschichte*, aus den *Nutzungsstrukturen* und den *sozialen Beziehungen* im Raum. Damit sind drei soziale Dimensionen als Bestandteile eines örtlichen Milieus identifiziert. Läßle verfolgt ein ähnliches Konzept, benennt die Dimensionen allerdings anders. Er unterscheidet das *materiell-physische Substrat*, die *Interaktions- und Handlungsstrukturen*, ein *normatives Regulationssystem* und ein *Symbol- und Repräsentationssystem*. Diese analytischen Konzepte können mit den hier unterschiedenen drei Dimensionen (sozial, materiell, symbolisch) in Übereinstimmung gebracht werden.

Sich in dem hier diskutierten Zusammenhang ausschließlich auf gesellschaftlich produzierte Qualitäten zu beziehen, ist deshalb zwingend, weil sich benachteiligte oder depravierte Milieus heute in den verschiedensten baulichen Kulissen finden: die innenstadtnahen unsanierten Altbaugelände gehören nach wie vor ebenso dazu wie sanierte Quartiere in der Innenstadt, sehr junge Wohnkomplexe des sozialen Wohnungsbaus ebenso wie bereits ältere Großsiedlungen am Stadtrand. Wenn von be-

nachteiligten Quartieren die Rede ist, kann dies nicht gleichgesetzt werden mit einer bestimmten physisch-baulichen Struktur.

Die möglichen Funktionszusammenhänge, d.h. die benachteiligenden Effekte eines Quartiers werden im Folgenden hinsichtlich der drei Dimensionen hypothetisch formuliert.

3. Das soziale Milieu (Das Quartier als Lernraum)

Die benachteiligenden Effekte eines Milieus, das aus Benachteiligten gebildet wird, bestehen vor allem in den Sozialisierungseffekten und in den Beschränkungen sozialer Interaktion, also in der Einschränkung der sozialen Erfahrung und in der Restriktion von Austauschprozessen. Zugrunde liegen eine Theorie sozialen Lernens bzw. eine Sozialisierungstheorie, und die Netzwerktheorie zu den Wirkungen von Kontaktnetzen.

a) Soziales Lernen erfolgt in der Familie, durch die Medien, in der Schule und in Peer-Groups – mit den beiden zuletzt genannten Institutionen ist die Nachbarschaft bzw. das Quartier als Lernraum angesprochen. Das entscheidende Problem besteht darin, daß in einer Nachbarschaft, in der vor allem Modernisierungsverlierer, sozial Auffällige und sozial Diskriminierte konzentriert wohnen, vor allem bestimmte (abweichende) Normen und Verhaltensweisen repräsentiert sind, andere (mainstream) hingegen nicht oder immer weniger. Dadurch wird ein internes Feedback erzeugt, das zu einer stärkeren Dominanz der abweichenden Normen führt, und von dieser geht nun ein Anpassungsdruck aus. Sowohl durch sozialen Druck wie durch Imitationslernen werden diese Normen immer stärker im Quartier verbreitet, und die Kultur der Abweichung wird zur dominanten Kultur. Kinder und Jugendliche haben gar nicht mehr die Möglichkeit, andere Erfahrungen zu machen und werden so gegenüber der 'Außenwelt' sozial isoliert. Die Erfahrung, mit dem eigenen Verhalten und mit den eigenen Normen 'außerhalb' auf Ablehnung zu stoßen, führt dann nicht zu einer Verunsicherung und zur Erfahrung anderer Möglichkeiten, sondern zu reaktiven Verstärkungen und weiterer Distanzierung von der 'normalen' Gesellschaft.

Diese Isolation bzw. die Verstärkung der subkulturellen Qualität beschleunigt selektive Migrationsprozesse, insbesondere bei Familien mit Kindern, wenn die Normen und Verhaltensweisen, die im Quartier Dominanz erlangen, nicht mit denjenigen der Familien übereinstimmen. Im Alltag können Kontakte zwischen den verschiedenen Kulturen weitgehend vermieden werden, nicht aber in der Schule. Je mehr Haushalte mit Wegzug reagieren, desto geringer werden die Erfahrungsmöglichkeiten mit 'positiven' Rollen, es gibt also dann immer weniger unterschiedliche (Verhaltens- bzw. Lebens-) Modelle, an denen sich das eigene Verhalten orientieren könnte.

Beispiele dafür gibt es genug: wenn Kinder oder Jugendliche überhaupt niemanden mehr kennen, der einer regelmäßigen Erwerbsarbeit nachgeht, entwickeln sie keine Vorstellung davon, daß pünktliches und regelmäßiges Aufstehen und die Aufrechterhaltung einer äußeren Ordnung (Selbstdisziplin) eine Lebensmöglichkeit darstellen, die mit gewissen Vorteilen verbunden sein kann. Oder: wenn Jugendliche in ihrem Bekanntenkreis niemanden mehr kennen, der mit 'normaler' Erwerbstätigkeit seinen (bescheidenen) Lebensunterhalt verdient, hingegen einige, die sich mit kriminellen Aktivitäten ohne großen Aufwand eine spektakuläre Lebensführung ermöglichen und

sich obendrein über seinen mühseligen Schulbesuch lustig machen – welche Handlungsalternativen bieten sich da?

Die Einschränkung der Erfahrungswelt insbesondere von Jugendlichen und Kindern durch die fehlende Repräsentation von sozialen Rollen, die ein 'normales' Leben ausmachen (z.B. Erwerbstätigkeit, regelmäßiger Schulbesuch etc.) stellt eine Benachteiligung dar, weil sie die Möglichkeiten sozialen Lernens beschränkt und einen Anpassungsdruck in Richtung von Normen und Verhaltensweisen erzeugt, die von der übrigen Gesellschaft mit Ausgrenzung beantwortet werden.

b) Dieser Anpassungsdruck 'nach unten' ist nicht nur für Jugendliche relevant, vielmehr werden das Selbstbild und die Selbstachtung von Erwachsenen durch die soziale Umwelt (Bezugsgruppen) ebenfalls beeinflusst. Wenn eigene Aspirationen und Normen durch die Umwelt ständig entwertet und als disfunktional lächerlich gemacht werden, ist es – wenn die exit-Option nicht möglich ist – sehr wahrscheinlich, daß eine Anpassung an diese Umwelt erfolgt und damit die Chancen auf eine Wiederherstellung der Umstände, auf die die früheren Normen und Verhaltensweisen ausgerichtet waren, immer geringer werden. Solche Reaktionen sind aus der Wohnbedürfnisforschung bekannt: auch dort erfolgt eine Anpassung der eigenen Normen nach unten, wenn keine Möglichkeiten zur aktiven Anpassung, also zur Veränderung oder zum Wechsel der Umwelt gegeben sind.

Unter welchen Bedingungen hat das Quartier eine Sozialisationswirkung? Die vorgebrachten Argumente haben nur dann Geltung, wenn sich die Erfahrungsräume und Kontaktnetze tatsächlich auf das Quartier begrenzen. Was spricht nach den Erkenntnissen der Stadtsoziologie dafür? Friedrichs (1998) hat die diesbezüglichen Forschungsergebnisse zusammengefasst und kommt zu dem Ergebnis, daß im allgemeinen die Nachbarschaft keinen besonderen Einfluß auf die Reichweite und die Zusammensetzung der Verkehrskreise hat, weil die Status-Homogenität wichtiger als die räumliche Nähe ist. Innerhalb sozial homogener Verkehrskreise spielt räumliche Nähe dann eine Rolle, d.h. die soziale Spannbreite von Kontaktkreisen ist nicht besonders weit, aber innerhalb der Status-Homogenität werden die Kontakte häufiger und intensiver, wenn sie durch räumliche Nähe erleichtert werden. Strohmeier (<...>) hat dies anhand von Kontakten und Hilfeleistungen sogar innerhalb von Verwandtschaftsnetzen zeigen können.

Andererseits ist aus zahlreichen Untersuchungen bekannt, daß in den Verkehrskreisen von unqualifizierten Arbeitern bzw. von Unterschichtsangehörigen die Netze lokal stark eingegrenzt bzw. auf das Quartier konzentriert sind. In der Regel sind diese Netze auch kleiner. In der Arbeitslosigkeit verengen sich die ohnehin schon vergleichsweise kleineren Netze weiter: Rückzug ins Private wegen Selbstzweifeln und Resignation; Verlust von Kontakten, die mit dem Arbeitsplatz verbunden waren; Vermeidung von Kontakten, die jene Lebensweise repräsentieren, die man gerade selbst nicht mehr führen kann (Reduktion kognitiver Dissonanz) und schließlich Ausschluß von Aktivitäten, die mit Geldausgaben verbunden sind – alles dies sind Reaktionen, die in der Arbeitslosenforschung mehrfach belegt wurden und als gesicherte Erkenntnis gelten können.

c) Die sozialen Netzwerke werden enger und homogener, und dadurch verändert sich ihre Qualität. Wie Granovetter (<...>) gezeigt hat, sind lose geknüpfte soziale Netzwer-

ke, die in ihrer sozialen Zusammensetzung heterogen sind, weit produktiver und ertragreicher als eng geknüpfte soziale Netze, die (gerade deswegen) sozial homogen sind (the weakness of strong ties). Daher kann gefolgert werden: wenn ein Haushalt aufgrund von Einkommensverlusten seinen Wohnstandort wechseln und in ein 'benachteiligtes' Quartier ziehen muß, sinken seine Chancen für eine Selbstbehauptung in der informellen Ökonomie, denn er kennt dann nur noch Leute, die ähnliche Probleme wie er selbst haben. Räumliche Mobilität wird durch soziale Abwärtsmobilität erzwungen und verstärkt diese. Die vergleichsweise engen Nachbarschaftsbeziehungen in problembeladenen Quartieren, denen unter fürsorgerischer Perspektive besonderer Respekt entgegengebracht wird, sind hinsichtlich der Erfahrungen und der Interaktionschancen, die damit verbunden sind, als ausgesprochen negativ einzustufen.

Der negative Effekt der sozial selektiven Mobilität in der Stadt besteht darin: aus den problembeladenen Stadtteilen ziehen diejenigen weg, die über das ökonomische und soziale Kapital verfügen, um den negativen Wirkungen des Quartiers zu entkommen, andererseits werden die Quartiere dadurch immer weniger heterogen und damit die Gründe für einen Wegzug immer stärker.

Das gleiche ist der Fall, wenn das Quartier durch eine Arbeitsmarktkrise insgesamt in finanzielle Not gerät (wenn aus einem Arbeiterquartier ein Arbeitslosenquartier wird, wie im Fall von Marienthal) – dann ergibt sich eine ähnliche Situation ohne räumliche Mobilität.

Pointiert zusammengefasst: Die Netze der Mittelschicht sind größer, heterogener und räumlich diffus, die Netze der Unterschicht sind lokal orientiert, kleiner und homogener – und – das ist nun der Beitrag der sozialräumlichen Segregation – sie werden in Quartieren, in denen sich eine problembeladene Bevölkerung konzentriert, **kleiner, lokal zentrierter und homogener**. Dadurch werden die Handlungsmöglichkeiten enger und die Lebenschancen zusätzlich beschnitten.

Anders als in den Städten der USA mit ihren extrem segregierten Quartieren der 'urban underclass' gibt es in Deutschland allerdings bisher noch keine vergleichbaren Situationen in den Großstädten, weil sich die Segregation nach Einkommen, Status und ethnischer Zugehörigkeit (noch) nicht mit derselben Wucht und Rigorosität durchgesetzt hat. Der Rassismus ist nicht so stark und nicht so wirksam, die sozialstaatlichen Leistungen haben auch die Ärmsten bisher vor einer völligen Ausgrenzung bewahrt, und die Bestände des sozialen Wohnungsbaus sorgen noch für eine gewisse Integration (Mischung), auch wenn sich dies nur auf die untere Hälfte der sozio-ökonomischen Skala bezieht.

Französische und deutsche Untersuchungen (Tobias/Boettner 1992, Dubet/Lapeyronnie 1994) haben gezeigt, daß sich die verschiedenen Milieus in problembeladenen Stadtteilen nicht durchmischen, daß vielmehr Kontakte zu denen 'ganz unten' (in der Untersuchung von Tobias/Boettner die 'Trinkhallen-Gruppe') von den noch integrierten oder 'organisierten' weitestgehend vermieden werden. Soziale Mischung innerhalb eines Quartiers garantiert – wie bekannt – keineswegs, daß sich zwischen den verschiedenen Status-Gruppen Kontakte und Interaktionen ergeben. Diese werden durch die räumliche Nähe nicht hergestellt, sind nur wahrscheinlicher, wenn gleicher Status als Voraussetzung gegeben ist. Dennoch ist die Anwesenheit einer 'anderen gesellschaftlichen Realität' in Form von anderen Lebensweisen und –stilen Voraussetzung

dafür, daß die Möglichkeiten, die die Gesellschaft bietet, überhaupt im Gesichts- bzw. Erfahrungskreis bleiben.

Die Vorstellung, daß sich in den sozial ausgegrenzten Quartieren eine Subkultur mit sozialen Beziehungen von eigener Qualität bilden, ist bereits wegen dieser Unterschiede fraglich. Für diejenigen, die in die Armut geraten sind und ihr wieder entkommen wollen, stellen Quartiere mit einer hohen Konzentration problembeladener Haushalte eine paradoxe Situation dar. Wie Bourdieu u.a. (1997) gezeigt haben, verlangt ein Leben in Armut, das sich noch an den kulturellen Standards der Integrierten mißt, eine hohe Disziplin bei der Geldeinteilung, beim Konsumverhalten und bei der zeitlichen Planung. Es müssen 'Gewohnheiten der Notwendigkeit' entwickelt werden, eine starke Disziplin vorausschauender Planung und selbst dann noch Einhaltung der Normen, wenn die Not groß und die Gelegenheiten für eine Übertretung günstig wären. Daß sich anders auch leben läßt, demonstriert die Umwelt: "man läßt sich einfach hängen und verdrängt, man nimmt Schulden für horrenden Zinsen auf, um sich auch einmal etwas zu leisten, oder man flieht in die Scheinwelt der Drogen. Daß Konflikte nicht mit einem kühlen Kopf, sondern mit körperlicher Gewalt 'gelöst' werden, daß kleinkriminelle Delikte begangen werden, anstatt zu sparen, sind weitere Beispiele für ein Verhalten, das aus den auferlegten Notwendigkeiten 'ausbricht' und dabei gegen gesellschaftliche Anstandsregeln und Normen verstößt. Solche Verhaltensweisen können kurzfristig die depravierte Lebenslage der Personen subjektiv oder objektiv verbessern. Für die benachteiligten Personen sind sie deshalb auch nicht per se irrational. Langfristig führen sie in der Regel freilich nicht aus dem Mangel heraus, sondern verfestigen und vertiefen vielmehr die Deprivationen." (Keller 1998, 123)

d) Ein anderer Effekt der räumlichen Konzentration von Deklassierten und Diskriminierten ist, daß mit der Zunahme der Probleme die politische Repräsentanz schwächer wird. Durch den Wegzug der Qualifizierteren und Integrierten geht dem Gebiet soziale Kompetenz verloren, die notwendig wäre, um die Probleme zu analysieren, Forderungen zu formulieren und diese wirksam an die politischen Instanzen zu richten. In den städtischen Verteilungskämpfen verlieren solche Gebiete an Gewicht, auch weil in der Regel der Anteil von Nicht-Wahlberechtigten (Ausländer) und Nicht-Wählern besonders hoch ist.

e) Der Verlust an integrierten Gruppen (Familien, Erwerbstätige, Qualifizierte) verringert die soziale Stabilität im Quartier, weil es keine ausreichende Zahl von (Peer-) Trägern von quartiersbezogenen Institutionen, Vereinen, Initiativen usw. mehr gibt. Familien mit Kindern, so die Annahme, kümmern sich stärker um die Qualität ihrer Wohnumwelt als mobilere und ortsunabhängigere Gruppen der Bewohner. Damit gehen konfliktmoderierende Potentiale und Gelegenheiten der Begegnung und Interaktion – insbesondere im Bereich Sport, Freizeit und Jugendarbeit – verloren. Gegenseitige Ablehnungen und Vorurteile können gepflegt und verfestigt werden – was insbesondere in jenen Quartieren ein besonderes Problem ist, wo die Zahl der ethnischen Minderheiten groß ist.

f) Ein weiteres Problem stellt die Abhängigkeit von internen Eliten bzw. Leaders dar, die bei schwindenden Außenkontakten zunimmt. Dies gilt nicht nur für den Fall der ethnischen Segregation, hier aber ist das besonders anschaulich zu machen: in ethnisch stark segregierten und isolierten Quartieren kann es zu dem ausgesprochen

negativen Effekt kommen, daß die erzwungene Segregation durch ethnische Eliten für den Aufbau politisch und/oder religiös motivierter Abhängigkeitsverhältnisse ausgenutzt wird ('Fundamentalismus' als Beispiel). Das kann zu scharfen sozialen Kontrollen und zum Abschneiden von Wegen in die Mehrheitsgesellschaft führen (vgl. Heitmeyer). Weiter oben war von der reaktiven Verstärkung bestimmter Normen bei extremer Segregation die Rede. Dies gilt nicht nur für ausländische Jugendliche, die kulturell diskriminiert und im Ausbildungswesen benachteiligt werden, sondern für Kinder und Jugendliche generell, die - weil sie selbst stigmatisiert sind - auf die Integration in die Subkultur des Quartiers angewiesen sind.

4. Die materielle Dimension

a) Aufgrund negativer sozialer Auslese der Bewohner nehmen die Konflikte mit und in den Institutionen zu, die von Wohlfahrtsverbänden und öffentlicher Verwaltung im Quartier betrieben werden. Die Arbeit in diesen Institutionen wird schwieriger, Erfolgserlebnisse auf beiden Seiten (Klientel und professionelle Sozialarbeiter bzw. Lehrer) werden seltener, und das Bemühen der öffentlichen Einrichtungen um die Qualität ihrer Leistungen läßt nach. Auch quantitativ kann es zu Angebotseinschränkungen kommen, gegen die sich die Bewohner nicht wehren können.

b) Vermüllung und Verwahrlosung der öffentlichen Räume sind äußere Anzeichen einer abnehmenden Verantwortung und Bindung an die eigenen Lebensumwelt. Selbst wenn es gute und gut gemeinte sozialpsychologische Begründungen dafür gibt, die Wirkung der Verwahrlosung ist doch negativ: das Gefühl, daß es 'abwärts' geht, verbreitet sich ebenso wie das Gefühl, ohnmächtig einer Entwicklung ausgeliefert zu sein, die den eigenen Vorstellungen widerspricht und der man am liebsten entfliehen möchte. Die Gedankenlosigkeit und Wurschtigkeit, die sich in der Vermüllung der Wohnumwelt ausdrückt, ist auch ein Anzeichen für den Verfall von gemeinschaftsorientierter Verantwortung und macht Angst.

c) Hinzu kommen Veränderungen in der infrastrukturellen Versorgung. Sinkende Kaufkraft hat ein Absinken der Qualität des Warenangebots zur Folge – bis hin zur Häufung von Geschäftsschließungen, die zu Leerständen führen. Dadurch verstärkt sich der äußere Eindruck des Niedergangs des Quartiers, der seine innere Entsprechung in einer Entwertung des Selbstwertgefühls findet – eine Verschlechterung in der materiellen Dimension, die allerdings auch starke symbolische Bedeutung hat.

d) Die materielle Struktur, die Zuweisung von Funktionen und die architektonische Gestaltung von Funktionsabläufen können die sozialen Beziehungen beeinflussen: wenn z.B. zum Zwecke der Kostenersparnis die gemeinschaftlich genutzten Flächen klein gehalten sind, oder wenn mit der Absicht, 'Kommunikation' zu stiften, Begegnungen verschiedener Gruppen auf engem Raum unvermeidlich sind, entstehen Zwangskontakte, die den Bewohnern die Möglichkeiten zu Privatheit und Anonymität beschneiden – die Möglichkeit, sich gegenüber anderen gleichgültig zu verhalten (und das heißt im urbanen Kontext: tolerant), wird so eingeschränkt, Konflikte werden provoziert und ein aggressives Klima erzeugt. In dieser Dichte gibt es keine Ausweichmöglichkeiten, kein Entkommen vor der intensiven Begegnung mit anderen (fremden) Verhaltensweisen, und das Fremde wird somit zum Aggressor – insbesondere dann, wenn die eigene Identität durch soziale Marginalisierung bereits erschüttert ist.

e) In unseren Berliner Untersuchungen konnten wir feststellen, daß die als besonders problematisch bezeichneten Quartiere in der Regel durch städtebauliche Barrieren gegenüber der Nachbarschaft abgegrenzt sind. Dadurch werden sie von den übrigen Stadtbewohnern weder intentional noch zufällig aufgesucht, den Geschäften fehlt eine Laufkundschaft von außerhalb. Diese 'Isolation' eines Quartiers hat Folgen für die interne Kultur und für das Dienstleistungsangebot: für spezialisierte Kulturangebote findet sich kein ausreichend großes Publikum, so daß die heterogene (ethnische und kulturelle) Zusammensetzung eher eine Behinderung als einen Reichtum darstellt; und im kommerziellen Sektor ist es ähnlich: das Angebot des Handels z.B. muß sich an der Nachfrage ausschließlich aus dem Quartier orientieren, sinkt also mit sinkender Kaufkraft in Niveau und Breite (erst stirbt der Blumenladen, dann der Buchladen, dann der ...). Ladenschließungen führen zu Versorgungslücken und beschleunigen den Auszug derer, die auf ein anderes Angebot Wert legen.

5. Symbolische Gewalt

a) Ist erst eine gewisse Stufe in der Abwärtsentwicklung erreicht, setzt ein Stigmatisierungs- und Labeling-Prozeß sowohl durch die Umwelt als auch durch die Bewohner selbst. Die Wahrnehmungen der Bewohner sind zwar nicht einheitlich, aber je nach Orientierungen und nach noch vorhandenen Aspirationen auf bessere Lebenschancen (bzw. 'bessere Zeiten') äußern sie selbst sehr krasse Urteile über das soziale Milieu, in dem sie leben (müssen). Dubet und Lapeyronnie berichten darüber, daß die ausgegrenzten Jugendlichen ihr eigenes Wohnquartier extrem abwerten.

b) Die Stigmatisierung eines Quartiers beeinflusst das Selbstwertgefühl von Bewohnern, die nicht (bzw. nicht mehr) freiwillig im Gebiet wohnen. Sie fühlen sich als Gefangene.

Eine stigmatisierende Außenwahrnehmung kann sich nachteilig auf die sozialen Teilhabechancen insbesondere bei der Lehrstellen- und Arbeitsplatzsuche auswirken. Das wird von Bewohnern solcher Quartiere immer wieder berichtet, und sie versuchen allein aus diesem Grund, 'möglichst bald weg' zu kommen.

c) Zur symbolischen Dimension können auch die Funktionszuweisungen durch die städtebauliche Anlage, durch die Qualität der öffentlichen Räume gerechnet werden – ebenso die ästhetische Qualität sowohl der Gebäude als auch der Freiräume (ihr Pflegezustand usw.). Offensichtliche Desinvestitionen und Vernachlässigung der Bausubstanz zählen ebenfalls zu jenen Formen symbolischer Demütigung oder symbolischer Gewalt, die das Selbstwertgefühl und die Lebensqualität beeinflussen.

Eine bestimmte Lage in der Stadt ist nicht selten Anlaß zur Stigmatisierung: 'hinter dem Bahnhof', an einer verkehrsreichen Straße oder in der Nähe von Mülldeponien bzw. Recyclinganlagen. Auch die Geschichte eines Quartiers kann zu unauslöschlichem Labeling führen, was z.T. mythische Qualitäten annimmt. Ipsen hat auf die "Persistenz" von Nutzungen in Häusern hingewiesen, ebenso kann man von einer Pfadabhängigkeit der Nutzungen bei Plätzen oder Quartieren sprechen. Das 'kollektive Gedächtnis' ist nur schwer zu täuschen oder zu überwinden, Lagen haben für lange Zeit ihr Image.

6. Zusammenfassung

Durch selektive Migration und durch die Verarmung der Bewohner können in einem Quartier Prozesse in Gang kommen, die zu einer kumulativ sich selbst verstärkenden Spirale der Abwärtsentwicklung führen. Dadurch entsteht ein soziales Milieu, das eine Umwelt für soziales Lernen darstellt, in der nur noch eine begrenzte Realitätswahrnehmung möglich und die Übernahme von abweichenden Normen wahrscheinlich ist. Durch selektive Migrationsprozesse bildet sich ein solches Milieu der Benachteiligung immer stärker heraus, und diejenigen, die keine Möglichkeit zur Wahl eines anderen Wohnstandorts haben, passen sich diesem Milieu langsam an. Insbesondere die Kinder und Jugendlichen werden kaum noch mit positiven Rollenmodellen konfrontiert und geraten – auch durch Anpassungsdruck in einen Sozialisationsprozeß, dessen Ergebnis Verhaltensweisen sind, die ein Entkommen aus dem Milieu der Benachteiligung immer unwahrscheinlicher machen.

Diese 'inneren' Prozesse, die sich in den Subjekten abspielen, werden bestätigt und verstärkt durch Veränderungen des 'äußeren' Milieus bzw. des objektiven Raums: die Verwahrlosung des öffentlichen Raums und die Degradierung der Versorgungsinfrastruktur hat weitere Verluste der Selbstbewertung zur Folge und verstärkt die Neigung zu Rückzug und Resignation. Die Mobilien verlassen solche Quartiere und schwächen damit die sozialen Kompetenzen und die politische Repräsentation. Alles dies wird durch Selbst- und Fremd-Stigmatisierung verstärkt.

So entstehen 'Gettos ohne Mauern', Orte der sozialen Ausgrenzung. Aus dem Strudel multipler und kumulativer Benachteiligung, der mit dem unfreiwilligen Wohnen in solchen Quartieren verbunden ist, gibt es nach einer gewissen Zeit kein Entkommen mehr. Die Bewohner sind mit ihren Quartieren ausgegrenzt, wenn nicht von außen, wenn nicht die solidarische Stadtgesellschaft Prozesse der sozialen Stabilisierung und der Reintegration einleitet und dauerhaft unterstützt.

7. Politische Perspektiven

Am Ende dieses kurzen Papiers soll noch einmal der Bezug zu den verschiedenen Umgangsformen mit den Sanierungsgebieten hergestellt werden. Eingangs wurde bereits die Forderung erhoben, stark segregierte Quartiere, Orte der Ausgrenzung, dürften stadtpolitisch nicht geduldet werden, weil dadurch die Chancengleichheit der Bewohner beeinträchtigt werde. Fügt sich diese Forderung umstandslos der Modernisierungsperspektive? Ist diese heute ohne Alternative?

Die Perspektive, sozialräumlich segregierte Quartiere seien Orte einer emanzipatorischen Kultur, ist heute wohl kaum mehr zu begründen, denn sowohl die Institutionen einer alternativen Kultur (z.B. die Organisationen der Arbeiterbewegung) als auch die utopische Perspektive einer ganz anderen Gesellschaft sind im gesellschaftlichen Wandel untergegangen. Die starken sozialen Beziehungen, die in segregierten Quartieren gefunden werden können, sind – wie oben gezeigt – eher von benachteiligender als von emanzipatorischer Qualität. Und die stark gewachsene ethnische und kulturelle Heterogenität in den problembehafteten Quartieren läßt den Gedanken an eine alternative Kultur, die ihre eigene Perspektive hervorbringt, verblassen. Damit aber ist auch die fürsorgerische Schutzpolitik nur noch materiell zu begründen.

Die Modernisierungsperspektive erlaubte eine Klassifikation der Wohn- und Lebensbedingungen in den Altbaugebieten als 'rückständig', weil der Einbezug auch der Armen und Marginalisierten in den sich aufwärts bewegenden Fahrstuhl ökonomischen Wachstums und kultureller Modernisierung fraglos möglich erschien. Bei der Frage, wie mit segregierten Quartieren umzugehen sei, stellte sich nur das Problem, ob der Prozeß durch staatliche Intervention beschleunigt werden solle oder nicht. Anders ist die Situation heute: die Integration in die 'normalen' gesellschaftlichen Verhältnisse ist fraglich geworden, statt quasi-automatischer Integration droht den Marginalisierten heute eher Ausgrenzung. Der Fahrstuhl ist nicht mehr groß genug, alle aufzunehmen. Die Frage lautet also nicht mehr: soll sich die Stadtpolitik in den Dienst einer etatistisch angeleiteten Modernisierung stellen? Denn dort ist gar nicht mehr für alle Platz – worauf sich die Debatte um Ausgrenzung ja gerade bezieht.

Wäre es also human, die Quartiere sich selbst zu überlassen? Handelt es um Nischen, die im Windschatten der kapitalistischen Modernisierung noch Biotope einer alternativen Kultur sein können? Das wäre eine denkbare Alternative, wenn nicht – wie oben argumentiert wurde – die Situation sich aus sich selbst 'nach unten' entwickeln würde. Selbst wenn die Eigenart der Subkultur als bewahrenswert angesehen wird, braucht sie eine stabilisierende Unterstützung – diese Intervention wäre weit weg von den Versprechungen der Modernisierung, aber auch weg vom politischen Zynismus derer, die Globalisierung und ökonomischen Strukturwandel für die sozialen Probleme verantwortlich machen und daher – leider, leider – keine Eingriffsmöglichkeiten auf lokaler Ebene erkennen können.

7. Literatur

- Friedrichs, Jürgen 1998: Do Poor Neighbourhoods Make Their Residents Poorer? Context Effects of Poverty Neighbourhoods on Residents. in H.-J. Andreß (ed.), *Empirical Poverty Research in a Comparative Perspective*. Ashgate: Aldershot, S. 77-99
- Häußermann, Hartmut 1998: Armut und Reichtum in der Stadt. In: D. Sauberzweig; W. Laitenberger (Hrsg.), *Stadt der Zukunft, Zukunft der Stadt*. Baden-Baden: Nomos, S. 91-112
- Heitmeyer, Wilhelm 1998: Versagt die 'Integrationsmaschine' Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen. In: W. Heitmeyer; R. Dollase; O. Backes (Hrsg.), *Die Krise der Städte*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 443-468
- Keller, Carsten 1998: Sichtbar, gemieden und verdrängt. Zur Segregation benachteiligter Quartiere in Deutschland. Magisterarbeit in Soziologie, Universität Münster
- Kronauer, Martin 1997: 'Soziale Ausgrenzung' und 'Underclass': Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung. In: *Leviathan* 25. Jg., S. 28-49
- SenSUT 1998: *Sozialorientierte Stadtentwicklung*. Berlin: Kulturbuch-Verlag
- Siebel, Walter 1997: Armut oder Ausgrenzung? In: *Leviathan* 25. Jg., S. 67-75

Klaus Kuhm (Bremen):

Exklusionsprozesse und städtischer Raum

Das Thema der Exklusion einer Vielzahl von Menschen aus allen oder nahezu allen Teilbereichen der modernen Gesellschaft hat mittlerweile einen beachtlichen Bekanntheitsgrad erreicht. Bei aller Mühe der Soziologie, sich über den Begriff der Exklusion zu verständigen, kann man dabei erkennen, daß er vor allem zwei Theoriestellen neu belegt: Er tritt an die Stelle des Armutsbegriffs, und er modifiziert die Beschreibung sozialer Ungleichheit, indem er die eingeführten Termini von Schichtung durch eine Orientierung an entweder/oder-Entscheidungen der Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit von Personen zu Sozialsystemen ersetzt.

Hinsichtlich des Armutsbegriffs ist vor allem zu beobachten, daß die Exklusionsbegrifflichkeit zu einer Ausweitung der Problemwahrnehmung beigetragen hat. Daß man im französischen Kontext manchmal von »grande pauvreté« statt von Exklusion spricht, gibt bereits den Hinweis, daß es sich um einen Sachverhalt der Steigerung handelt, der indes nicht mehr ausschließlich auf ökonomische Kategorien zurückzuführen ist. Abweichend von dem allein auf das verfügbare Einkommen abzielenden Armutsbegriff der modernen Armutsforschung geht es in Falle von Exklusion immer um die Abkopplung einer Person oder einer lokalen Bevölkerung von einer Mehrzahl von Berechtigungen, die für die Lebensführung relevant sind. Neben Beschäftigung und Zugang zu Märkten nennt die Literatur dazu übereinstimmend Erziehung, Gesundheit, den Komplex Verwandtschaft/Freundschaft/Bekannntschaft sowie den weiten Bereich der Staatsbürgerschaftsrechte, der in der politischen Theorie des Wohlfahrtsstaates bekanntlich einen Zusammenhang aus universellen bürgerlichen Freiheitsrechten, politischen Vertretungsrechten und wohlfahrtsstaatlichen Rechten bezeichnet.

Es wird einleuchtend sein, daß die jeweilige Entwicklung in den genannten gesellschaftlichen Teilbereichen in der Moderne in vielerlei Hinsicht als voneinander unabhängig vorgestellt werden muß. Anders wäre es auch gar nicht zu verstehen, daß Exklusion als Kumulation unterschiedlicher und wechselseitig sich verstärkender Teilausgrenzungen begriffen wird. Exklusion braucht folglich Zeit. Sie stellt sich nicht in einem Akt in der Form eines Kompaktausschlusses her, sondern vollzieht sich in aufeinander bezogenen Sequenzen des Abreißens der Bindungen zu einer gesellschaftsbezogenen Lebensführung. Die von ihr Betroffenen sind dann sukzessive immer weniger in der Lage, plurale und heterogene Kontakte zur Gesellschaft herzustellen. Dies führt den Beobachter der Exklusion zu der Frage „Exclusion from what?“. Wenn man die Problemstellung so eingrenzt, ergibt sich eine Verschiebung der Blickrichtung auf die Interaktionsbeziehungen und Verlaufsformen, über die solche Exklusionen ins Werk gesetzt werden. Diese Veränderung ist vermutlich noch nicht ausreichend beachtet worden. Es wird jedenfalls noch zu wenig gesehen, daß sie einer konventionellen Beschreibung der Exklusion als Verhältnis der Ungleichheit die Plausibilität entzieht. „Relational issue“ des Einziehens einer innergesellschaftlichen Trennungslinie

zwischen „innen“ und „außen“ wird man nicht sinnvoll auf Verteilungsfragen und die vertrauten Schemata der Gleichheit/Ungleichheit, des Mehr-Habens/Weniger-Habens bzw. der Benachteiligung/Nichtbenachteiligung zurückführen können, wenn das Konzept der Exklusion für die Forschung instruktiv werden soll.

II.

Insofern müssen alle Versuche mit Skepsis betrachtet werden, die beobachtbaren Phänomene durch das Einfügen einer weiteren, „untersten“ Kategorie in eine modifizierte Schichtungsklassifikation einzureihen. An dieser Stelle, so meine Vermutung, liegen die begrifflichen Defizite aller Bemühungen, Exklusion als europäisiertes oder als Nachfolgekonzept der „Urban Underclass“ aufzufassen. Anstatt eine gemeinsame Schnittmenge von Exklusions- und Underclass-Begrifflichkeit zu betonen, möchte ich von einer grundlegenden Differenz der beiden Ansätze ausgehen. Dazu bedarf es einer soziologischen Theorie, die sowohl der Mehrdimensionalität als auch dem relationalen Charakter von Exklusionssachverhalten gerecht wird und die über Mittel verfügt, den Zugang für eine prozessuale Analyse von Exklusionsvorgängen zu öffnen.

All dieses leistet die Theorie sozialer Systeme, die sich zuletzt in zahlreichen Arbeiten mit dem Theorem der Exklusion befaßt hat. Exklusion meint in dieser Theorie, daß die von ihr betroffenen Personen in den Kommunikationsprozessen der sozialen Systeme nicht berücksichtigt werden, und wenn doch, dann nur insofern, als es um den kommunikativ zu vollziehenden Akt der Exklusion selbst geht. Exklusion zeigt sich darin, daß jemand nicht mehr als Mitteilungsinstanz der Kommunikation in Frage kommt. Er oder sie wird als Adresse der Kommunikation ausgespart, so daß kaum noch stabile Erwartungen über die Person gebildet werden, an denen sich eine Kontaktaufnahme der Gesellschaft orientieren könnte. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Exklusion von ihrer Kehrseite, der Inklusion. Inklusion bezeichnet folgerichtig ein Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, das durch die Zugänglichkeit aller oder doch einer Mehrzahl der primären Sozialkontexte der Gesellschaft gekennzeichnet ist. Erst wenn Inklusionsprozesse erfolgreich anlaufen, kann das Individuum sozial als Person identifiziert und Gegenstand von kommunikativen Konstrukten werden, die seine weitere Personalisierung tragen. Und erst in dem Maße, in dem man selbst für mitwirkungsrelevant gehalten wird, kann es gelingen, die für die eigene Lebensführung relevanten Leistungen der gesellschaftlichen Teilsysteme zu erreichen.

Es ist wichtig zu beachten, daß die Unterscheidung Inklusion/Exklusion als rein gesellschaftsinterne Unterscheidung fungiert. Ganz offensichtlich ist Inklusion und Exklusion jedoch nicht in Bezug auf jedes Sozialsystem eine harte Alternative. Man kann sehr gut leben, ohne in Interaktionssysteme wie Skatrunden oder Universitätsseminare verwickelt zu sein. Und zugleich ist niemand mehr als nur punktuell über eigene Mitgliedschaft in das vielfältige Geschehen in den unzähligen Organisationen der Gesellschaft eingebunden. Was für die Unterscheidung von Inklusion und Exklusion zählt, sind vielmehr die gesellschaftlich ausdifferenzierten Teilsysteme, die in der jeweiligen Form der Primärdifferenzierung die Last der gesellschaftlichen Strukturbildung tragen: die segmentären Einheiten archaischer Gesellschaften, die Stände und Kasten stratifizierter Gesellschaften und die Funktionssysteme der modernen Gesellschaft. Um eine unter Stadtsoziologen beliebte Metaphorik aufzugreifen, kann man

sagen, daß hier der „Ort“ liegt, wo die für die Gesellschaft wie für die psychischen Systeme gleichermaßen wichtigen strategischen Entscheidungen fallen, in denen über Inklusion und Exklusion disponiert wird.

Wenn man davon ausgeht, daß sich mit den gesellschaftsstrukturellen Bedingungen auch die Form ändert, in der die Gesellschaft ihren Inklusions- wie ihren Exklusionsbereich ordnet, muß man je nach Differenzierungsform unterschiedliche Modi der Inklusion und Exklusion unterscheiden. Mich beschäftigt im folgenden nur der Fall der modernen, funktional differenzierten Gesellschaft. Hier kann man im Unterschied zu älteren Formen der Primärdifferenzierung beobachten, daß auf die gesellschaftseinheitliche Regelung von Inklusion und Exklusion verzichtet werden muß. Deren Ansatzpunkte liegen nicht mehr wie noch in stratifizierten Gesellschaften in der festen Zuordnung der ganzen Person zu rangmäßig hierarchisierten Familienhaushalten. Familien sind, aus übergreifenden Rücksichten entlassen, zu „Privatfamilien“ mit individuellen Wahlen der Lebensform geworden. Sie betreuen mit der dauerhaften Anerkennung der ganzen Person in intimer Kommunikation nur noch ein Spezialproblem, während andere ausdifferenzierte Funktionssysteme wie Wirtschaft, Erziehung, Politik, Recht, Wissenschaft, Massenmedien, soziale Hilfe, Religion oder das Gesundheitssystem auf spezifisch divergente, eigenkonstituierte Probleme der Gesellschaft wie Daseinsvorsorge im Umgang mit knappen wirtschaftlichen Gütern, Rechtswahrung, Erkenntnisgewinn usw. Bezug nehmen.

Jedes dieser Funktionssysteme kennt unter dem Primat funktionaler Gesellschaftsdifferenzierung eigene Formen und Bedingungen der Inklusion und Exklusion. Diese Umstellung hat weitreichende Folgen für die unter diesen Umständen noch verbleibenden Möglichkeiten, eine Person zu sein. Sie werden von der Soziologie unter dem Thema der Individualisierung behandelt, was auf seiner dunklen Seite immer auch heißt, daß sich die Lasten der „sozialen Justierung“ zunehmend zum Einzelmenschen verschieben und Herkunft an Bedeutung verliert. Die Individuen müssen sich nun an unterschiedlichsten und hochspezifischen Kommunikationen beteiligen, um den Kontakt zu den Funktionssystemen herzustellen. Lebenskarrieren in Form eines sachlich und zeitlich je einmaligen Rollenmanagements werden jetzt möglich - und notwendig, weil keine Person nur noch einem einzigen Teilsystem der Gesellschaft zugeordnet werden kann. Statt dessen muß jede Person dem Prinzip nach Zugang zu jedem Funktionssystem erhalten, muß also erzogen werden können, ihr Verhalten an den Bedingungen richtigen Handelns orientieren, ihre Bedürfnisse in den von der Wirtschaft geschaffenen Möglichkeitsräumen befriedigen, den Erkenntnisgewinn der Wissenschaft miterleben, den eigenen Körper oder die Psyche behandeln lassen, eine Familie gründen und heiraten oder an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen und staatliche Leistungen in Anspruch nehmen können.

Hinreichend viele und häufig vorkommende Interaktionen in den unterschiedlichen Funktionskontexten der modernen Gesellschaft gewährleisten, daß jeder - wenn auch nicht jeder zu jeder Zeit und nicht jeder in der gleichen Weise - als Mitteilungsinstanz der Kommunikation angesteuert werden kann. Niemand wird bestreiten, daß dies für einen Großteil der Weltbevölkerung der Fall ist. Aber genauso gilt auch, daß es in der Weltgesellschaft zu zahlreichen und ständig neu entstehenden Exklusionen kommt, obwohl die universalistische Ausrichtung der Codes der Funktionssysteme theoretisch die Vollinklusion von jedermann als adressable Person erwartbar macht. Wenn Exklu-

sionsmotive auf der Ebene der Leitdifferenzen in den Funktionssystemen zur Erklärung dieses Sachverhalts ausscheiden, wenn also beispielsweise die Wirtschaft Zahlungen nicht nach der Hand unterscheiden kann, die Geld annimmt oder anbietet, oder wenn im Recht keine Rechtsdeutungen bestehen können, die bestimmten Menschen prinzipiell jede Rechtsfähigkeit bestreiten, muß man nach einer anderen Erklärung suchen. Eine plausible Antwort geht davon aus, daß zwischen der Konstitutions- und Selbstreflexionsebene sozialer Systeme und ihrer Ausstattung mit Selbstverwirklichungsmöglichkeiten zu unterscheiden ist. Das Argument ist dann, daß systematische Selektivitäten und Defizite in den Wahrnehmungsrastern der Funktionssysteme dazu führen, daß eine relevante Zahl möglicher Adressaten der Kommunikation nicht einbezogen wird. Sie erscheinen schlicht nicht mehr oder noch nicht auf den „Bildschirmen“ der primären Teilsysteme, können Teilnahmemöglichkeiten an funktionsspezifischer Kommunikation nicht realisieren und werden in den gesellschaftlichen Operationen auch sonst kaum mehr thematisch.

Wenn man Inklusion und Exklusion so denkt, daß es um die Sichtbarkeit bzw. Nichtsichtbarkeit von Individuen im Kommunikationszusammenhang der Funktionssysteme geht, stellt sich die Frage, wie es für das Individuum zur Ausbildung einer Adresse in den jeweiligen Funktionskontexten der Gesellschaft kommt, wie einem also als Person Mitwirkungsrelevanz zugestanden wird. Eine bereits angedeutete, noch sehr allgemein gefaßte Diagnose der Systemtheorie lautet hier: in der Form ausdifferenzierter, von der Person eingenommener Rollen, die der Kommunikation sachliche Identifikationsgesichtspunkte für Verhaltenserwartungen und daher „Andockmöglichkeiten“ bieten. In diesem Hinweis auf die Aneignung heterogener, von der individuellen Person unterschiedener Rollen liegt der eigentliche Schlüssel für das Verständnis der Mechanismen eines systematischen Zugangs zu den Funktionssystemen. Die entscheidende Leistung der Rollen als gegenüber der Person spezieller und zugleich allgemeiner eingerichteter Form der Erwartungssicherung ist dann darin zu sehen, daß sie biographisch und zeitlich variable Formen der Partizipation am gesellschaftlichen Geschehen ermöglicht.

Es ist naheliegend, hier zunächst an den Arzt oder den Lehrer zu denken, der früher Leistungssportler war, sich nebenbei als Politiker betätigt und im Ruhestand vielleicht einmal Schriftsteller werden will. Gemeinsam ist allen diesen Rollen, daß sie als Leistungsrollen Spezialzuständigkeiten im Hinblick auf einen funktionalen Problembezug beanspruchen, der in einem weiten Sinne im Begriff der „beruflichen Arbeit“ zusammengefaßt werden kann. Bereits das Beispiel - und das ist bezeichnend für die Plausibilitätsdefizite einer Konzeption von Inklusion und Exklusion, die sich einseitig auf die erfolgreiche bzw. gescheiterte Einnahme einer arbeitsteilig zugewiesenen Leistungsrolle fokussiert - überdehnt jedoch den Möglichkeitshorizont. Es ist heute immer weniger möglich, mehrere und schon gar nicht jede ausdifferenzierte Funktion sachlich kompetent und zeitlich ausreichend langfristig wahrzunehmen. Daher kann in der modernen Gesellschaft weder das Inklusionserfordernis noch der Vorgang der Exklusion ausschließlich auf den Zugang der Person zu Leistungsrollen bezogen werden.

Wenn man die Beobachtung hier weiterführen will, erweist es sich als Vorteil, daß die Systemtheorie gewohnt ist, ihre Leitbegriffe in der Form einer Unterscheidung zu handhaben. Die Folge ist, daß die Aufmerksamkeit immer auch in Richtung auf Komplementärsachverhalte gewandt wird, in diesem Fall: auf korrelativ zu den Leistungs-

rollen entstehende und nach Funktionsbereichen spezifizierte Publikumsrollen. Mit Ausnahme der wenigen, vielleicht nur der einen eingenommenen Leistungsrolle wird der Zugang des Individuums zu den Funktionssystemen über eine Mehrzahl von Publikumsstati hergestellt, in denen die Person gerade dadurch Erwartungen bindet und Teilnahmekancen realisiert, daß er oder sie als Laie auftritt. So sollte jedermann als Patient im Gesundheitssystem in Frage kommen, als Konsument in der Wirtschaft, als Wähler oder Leistungsempfänger in der Politik, als Schüler im System der Erziehung, als Teilhaber an öffentlicher Meinungsbildung in den Massenmedien, als Beklagter bzw. Kläger im Rechtssystem, als gläubiger Mensch im Religionssystem oder als Fürsorgefall im System sozialer Hilfe.

Exklusionen aus einzelnen Funktionssystemen müssen nicht zwangsläufig weitere Exklusionen in anderen Teilbereichen nach sich ziehen. Zudem gibt es inzwischen zunehmend auch Möglichkeiten der Nicht-Partizipation an funktionsspezifischer Kommunikation, etwa als wachsende Zahl alleinlebender Menschen, als hohe Scheidungsquote, Wahlenthaltung, Kirchenaustritt oder als asketischer Konsum. Aber andererseits ist empirisch beobachtbar, daß Teilsystemexklusionen typisch weitere Exklusionen in anderen Funktionssystemen nach sich ziehen. Obwohl jedes Funktionssystem über eigene Formen und Bedingungen des Ein- und Ausschlusses verfügt, kommt es über eine Art „spill-over“-Effekt zu funktionsunspezifischer Diskriminierung einzelner Personen oder lokaler Bevölkerungen, so daß der Zugang zu einer Mehrzahl an Publikumsrollen versperrt wird: keine Schulzeugnisse und Schulabschlüsse; kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt; wenig Geldeinkommen und Konsumoptionen; keine Möglichkeit, Verträge zu schließen oder eine Familie zu gründen; unzureichende medizinische Versorgung; kaum Zugang zu Wissen und Information; geringe Möglichkeiten der Beeinflussung von Entscheidungen in Politik und Verwaltung; womöglich in einem letzten Stadium nicht einmal mehr Zahlungen des Systems sozialer Hilfe. Exklusionen folgen daher einer der Inklusion entgegengesetzten Logik. Anders als für den Inklusionsbereich gilt im Bereich der Exklusion eine Ordnung, die zwar über funktionale Differenzierung erreicht, aber nicht mehr mit ausreichenden Freiheitsgraden in den teilsystemischen Operationen versorgt wird, so daß hier von Immobilität bzw. negativer Integration der Gesellschaft gesprochen werden muß.

III.

Mit der Diagnose der funktionalen Differenzierung steht in der soziologischen Systemtheorie ein Schlüsselkonzept zur Beschreibung von Exklusionsphänomenen zur Verfügung, das bereits vorhandene Einsichten in den begrenzten Erklärungsgehalt isolierter Kausalattributionen in der Beschreibung dauerhafter Armut aufnimmt. Gleichzeitig ist neben dem mehrdimensionalen immer auch ein prozessuales Verständnis der Exklusion gefordert, das seine Aufmerksamkeit auf ein komplexes Geflecht relevanter entweder/oder-Ereignisse lenkt, durch das die Betroffenen in eine strukturelle schwache Position in der Gesellschaft gedrängt werden.

Besonders dieser letzte Aspekt der Exklusion ist unmittelbar mit dem für die Systemtheorie überraschenden Befund eines Zusammenhangs von Exklusion und räumlicher Differenzierung verknüpft, mit dem ich mich nun befassen möchte. In der Tat findet man in der Systemtheorie an den verschiedensten Stellen verstreute Hinweise darauf,

daß vor allem die weit fortgeschrittene bzw. generalisierte Exklusion, etwa in den Innenstadtghettos amerikanischer Großstädte, eine Orientierung an räumlichen Schemata erforderlich macht. Eine lokale Bevölkerung wird dann auf massive und stabile Weise von jeglichem Kontakt zum Kommunikationszusammenhang der Funktionssysteme abgetrennt, so daß für Fremde dauerhaft unzugängliche und unbetretbare Räume entstehen. Von „außen“ sind diese Räume in ihrer Binnenstruktur nahezu unbeobachtbar, während es „innen“ abgekoppelt von jeglichen Hilfsangeboten nur noch um das Überleben geht.

Diese Einschränkung der kommunikativen Relevanz des Raumes auf Phänomene generalisierter Exklusion ist jedoch trotz aller Eindringlichkeit des Bildes „schwarzer Löcher“ im Grunde nicht nachzuvollziehen. Denn auch die Systemtheorie beobachtet den durch räumliche Separierung mitbewirkten Prozeß der Abkopplung exkludierter Bevölkerungsanteile vom Zugang zu den Funktionssystemen als Verhältnis kausaler Interdependenz. Wenn eine räumliche Differenzierung erst einmal begonnen hat, können sehr schnell infrastrukturell und informationell verarmte Räume entstehen, die zu einer Verfestigung und Verstärkung von Inklusionsproblemen der dort anwesenden Bevölkerung beitragen. Auch die umgekehrte Entwicklung ist eine denkbare Möglichkeit. In beiden Fällen ist oftmals ein sich selbst verstärkender Prozeß die Folge, in dessen Verlauf die Wiederanknüpfungsmöglichkeiten der Bewohner solcher Gebiete an gesellschaftliche Kommunikation in immer geringerem Maße aktivierbar sind, während der Raum wie eine „Schranke“ der Kommunikation zu einer mitwirkenden Ursache der Fortschreibung der Exklusion wird.

Wieso die räumliche Markierung der Inklusion/Exklusion-Differenz nur als „Letztinstanz“ des Vollzugs der Exklusion in Frage kommen soll, ist deshalb nicht recht einzusehen. Auch im Vorfeld generalisierter Exklusion ist es möglich und wahrscheinlich, daß es einen Unterschied von „hier“ und „woanders“ gibt, auf den man achten kann. Die städtische Armutsforschung bietet dieser Auffassung reichhaltiges Anschauungsmaterial. Sie kann zeigen, daß der Besetzung eines Raumes als „Problemgebiet“ in vielen Fällen ein Informationswert zukommt, an dem sich die Kommunikation orientiert. So trifft man auf eine große Zahl an Untersuchungen, die sich auf die lokale Abkopplung ganzer Wohnquartiere von Beschäftigung, aber auch von Transportmöglichkeiten und anderen Medientechnologien, von lokalen Infrastruktureinrichtungen und Dienstleistungen sowie „skills“ bei ihren Bewohnern beziehen. Gleichermäßen wichtig ist der Bezug auf die kommunikative Erreichbarkeit von Märkten, wobei noch zu wenig zwischen unterschiedlichen Typen von Märkten unterschieden wird. Für Warenmärkte zeigt sich, daß Konsummöglichkeiten nur beschränkt realisiert werden können, wobei häufig illegale Verkaufspraktiken vorkommen und Güter und Leistungen teurer als anderswo bezahlt werden müssen. Arbeitsmärkte und andere „factor markets“ wie Kredit-, Versicherungs- und Wohnungsmärkte zeichnen sich zusätzlich dadurch aus, daß der Zugang zu ihnen zwar nach wie vor an Transaktionen oder Zahlungen, aber daneben auch an die Kreditwürdigkeit der Akteure mit Bezug auf Zukunft gebunden ist. Dieser Umstand erleichtert es, daß hinsichtlich bestimmter Personengruppen „social assets“, und das heißt: neben anderen auch ein territorialer Index, durch Unternehmen, Kaufhäuser, Banken, Vermieter und Versicherungsgesellschaften aufgrund attribulierter Riskanz von Kredit- oder Versicherungsleistungen bzw. Arbeits- oder Mietverträgen in die Transaktionen eingezogen werden. Ablehnungen die-

ser Art durch „economic disenfranchisement“ werden selten transparent kommuniziert. Sie sind aber, wie die Diskussion um „redlining“ und die Existenz von ihrerseits bankförmigen Initiativen des „neighbourhood reinvestment“ belegt, von großer Bedeutung für die sozialräumliche Differenzierung von Regionen und Städten.

Wohnungsmärkte sind zugleich ein Gegenstand unterschiedlichster Wohnungspolitiken, die nicht ausschließlich auf die Frage der Wohnungsversorgung gerichtet sind. Dies birgt unter Umständen erhebliche Exklusionsrisiken in sich, etwa wenn marktferne, dekommodifizierte Segmente des sozialen Wohnungsbaus trotz fragwürdiger Nettoeffekte einer Strategie der „Entstaatlichung“ zugunsten residualer Fürsorge aufgegeben werden. Eine mögliche Folge dieser Entwicklung ist eine stärkere Kopplung von Wohnungsversorgung und Position auf dem Arbeitsmarkt, die das erreichte Niveau an sozialer Mischung in den Quartieren der europäischen Stadt in ihrem Bestand gefährdet. Ein anderes Funktionssystem, in dem sich quartiers- oder stadtteilbezogene Exklusionsrisiken ergeben können, ist die Erziehung, insbesondere die Schulerziehung. Hier kann man sehen, daß die Wahl des Schultyps in einem zunehmend intern differenzierten Schulwesen neben der kaum in Frage stehenden Bedeutung einer Erlangung der Lese- und Schreibfähigkeit ständig an Gewicht gewinnt. Die Wahrscheinlichkeit des Schulerfolgs und der Weiterverwendbarkeit von Zertifikaten hängt unter diesen Bedingungen schnell davon ab, ob in bestimmten Wohnquartieren oder Stadtteilen analog zur Spezifik der Sozialstruktur eine erkennbare Verschlechterung des Schulalltags durch große Klassen, hohe Anteile an fremdsprachigen Schulkindern und eine geringe Modernität der Schulen zu beobachten ist. Mit der Freisetzung von Familienverbindungen aus der alten Hausökonomie und dem Bedeutungsgewinn der Ehen im Familiensystem ist ein weiterer Bereich benannt, der wachsende Exklusionsrisiken mit sich bringt, die nicht ohne weiteres auf Ursachen in anderen Teilsystemen der Gesellschaft bezogen werden können. Die regional stark variierenden Veränderungen in diesem Komplex - steigende Ansprüche an Intimbeziehungen und steigende Scheidungsraten, die konstante Zunahme alleinlebender junger und alter Leute, Familien mit mehreren Kindern und eine wachsende Zahl meist weiblicher alleinerziehender Elternteile sowie die Nichtverfügbarkeit von „marriageable men“ als strukturellem Defizit in den Ghettos der amerikanischen Innenstädte - verweisen auf die Belastungen, die sich ergeben, wenn die Einbettung in Haushalt, Verwandtschaft, Freundschafts- und Bekanntschaftsnetzwerke mißlingt. Personen ohne ausreichende familiäre Bindung fehlt es unter diesen Umständen häufig an der Mobilisierbarkeit anspruchsvoller, auf Gegenseitigkeit beruhender Interaktionsformen, ein Mangel, der in vielen Fällen zu einer Verstrickung in deviante Aktivitäten drängen kann. Ein weiteres Funktionssystem, in dem lokale Bezüge zur städtischen Armut hergestellt werden können, sind die Massenmedien. Ihre eigenartige Themenstruktur mit einer hohen Anziehungskraft für das Beobachtungsschema konform/deviant und der daraus resultierenden Aufmerksamkeit für Normverstöße bewirkt, daß die Effekte der Exklusion bevorzugt in den Massenmedien auffallen und von diesen in Szene gesetzt werden. Auf diese Weise kann ein städtisches Quartier, das in den Medien als „Problemviertel“ behandelt wird, schnell mit Folgelasten konfrontiert sein, die zu einer Verstärkung der Exklusionseffekte beitragen, zumal es den Bewohnern gewöhnlich an einem eigenen Zugang zu den Massenmedien mangelt. Die europaweite Ausbreitung von Obdachlosenzeitungen ist gerade in dieser Hinsicht ein aufschlußreicher Befund, weil sich implizit an die-

ser Entwicklung zeigt, wie wichtig eine Repräsentation durch Sprecher in den Medien für den Vollzug von Inklusion geworden ist.

Als gesondert zu beachtendes Funktionssystem ist schließlich das System der sozialen Hilfe zu nennen. Anders als im Falle der anderen Funktionssysteme, wo städtische Armutsquartiere anhand einer lokal begrenzten und von der Umgebung deutlich unterschiedenen Reduktion funktionssystembezogener Kommunikation zu identifizieren sind, deutet die räumliche Verdichtung intervenierender Kommunikation der Organisationen dieses Sozialsystems als wichtige Ausnahme auf Inklusionsprobleme einer hilfsbedürftigen Bevölkerung hin. Sozialarbeiterische Hilfsangebote wie Geldzuweisungen und andere kompensatorische Leistungen reagieren dann mit stellvertretender Inklusion auf unterschiedlichste Exklusionsfolgen. Doch auch hier muß die Betrachtung insofern komplizierter ausfallen, als zu berücksichtigen ist, daß die helfende Kommunikation neben der Befassung mit den Personen genauso auf die Gesellschaft zielen kann, etwa auf die Politik oder die Wirtschaft, der Akzeptanz und Ressourcen abgerungen werden müssen, um die eigenen Operationen in der Zukunft fortsetzen zu können.

IV.

Die Vielzahl von Befunden heterogener und dennoch untereinander verbundener Prozesse der Abkopplung einer lokalen Bevölkerung von den Leistungen der gesellschaftlichen Funktionsbereiche sperrt sich gegen eine kausale Zuschreibung „zentraler“ Ursachen. Insofern ist es durchaus möglich, daß von sehr unterschiedlichen Ausgangslagen dieselben äquifinalen Effekte der Ausbildung exkludierter städtischer Räume zu beobachten sind. Zugleich sollte stärker beachtet werden, daß sich aus Mehrdimensionalität der Exklusion immer eine zeitliche Dehnung des Weges in die Exklusion ergibt, so daß ein in einem Akt erfolgender Komplettausschluß wenig wahrscheinlich ist. Statt dessen wird man immer wieder auf Grenzfälle treffen, die in der ein oder anderen Form noch Kontakt zu einem oder gar mehreren Funktionssystemen halten, was insbesondere die noch fortbestehenden residualen Vernetzungen zu den Leistungsbereichen dieser Funktionssysteme und die mit ihnen verbundenen strategischen Interessen zu einer wichtigen Forschungsfrage macht.

Daneben fällt auf, daß der Raum für den Prozeß der Exklusion einen Unterschied machen kann. Gerade wenn es um die Möglichkeiten der Wiederanknüpfung an eine gesellschaftsbezogene Lebensführung geht, erscheint es mir nicht sehr ratsam, die räumliche Markierung von Exklusionsbereichen aus der Beschreibung auszuklamern. Es ist heute offensichtlich, daß lokal begrenzte und von der Umgebung deutlich abweichende Gebiete existieren, die aus dem Kommunikationszusammenhang der Gesellschaft herauszufallen drohen. Von „innerhalb“ sind der Erreichbarkeit der Gesellschaft enge Grenzen gesetzt, während sich von „außerhalb“ unter Umständen nur noch die Massenmedien und die auf Intervention drängenden Organisationen des Systems sozialer Hilfe interessieren.

Davon ist in den Untersuchungen der Stadtsoziologie viel die Rede. Und dennoch sind auch ihrer Thematisierung gegenüber zwei Einschränkungen angebracht. Erstens wird zu wenig geprüft, inwiefern sich die Kommunikation tatsächlich an räumlichen Schemata orientiert. So ist es durchaus möglich und für die Zukunft als zentraler

Problemaspekt zu erwarten, daß krasseste Unterschiede der Zugänglichkeit sozialer Systeme auf engstem Raum „koexistieren“. Die Relevanz des Raumes für Problemlösungen der Kommunikation nähme dann entschieden ab. Und zweitens gibt es längst einen weiteren Schematismus der Exklusion, der entlang von Zeitgrenzen verläuft, etwa wenn bestimmte Areale des städtischen Raumes während der Nachtstunden von den Inklusionsbereichen in einen gesetz- und regellosen Bereich herüberwandern, der für diese Zeit von obdachlosen und anderen ausgestoßenen Personen besetzt wird.

Literaturauswahl:

- Baecker, Dirk 1994: Soziale Hilfe als Funktionssystem der Gesellschaft, Zeitschrift für Soziologie 23: 93-110.
- Göbel, Markus/Schmidt, Johannes F.K. 1998: Inklusion/Exklusion: Karriere, Probleme und Differenzierungen eines systemtheoretischen Begriffspaares, Soziale Systeme 4: 87-117.
- Kronauer, Martin 1998: Armut, Ausgrenzung, Unterklasse. S. 13-27 in: Hartmut Häußermann (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen: Leske & Budrich.
- Kuhm, Klaus 1999: Exklusionsprozesse und städtischer Raum. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel der städtischen Armutsforschung. Arbeitspapier der ZWE 'Arbeit und Region' 34. Bremen: ZWE.
- Luhmann, Niklas 1977: Funktion der Religion. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas 1984: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas 1995a: Die Form ›Person‹. S. 142-154 in: Niklas Luhmann: Die Soziologie und der Mensch. Soziologische Aufklärung. Bd. 6. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas 1995b: Inklusion und Exklusion. S. 237-264 in: Niklas Luhmann: Die Soziologie und der Mensch. Soziologische Aufklärung. Bd. 6. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas 1997: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mingione, Enzo (Hrsg.) 1996: Urban Poverty and the Underclass. A Reader. Cambridge (Massachusetts): Blackwell.
- Rodgers, Gerry/Gore, Charles/Figueiredo, José B. (Hrsg.) 1995: Social Exclusion. Rhetoric, Reality, Responses. Genf: International Institute for Labour Studies.
- Stichweh, Rudolf 1988: Inklusion in die Funktionssysteme der modernen Gesellschaft. S. 261-293 in: Renate Mayntz/Bernd Rosewitz/Uwe Schimank/Rudolf Stichweh: Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme. Frankfurt a.M./New York: Campus.

Stichweh, Rudolf 1997: Inklusion/Exklusion, funktionale Differenzierung und die Theorie der Weltgesellschaft, Soziale Systeme 3: 123-136.

Stichweh, Rudolf 1998a: Raum, Region und Stadt in der Systemtheorie, Soziale Systeme 4: 341-358.

Stichweh, Rudolf 1998b: Zur Theorie der politischen Inklusion, Berliner Journal für Soziologie 8: 539-547.

Rosemarie Sackmann (Bremen):

Was bedeutet gesellschaftliche Integration von Arbeitsmigranten?

Im folgenden möchte ich der Frage nachgehen, was mit Integration von Arbeitsmigranten gemeint ist. Der Begriff der Integration ist von verschiedenen Seiten kritisiert worden. Mir geht es nun vor allem darum, daß der Begriff der Integration an einen Bedeutungshorizont anschließt, der nicht ohne weiteres aufgegeben werden sollte. Ich halte also den Integrationsbegriff für unverzichtbar. Im einzelnen wird es in meinem Vortrag zunächst darum gehen, die Kritik am Integrationsbegriff kurz darzustellen und zugleich deutlich zu machen, daß diese Kritik jeweils in spezifischer Weise definierte und verkürzte Integrationsbegriffe angreift. Anschließend gehe ich der Frage nach, wie sich die Begriffe Integration und Exklusion zueinander verhalten. Schließlich plädiere ich für mehr Aufmerksamkeit gegenüber dem Integrationsbegriff, der - insbesondere in Umbruchzeiten - nicht einfach die Kehrseite von Exklusion darstellt.

Der Begriff „Integration“ hat eine doppelte Bedeutung (vgl. Bauböck 1996). Er bezieht sich zum einen auf die Integration der Gesellschaft, die soziale Ordnung und den Zusammenhalt ihrer Teile. Als Integration in die Gesellschaft ist er auf die Einfügung von Individuen oder Gruppen in eine bestehende Gesellschaft bezogen. Gewöhnlich werden gesellschaftliche Integrationsbereiche unterschieden. Geläufig ist derzeit etwa die Thematisierung von ökonomischer, kultureller und politischer Integration. Integration ist, auch in diesem zweiten Sinn, keineswegs auf neu hinzukommende Personen beschränkt. Zumeist denken wir heute allerdings - wenn wir denn den Begriff verwenden - an die Integration von Migranten. Dabei ist es durchaus nicht ausgeschlossen, sondern dürfte eher als Regel auftreten, daß die Integration von Personen und Gruppen *in* eine Gesellschaft zu Veränderung *der* Integration der Gesellschaft führt. Es kann als Vorteil des Integrationsbegriffs gelten, daß er es ermöglicht, beide Bedeutungen zusammenzuführen. Allerdings werden die beiden Seiten des Begriffs nicht immer als verschieden behandelt. Dies ist Teil des Problems der Kritik am Integrationsbegriff.

Die Kritik am Integrationsbegriff bezieht sich vor allem auf zwei Aspekte. Zum einen auf die Vorstellung eines homogenen Ganzen, zum anderen auf die Vorstellung der Repräsentierbarkeit sowie der Steuerbarkeit gesellschaftlicher Entwicklung.

Vorstellung eines homogenen Ganzen

Die erste Kritikrichtung, Kritik an der Vorstellung eines homogenen Ganzen, wird mit der Frage „Integration in was?“ gut umschrieben (Tripiet 1990; Samers 1998). Der Befund, daß Arbeitsmigranten nicht in eine Gesamtgesellschaft sondern in spezifische Segmente integriert wurden, ist empirische Grundlage dieser Kritikrichtung. Wir kennen diese empirischen Befunde. Milton M. Gordon hat schon 1964 die amerikanische Gesellschaft als Patchwork beschrieben. Soziale Statuslinien und damit verbundene Identifikationen, sozio-kulturelle Segmentierungen im privaten Bereich und regionale Spezifika waren die strukturellen Vorgaben, innerhalb deren Migranten in die ameri-

kanische Gesellschaft integriert und assimiliert wurden. Für Frankreich wurde festgehalten, daß die gesellschaftliche Integration von Arbeitsmigranten in dialektischer Weise erfolgte, nämlich durch die Integration in die Arbeiterklasse und in die Gewerkschaften und damit über den institutionalisierten Protest gegen die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Während für einige diese Beobachtungen nicht im Widerspruch zu der Vorstellung gesellschaftlicher Integration stehen (Dubet und Lapeyronnie 1992), ist dies für andere Interpreten aber offenbar der Fall (vgl. Samers 1998). In dieser Sichtweise wird dem Integrationsbegriff der Bezug auf ein reifiziertes Ganzes unterstellt, weil eben nach dieser Interpretation ein reifiziertes Ganzes die Voraussetzung für die Verwendung des Integrationsbegriffes darstellt. Dies ist aber eine spezifische Sichtweise, die nicht den Integrationsbegriff als solchen trifft.

Neben dieser auf Begriffsverengungen zurückführbaren Kritik gibt es auch Theorien und empirische Befunde der Migrationsforschung, die tatsächlich der Logik des Integrationsbegriffes zu widersprechen scheinen, oder die zumindest so verstanden werden können. Diese Theorien stellen tatsächlich das 'Wohinein' der Integration in Kontexte, die *außerhalb* der Einwanderungsgesellschaft liegen oder zu liegen scheinen. Hier meine ich Theorien der ethnischen Binnenintegration (Elwert 1982) und die neueren Theorien transnationaler sozialer Räume (vgl. Pries 1996). Die Theorie der 'Binnenintegration' ist allerdings als Zwischenstufe im Integrationsprozeß konzipiert und steht somit nicht in generellem Widerspruch zur Integration in die Gesellschaft. Die Theorie transnationaler sozialer Räume hingegen wird durchaus als Gegensatz zur Integration in Nationalstaaten verstanden. Ich möchte darauf hier jedoch nicht im einzelnen eingehen. Generell ist es für mich schwer nachvollziehbar, warum für eine Theorie, die an Globalisierungstheorien anschließt, der Umstand, daß Menschen Beziehungen über den Horizont von Nationalstaaten hinaus haben, die Integration am Wohnort, oder in der Wohnbevölkerung eines Staates hinsichtlich ihrer Bedeutung in Frage stellt. Auch hier schlägt offenbar die Beschreibung durch, die die Theorie transnationaler sozialer Räume von anderen Theorien gibt: andere Theorien der Migrations- und Integrationsforschung haben sich demnach auf eine Gesellschaft bezogen, die mit einem Containerraum verbunden ist (vgl. Pries 1997). Damit enden natürlich gesellschaftliche Beziehungen an den Staatsgrenzen, Beziehungen über Grenzen sind von grundlegend anderer Qualität. Nun ist es fraglich, wie prägend die Containerraumvorstellung in anderen, früheren Theorien tatsächlich war. Es ist allerdings sehr wohl möglich, sozial-räumliche Abgrenzungen auf der Basis von Interaktionsdichten und in Hinblick auf den Einfluß spezifischer, räumlich begrenzter Regelungen auf die Lebensgestaltung der Wanderer vorzunehmen. Damit sind Beziehungen über Staatsgrenzen durchaus einbeziehbar. Es würde sich allerdings wohl zeigen, daß wir auch bei Migranten - ohne transnationale soziale Beziehungen zu übersehen - eine erhebliche Verdichtung sozialer Beziehungen innerhalb des Landes finden, in dem sie wohnen. Vermutlich dürften für viele die Bezugsräume weit enger, d.h. lokal, gefaßt sein. Meine These wäre hier, daß der Stellenwert dieser Beziehungen den der transnationalen Beziehungen z.B. in Hinblick auf die Lebensqualität und die Möglichkeiten der Lebensgestaltung deutlich übertrifft. Dies dürfte insbesondere für den Großteil der im Zuwanderungsland geborenen Kinder von Migranten gelten.

Zusammenfassend kann man sagen, daß diese gesamte Kritikrichtung am Integrationsbegriff auf das empirische Faktum gesellschaftlicher Heterogenität gegründet ist.

Gesellschaftliche Heterogenität steht aber nicht im Widerspruch zu gesellschaftlicher Integration. Dies wäre nur dann der Fall, wenn mit der Repräsentation einer Gesellschaft in eins die Repräsentation der realen Heterogenität und Komplexität ihrer Verhältnisse gemeint wäre. Tatsächlich aber ist Repräsentation immer selektiv.

Repräsentierbarkeit von Gesellschaft und Steuerbarkeit sozialer Entwicklung

Ich komme nun zu der zweiten Kritik am Integrationsbegriff, zu dem Einwand gegen die Repräsentierbarkeit von dem, was wir gewohnt waren Gesellschaft zu nennen. Diese Kritik wird am stärksten seitens der Systemtheorie geäußert. In ihrer Perspektive bezeichnet Gesellschaft die Gesamtheit der Funktionssysteme. Gesellschaft ist nicht selbst ein Funktionssystem. Und: Gesellschaft ist Weltgesellschaft. Allerdings wird ein zweites Ordnungsschema neben funktionaler Differenzierung angenommen, nämlich das der Segmentierung in nationale Wohlfahrtsstaaten. Nationale Wohlfahrtsstaaten sind aber starke Filter, durch die die Weltgesellschaft regional spezifische Ausprägungen erfährt. Und Systemtheoretiker sind durchaus nicht blind gegenüber den Besonderheiten von Staaten. Namentlich Stichweh weist immer wieder auf solche Besonderheiten hin, so z.B. auch, wenn er dem Begriff der Exklusion nachgeht und die Frage stellt: „warum war diese Beschreibung in Frankreich wahrscheinlich und erfolgreich?“ (Stichweh 1997: 125). Stichweh führt zwei Begründungen an, die ich zitieren möchte:

„Eine interessante Bedingung ist, daß es 'Sozialpolitik' als eine etablierte politische und theoretische Kategorie in Frankreich im Unterschied zu England und Deutschland nicht zu geben scheint, was die Wahrscheinlichkeit erhöht, daß Probleme des Ausschlusses größerer Bevölkerungskategorien als eine Frage der gesamtgesellschaftlichen Differenzierung gesehen werden. (...) Ein zweites ist, daß es in Frankreich nahezu liegen scheint, Exklusion als einen Bruch der nationalen oder der gesamtgesellschaftlichen Solidarität zu denken, was im Unterschied zur liberalen Tradition, die in der angelsächsischen Welt dominiert, erneut einer Individualisierung der Problemlagen und vielleicht auch der sozialpolitischen Instrumente entgegenwirkt“ (ebd.).

Wenn Stichweh den Exklusionsbegriff bis in die Besonderheiten französischer Konzeptionen von Sozialpolitik und Solidarität zurückverfolgt, müssen wir dann nicht annehmen, daß nationale Kontexte einen Unterschied machen? Man könnte einwenden, Begriffsgeschichte und Theorie wären zwei höchst unterschiedliche Dinge. Doch wenn Kommunikationen an Kommunikationen anschließen, an was genau schließen sie dann an? An systemspezifische oder an kontextspezifische Begriffe?

[Wie auch immer, ein spezifischer Kontext ist sicher das Weltsystem der Wissenschaft, das ja wohl dazu beigetragen hat, daß der Begriff der Exklusion Verbreitung gefunden hat. Ich will hier auch keineswegs gegen den Begriffsimport anreden. Ich wollte lediglich auf die Bedeutung spezifischer Kontexte hinweisen.]

Von systemtheoretischer Seite wird nun auf der Basis der Thesen über die systemische Nicht-Existenz von Gesellschaft ein weiterer Einwand gegen den Integrationsbegriff angeführt: Der Integrationsbegriff würde die Möglichkeiten des politischen Systems

überschätzen. Hier haben wir es mit einem Begriff von Integration zu tun, den Halfmann und Bommes wie folgt kennzeichnen:

„In der Makrosoziologie von Parsons bis Habermas ist mit Integration die Fähigkeit einer sozialen Instanz (wie Kultur, Öffentlichkeit oder Staat) gemeint, die Autonomie der Funktionssysteme unter kulturellen, politischen oder moralischen Prämissen einschränken zu können. (...). Aus differenzierungstheoretischer Perspektive verfügt der Staat nur über die Möglichkeit, kollektiv verbindliche Entscheidungen herzustellen, die von anderen Funktionssystemen zwar abgenommen, aber nach eigenen Prämissen abgearbeitet werden, die politisch nur schlecht kontrollierbar sind“ (Halfmann und Bommes 1998: 94, Fußnote 44).

Man ist versucht zu sagen: was heißt nur? Wieso ist die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen hier so gering veranschlagt? Ein Grund ist sicher, daß die Autoren diese Aufgabe des Staates gar nicht mehr als gegeben sehen. Sie sind der Meinung, daß zeitgenössische Wohlfahrtsstaaten die Fähigkeit verloren haben, eigenständig substantielle Ziele der Politik zu generieren. Beispielsweise wären sie auf die Kooperationsbereitschaft von großen Verbänden und Organisationen angewiesen (Halfmann und Bommes 1998: 94). Hier wüßte man zwar gern, welcher historische Staat denn wohl dem entspricht, was hier als vorher dem zeitgenössischen heute unterlegt wird. Doch will ich auch dies hier ausklammern und nur festhalten, daß die Gleichsetzung von Integration mit der Annahme einer Steuerungsinstanz nicht zwingend ist. Allerdings würde ich davon ausgehen, daß der Begriff der Integration die Beeinflussbarkeit der Verhältnisse unterstellt. Wobei allerdings nicht von einer Instanz der Beeinflussung ausgegangen werden muß. Man könnte, beispielsweise Münch insoweit folgen, daß man verschiedene, systematische Beeinflussungsverhältnisse annimmt (Münch 1995). Eine wichtige Arena für Einflußnahme ist beispielsweise die Öffentlichkeit.

Zusammenfassend läßt sich Integration nun folgendermaßen bestimmen: Der Begriff der Integration ist auf eine in sich differenzierte Einheit bezogen. Er bezeichnet sowohl die Integration dieser differenzierten Einheit, als auch die Integration von Personen und Gruppen in diese Einheit. Als Bezugsrahmen kann, muß aber keineswegs der Nationalstaat fungieren. Sowohl größere regionale Einheiten, wie die Europäische Gemeinschaft, als auch kleinere Einheiten wie lokale Bezugsrahmen sind möglich. Integration kann keineswegs in unmittelbarer Form direkt auf die Gesamtheit einer Einheit bezogen werden. Integration ist zudem nicht auf ein Merkmal beschränkt, sondern findet zumeist in verschiedenen Dimensionen statt. Es ist aber möglich, spezifische Inklusionen als Integration zu verstehen. Dies ist dann der Fall, wenn diese Inklusionsform in einer Gesellschaft als zentral gelten kann. Integration ist zudem ein Begriff, der offen für Unterschiede ist. Für verschiedene Bevölkerungskategorien bestehen verschiedene Vorstellungen über das, was als Integration zu bezeichnen wäre. Und was zu einem Zeitpunkt für eine Bevölkerungskategorie als hinreichend erscheint, tut dies nicht notwendigerweise zu anderen Zeitpunkten. Mithin ist der Begriff situations- und interpretationsabhängig, was ja wohl zu einem guten Teil seine Vagheit ausmachen dürfte. Durch die Notwendigkeit der Interpretation hat der Begriff aber einen direkten Bezug zu den Solidaritätsvorstellungen einer Gesellschaft.

Exklusion und Integration

Ich wende mich nun dem Begriff der Exklusion zu. Exklusion hat nach Stichweh (1997) einen auf Einkommen bezogenen Armutsbegriff in den Sozialwissenschaften abgelöst. Als Besonderheit des Begriffs wird angeführt, daß er mehr bzw. andere gesellschaftliche Dimensionen berücksichtigt als der Armutsbegriff. Exklusion bezeichnet (im Unterschied zu insbesondere am Einkommen orientierten Armutsbegriffen) nicht ein mehr oder weniger, sondern ein entweder/oder. Letztlich ist mit Exklusion der kumulative Ausschluß aus (fast) allen Inklusionssystemen gemeint (Stichweh 1997). Zugleich ist der Exklusionsbegriff auch an die Stelle von Schichtungskonzepten getreten. Ausschluß bedeutet das Ende der Zugehörigkeit. Oder, wie verschiedentlich betont wird, nicht einmal mehr als nützliche Arme finden die Ausgeschlossenen gesellschaftliche Verwendung. Schließlich ist festzuhalten, daß Exklusion - zumindest in systemtheoretischer Perspektive - regional oder lokal zu verorten ist. Ersteres gilt insbesondere für Sonderbedingungen in und Koppelungen zwischen einzelnen Funktionssystemen. Letzteres bezieht sich auf Exklusionsursachen, die nicht funktionaler Differenzierung zuzurechnen sind. Hier hebt Stichweh ethnische Segregation hervor, bezieht sich aber auch allgemein auf die räumliche Segregation von Exklusion und deren Folgen.

Meiner Meinung nach kann der Begriff der Exklusion als Gegenbegriff zu dem der Integration aufgefaßt werden. Und zwar zu beiden Bedeutungen des Integrationsbegriffes. Und tatsächlich wird er beispielsweise bei Dubet und Lapeyronnie genau als solcher entfaltet. Einerseits bezeichnet er den Ausschluß größerer Bevölkerungsteile insbesondere aus der Ökonomie und der gesellschaftlich-politischen Partizipation, sowie für einige Bevölkerungsteile auch den Ausschluß aus der kulturellen Dimension. Andererseits bezieht sich der Begriff auf den Verlust der Hauptlinie gesellschaftlicher Integration, den institutionellen Konflikt der 'sozialen Frage', das Verschwinden der Arbeiterbewegung. Der Verlust der Integrationsperspektive sowohl für exkludierte Individuen als auch für die Gesellschaft wird von Dubet und Lapeyronnie als das entscheidende Problem gesehen, daß mit dem Begriff der Exklusion verbunden ist. Es ist nicht so, daß es in Frankreich an Maßnahmen zur Integration gefehlt hätte. Diese waren vielmehr zahlreich und divers. Wie in anderen Ländern auch, hatte viele der sozial-politischen Programme einen Bezug auf Quartiers-, bzw. Stadterneuerung (vgl. Lang 1994; Delbos 1994)¹. Es hat aber den Anschein, als ob der Gesellschaft insgesamt sowie verschiedenen Institutionen die mit der Lösung sozialer Probleme befaßt sind, der Schlüssel zur Beendigung der Exklusion fehlte. Die Transformierung von Exklusion in eine soziale Frage steht noch aus. Währenddessen verlieren die Exkludierten in den Vorstädten den Bezug zu den Inklusionssystemen und die Definition des Problems verlagert sich auf die Frage der Zugehörigkeit, bzw. auf die ebenso wütende wie hilflose Wahrnehmung der eigenen Situation als einer des Ausschlusses. So jedenfalls beschreiben Dubet und Lapeyronnie die Situation der Ausgeschlossenen in den französischen Vorstädten und die Integrationskrise der französischen Gesell-

¹ Während Quartierserneuerung schon seit den 70er Jahren ein Thema ist, sollte hier freilich nicht vergessen werden, daß soziale Maßnahmen bis Mitte der 80er Jahre (und mit Bezug auf bestimmte Gruppen oder bestimmte soziale Bereiche bis heute) durchaus zusammengingen mit starken politischen, administrativen und sozialen Ausgrenzungen von Zugewanderten (vgl. Schain 1990).

schaft. Es ist deutlich: während der Exklusionsbegriff direkten Bezug auf die Begriffsdimension „Integration in die Gesellschaft“ hat, ist er zugleich mit der zweiten Dimension, „Integration der Gesellschaft“ verbunden. Integration in die Gesellschaft ist überhaupt nicht zu definieren, wenn es keine Vorstellung über die Integration der Gesellschaft gibt. Somit ist Repräsentierbarkeit unabdingbare Voraussetzung für jede Möglichkeit der Verständigung über Gesellschaft und natürlich für jede Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen.

Zur Integration von Arbeitsmigranten

Ich möchte hier einen Sprung machen zurück zu der Frage, was gesellschaftliche Integration von Arbeitsmigranten bedeuten kann. Der Begriff der gesellschaftlichen Integration ist auf ein Ganzes bezogen, das nicht durch einzelne Teile gesprengt werden soll, das diese Teile aber auch nicht ab- oder ausstoßen soll. Mithin bezieht sich der Begriff auf gesellschaftliche Ordnung. Vorstellungen sozialer Ordnung sind zumeist Bestandteil der kollektiven Identität einer Gesellschaft. Es wäre freilich ein spezifisches Ordnungsverständnis, das soziale Heterogenität ausschließen würde. Und tatsächlich ist dies wohl kaum real der Fall. Heterogenität ist nicht per se ein Problem für soziale Ordnung. Die soziale Ordnung kann allerdings selbst problematisch werden, beispielsweise dann, wenn für einzelne Personen oder gesellschaftliche Kategorien verschiedene Kriterien angewandt werden und zwar in einer Form, in der dies gegen den Gleichheitsgrundsatz der Gesellschaft verstößt. Wenn also beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt nicht die Arbeitskraft sondern die Nationalität oder die nationale Herkunft zum entscheidenden Zugangskriterium gemacht wird, so geht dies unproblematisch nur für solche Personen, für die die Nicht-Zugehörigkeit klar definiert ist.

Wie wir wissen, ist eine Auseinandersetzung, die die deutsche Gesellschaft zur Zeit bewegt, die um den Status türkischer Migranten und ihrer Kinder. Gehören sie dazu? Die gegenwärtigen Diskussionen sind auf die Frage der Inklusion in die Staatsbürgerschaft bezogen. Die Verlagerung der öffentlichen Aufmerksamkeit von Inklusionen im Ausbildungsbereich oder im Arbeitsmarkt auf die Inklusionsform moderner Gesellschaften, die auf der segmentären Differenzierung der Weltgesellschaft basiert, spricht nicht von universaler Inklusion sondern von spezifischen Ansprüchen auf Anerkennung der Zugehörigkeit. Nicht Inklusion in das System von Nationalstaaten überhaupt, sondern Zugehörigkeit zu einer spezifischen Gesellschaft steht in Frage. Es geht nicht um systemische Inklusion sondern um Integration auf der Basis realer Lebenszusammenhänge. So ist es auch vielleicht nicht nur als ein Ausweichen auf weniger machtgetränkte Arenen zu verstehen, wenn Migrantengruppen beispielsweise in Frankreich oder in der Schweiz ihre Energien von der staatlichen Ebene auf die lokale Ebene verlagert haben (Bolzman und Fibbi 1991; Samers 1998). Nicht mehr auf allgemeine Wahlrechte und Änderungen von Einbürgerungsbestimmungen beziehen sich hier die Versuche Integration im Vorstellungshorizont der Einwanderungsgesellschaft zu erreichen, vielmehr geht es vermehrt um die Präsenz als lokaler Akteur. Gesellschaftliche Anerkennung zeigt sich letztlich nicht in staatsbürgerlicher Inklusion sondern daran, ob man dort, wo man lebt, öffentliche Wahrnehmung und Bestätigung findet. Dies gilt allerdings wohl nur dann, wenn das Fehlen der vollen rechtlichen

Gleichstellung nicht mit erheblichen Benachteiligungen verbunden ist. Und es gilt auch nur für die Generation der Wanderer, jedoch kaum für ihre Kinder.

In Bezug auf langansässige Migranten ist Exklusion aus der Staatsbürgerschaft teilweise als freiwillige Entscheidung zu sehen. Die deutschen Bestimmungen haben es nicht leicht gemacht, aber generell wäre für viele Zuwanderer die Naturalisierung mittlerweile möglich. Zwar wäre die Grauzone der administrativen Entmutigungen hier noch weiter zu berücksichtigen, aber dennoch kann man die Aussagen von Zuwanderern, daß sie ihre Staatsbürgerschaft nicht wechseln wollen, sicher auch ein Stück weit ernst nehmen. Anders ist dies in Hinblick auf die Kinder und Enkel. Anzumerken wäre hier, daß ein rechtlich ungleicher Status auf die Dauer nicht akzeptabel ist. Während für Bevölkerungskategorien, deren Anwesenheit als vorübergehend betrachtet wird, ein ungleicher Status zu rechtfertigen ist, ist dies keineswegs der Fall, wenn die Anwesenheit dauerhaft ist und insbesondere nicht, wenn sich die entsprechenden Bevölkerungskategorien reproduzieren, sprich wenn ihre Kinder in einen rechtlich ungleichen Status hineingeboren werden. Es ist zu wünschen, daß eine Demokratie mehr Wert auf den Einschluß der auf ihrem Territorium lebenden Menschen legt und daß sie dies auch durch entsprechende Einbürgerungsregeln deutlich macht.

Auch außerhalb des politischen Systems hat die fehlende Staatsangehörigkeit Exklusion zur Folge, so insbesondere für die soziale Integration, also beispielsweise für die Arbeitsmarktintegration. Genau hier wird nun eine Parallele zwischen Migranten, als Personen mit fremder Staatsangehörigkeit, und sozial exkludierten Staatsbürgern gesehen, da Exklusion als Verlust der sozialen Staatsbürgerschaft verstanden wird, die im Effekt einem Totalverlust der Staatsbürgerschaft gleichkommt (vgl. Procacci 1998). Dies trifft zum einen allgemein zu, da sozial ausgegrenzte kein Interesse an Partizipation mehr haben, zum anderen speziell, da die Form der Ausgrenzung, wie oben beschrieben, Repräsentation und Transformation in einen sozialen Konflikt erschwert, wenn nicht unmöglich macht. Die Ursache-Folge-Verhältnisse sind verschieden: bei Migranten hat die Ausgrenzung aus der Staatsbürgerschaft Folgen für die soziale Integration, bei Einheimischen kann soziale Integration faktisch den Verlust staatsbürgerlicher Bezüge zur Folge haben. Die Effekte sind ähnlich.

Neben der vergleichbaren Ausgrenzungssituation von Ausländern und Einheimischen (bei unterschiedlichen Ursache-Folge-Verhältnissen!) ist auch eine Tendenz der Angleichung der Beschreibungen mit Blick auf kulturelle Fremdheit zu beobachten: sozial Ausgegrenzte werden ähnlich wie Zuwanderer als kulturell und sozial fremd und als nicht kompetent beschrieben (vgl. z.B. Dubet und Lapeyronnie 1994). Dies ist besonders anschaulich, wo exkludierte Gebiete als „schwarze Löcher“ beschrieben werden, als bedrohlich, undurchdringlich und als gänzlich anderes zu der Gesellschaft von der aus beobachtet wird (Dubet und Lapeyronnie 1994: 121 ff.; Stichweh 1997: 132 f).

Während an der Möglichkeit von Integration soweit sie sich auf Individuen bezieht, kaum gezweifelt wird, ergeben sich erhebliche Probleme, wenn Integration auf zugewanderte (oder aufgrund dauerhaften Ausschlusses als kulturell fremd definierte) Gruppen bezogen wird. Dekonstruktivistische Theorien können plausibel machen, daß dieses Problem in der Konstruktion von 'difference as otherness' begründet ist.

„Whether unequal or relatively equal, difference as otherness conceives social groups as mutually exclusive, categorically opposed. This conception means that each group has its own nature and shares no attributes with those defined as other. The ideology of group difference is this logic attempts to make clear borders between groups, and to identify the characteristics that mark the purity of one group off from the characteristics of the Others“ (Young 1993: 126).

So ergeben sich Fragen, wie: Kann ein Muslim ein Deutscher sein? Dieses Verfahren wird dadurch begünstigt, daß Gruppenunterschiede als grundlegende Verschiedenheit häufig in der Form konstruiert werden, daß man die eigene Gruppe primär durch negative Beziehung auf die andere Gruppe konstruiert (vgl. Young 1993). Also, es wird weniger definiert, was ein Deutscher ist, als vielmehr daß ein Deutscher kein Muslim ist. Gruppenidentitäten, die über negative Bestimmungen konstruiert werden, sind nicht stabil und sie sind relativ leer. Sie bieten keine Möglichkeiten der positiven Identifikation. Und natürlich legen sie die Anderen fest auf ein anders sein. Tatsächlich aber gibt es zwischen sozialen Gruppen zahlreiche Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten. Menschen gehören verschiedenen sozialen Gruppen an. Man kann in Deutschland lebende Türkin und Rechtsanwaltsgehilfin sein. Weder das Geschlecht, die Nationalität, der Wohnort noch der Beruf bestimmen das Spektrum der für die Identität relevanten Identifikationsmöglichkeiten. Allerdings bieten alle genannten sozialen Kategorien die Möglichkeit sowohl von gruppenbezogenen Ausschluß als auch von gruppenbezogenen Identifikationen. Während in westlich liberalen Gesellschaften gruppenbasierte Ausschlüsse problematisch sind, ist es zugleich für gesellschaftliche Zusammenhänge zentral, daß Bürger nicht nur Individuen mit spezifischen Inklusionskarrieren sind, sondern daß sie sich mit sozialen Gruppen identifizieren und als soziale Gruppen Ansprüche an die Gesellschaft stellen. Dies freilich setzt voraus, daß sich alle sozialen Gruppen auf eine politische Gemeinschaft beziehen. Diese sollte allerdings nicht als empirischer Referent verstanden werden. Politik betrifft die Konstitution der politischen Gemeinschaft, nicht etwas, das in ihr stattfindet (Mouffe 1993: 81). Aus den bisherigen Ausführungen dürfte ersichtlich sein, daß die politische Gemeinschaft keineswegs auf den Nationalstaat bezogen sein muß. Vielmehr sind lokale Bezüge gerade in Hinblick auf gesellschaftliche Anerkennung relevant. Um es noch einmal zu sagen: Integration von Ausländern läßt zwar die Artikulation spezifischer, mit dem (aktuellen oder früheren) Ausländerstatus verbundenen Bedürfnissen zu, sie beschränkt aber 'Ausländer' nicht auf diese Dimension, vielmehr unterstützt sie ihre Integration (auch) in anderen sozialen Bezügen - als BewohnerInnen eines Stadtteils, als Berufstätige, als Eltern, als BürgerInnen.

Einige Fragen

Abschließend möchte ich einige Fragen in den Raum stellen. Exklusion und Integration sind Gegenbegriffe, oder vielleicht besser: korrespondierende Begriffe. Aber kann man deshalb annehmen, daß das eine die Kehrseite des anderen ist? Wenn wir Exklusionsprozesse untersuchen, haben wir dann wirklich zugleich Zugang zu der Frage, wie Integration aussehen würde? Meine These ist, daß dies nur der Fall ist, wenn die Mechanismen gesellschaftlicher Integration, die unsere Beschreibung der Gesell-

schaft prägen, weitgehend funktionieren. Beschreiben wir jedoch heute Exklusion in solchen Formen, wie sie der Integration von Industriegesellschaften entsprechen, so können wir damit keineswegs sagen, wie die Exklusion zu beenden wäre, d.h., wir können nicht sagen, wie Integration aussähe. Vollbeschäftigung (im alten Sinn) und Normalarbeitsverhältnisse (im alten Sinn) sind heute - so kann man wohl vermuten - keine Zukunftsmodelle mehr. Ist es dann nicht nötig, nach *notwendigen* und *möglichen* Formen von Integration zu fragen? Müssen wir dann nicht auch die Frage nach den Ressourcen - z.B. denen von Städten - für eine sozial nachhaltige Entwicklung stellen (vgl. Wassenhoven 1996)? Wie nützlich ist eine Beschreibung von Exklusion, der keine realistische Vorstellung von Integration korrespondiert? Meine These ist, daß ohne Vorstellungen von notwendigen und möglichen Integrationsprozessen Exklusion nicht sinnvoll analysiert werden kann. Zugleich ist es so, daß wir mit jeder Beschreibung von Exklusion Hinweise geben, was Integration bedeuten würde. Wenn z.B. einige Autoren das Fehlen bindungsstarker Nahbeziehungen als Exklusionsfaktor anführen, so ist damit (häufig) angedeutet, daß wir mehr Gemeinschaft in der Gesellschaft brauchen. Aber ist das wirklich so? Ist es nicht vielmehr so, daß dies nur dann zutrifft, wenn eben andere Faktoren dazu beitragen, daß selbstbestimmte Lebensweisen (und zumeist auch: die Teilhabe an einem gewissen Standard des Konsums) behindert werden? Mit anderen Worten: müssen wir uns nicht genau überlegen, ob die Angewiesenheit auf die Einbindung in Nahbeziehungen nicht auch schon Exklusion bedeutet (bzw. bedeuten kann)?

Eine andere Frage bezieht sich auf die Suche nach Bestimmungen des Gesellschaftlichen, die es erlauben, die soziale Frage neu zu formulieren. Mein Eindruck ist, daß anregende Ansätze dort liegen, wo über die Bedeutung von Arbeit, bzw. über neue Formen von Arbeitsmarktintegration nachgedacht wird. Dies geschieht häufig auch in Zusammenhang mit Mobilisierungs- und Integrationsansätzen, die auf den kleinräumigen Bereich des Quartiers bezogen sind, also mit Konzepten der Quartiererneuerung. Können diese Konzepte den Status von Reparaturarbeiten an gesellschaftlichen Problembereichen abstreifen und stattdessen zu, sozusagen, progressiven Beispielen für gesellschaftliche Entwicklung werden? (Mein Eindruck ist, daß für eine solche Transformation die Verankerung dieser Konzepte in gesamtgesellschaftlichen Konzepten nötig wäre.)

Literatur:

- Bauböck, Rainer 1996: Social and Cultural Integration in a Civil Society, in: *The Challenge of Diversity. Integration and Pluralism in Societies of Immigration*, Rainer, Bauböck, Agnes Heller und Aristide R. Zolber (eds.), 67-131, Aldershot: Avebury
- Bolzmann, Claudio und Rosita Fibbi 1991: Collective Assertion Strategies of Immigrants in Switzerland, *International Sociology* 6(3): 321-341

- Delbos, Vincent 1994: Die Umsetzung öffentlichen Handelns in der Stadt - das Beispiel Frankreich, in *Lokale Partnerschaften. Die Erneuerung benachteiligter Quartiere in europäischen Städten*, Rolf Froessler, Markus Lang, Klaus Selle und Rainer Staubach (Hrsg.), 85-95, Basel: Birkhäuser Verlag
- Dubet, Francois und Didier Lapeyronnie 1994: Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft (Les quartiers d'Exil, Edition du Seuil, Paris 1992); Stuttgart: Klett-Cotta
- Elwert, Georg 1982: Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 34: 717-731
- Gordon, Milton M. 1964: *Assimilation in American Life. The Role of Race, Religion and National Origins*; New York
- Halfmann, Jost und Michael Bommès 1998: Staatsbürgerschaft, Inklusionsvermittlung und Migration. Zum Souveränitätsverlust des Wohlfahrtsstaates, in: *Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten*, Michael Bommès und Jost Halfmann (Hrsg.), (IMIS-Schriften 6), S. 81-101; Osnabrück: Universitätsverlag Rasch
- Lang, Markus 1994: Sozialorientierte Stadterneuerung - eine Politik zur Erneuerung benachteiligter Quartiere in Frankreich, in *Lokale Partnerschaften. Die Erneuerung benachteiligter Quartiere in europäischen Städten*, Rolf Froessler, Markus Lang, Klaus Selle und Rainer Staubach (Hrsg.), 73-84, Basel: Birkhäuser Verlag
- Mouffe, Chantal 1993: Liberal Socialism and Pluralism: Which Citizenship? in: *Principled Positions. Postmodernism and the Rediscovery of Value*, Judith Squires (ed), 69-84; London: Lawrence & Wishart
- Münch, Richard 1995: Elemente einer Theorie der Integration moderner Gesellschaften. Eine Bestandsaufnahme, *Berliner Journal für Soziologie* 5: 5-24
- Pries, Ludger 1996: Transnationale Soziale Räume. Theoretisch-empirische Skizze am Beispiel der Arbeitswanderung Mexico - USA, *Zeitschrift für Soziologie* 25 (6) 456-472
- Pries, Ludger 1997: Neue Migration im transnationalen Raum, in: *Transnationale Migration*, Ludger Pries (Hrsg.), *Soziale Welt* Sonderband 12, 15-44, Baden-Baden: Nomos
- Procacci, Giovanna 1998: Arme Bürger. Soziale Staatsbürgerschaft versus Individualisierung von Wohlfahrt, *Berliner Journal für Soziologie* 4: 473-488
- Samers, Michael 1998: Immigration, 'Ethnic Minorities', and 'Social Exclusion' in the European Union: a Critical Perspective, *Geoforum* 29 (2): 123-144
- Schain, Martin 1990: Immigrants in the town: communism and urban politics in France. How does party matter? in *Les étrangers dans la ville. Le regard des sciences sociales*, sous la direction des Ida Simon-Barouh et Pierre-Jean Simon, Beiträge zu einem internationalen Colloquium, Rennes 14 bis 16 Dezember 1988, 211-221, Paris: L'Harmattan

- Stichweh, Rudolf 1992: Der Fremde - Zur Evolution der Weltgesellschaft, *Rechtshistorisches Journal* 11: 295-316
- Stichweh, Rudolf 1997: Inklusion/Exklusion, funktionale Differenzierung und die Theorie der Weltgesellschaft, *Soziale Systeme* 3: 123-136
- Stichweh, Rudolf 1998: Migration, nationale Wohlfahrtsstaaten und die Entstehung der Weltgesellschaft, in: *Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten*, Michael Bommès und Jost Halfmann (Hrsg.), (IMIS-Schriften 6), S. 49-61; Osnabrück: Universitätsverlag Rasch
- Stichweh, Rudolf 1998: Zur Theorie der politischen Inklusion, *Berliner Journal für Soziologie* 4: 539-547
- Tripier, M. 1990: *Immigration dans la classe ouvrière en France*, Paris: IEM/ L'Harmattan
- Wassenhoven, Louis C. 1996: Sustainable Urban Development and the Concept of Urban Resources, in *Sustainable Development. Theoretical Approaches of a Crucial Notion*, Constantine Laskaris (ed), 79-119, Athen
- Young, Iris Marion 1993: Together in Difference: Transforming the Logic of Group Political Conflict, in: *Principled Positions. Postmodernism and the Rediscovery of Value*, Judith Squires (ed), 121-150; London: Lawrence & Wishart

Bertholt Vogel (Göttingen)

Die 'Entbehrlichen' - Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung in der Großstadt

Befragt man die stadtsoziologische Debatte zum sozialen und strukturellen Zustand unserer Städte, dann trifft man auf Bilder der Spaltung und des Zerfalls der Stadtgesellschaft, auf die Formel des Verschwindens von Urbanität und der urbanen Mittelklassen und auf zahlreiche Hinweise zu den sich verfestigenden Grenzlinien zwischen städtischem Wohlstand und Elend. Die Rede ist dann von der gespaltenen Stadt, von der polarisierten Stadt, vom Kraftverlust der Integrationsmaschine Stadt, von der Erosion des europäischen Stadtmodells, von sich abschließenden städtischen Quartieren der Armut und von einer stadtpolitischen Wende zur repressiven Raumpolitik, die das wachsende soziale Elend wegsperrt und einzugrenzen versucht.

In der Tat: Der Strukturwandel des Arbeitsmarktes und die tiefgreifenden Umbrüche des Erwerbsarbeitersystems, die sich im säkularen Schwund der Industriearbeit wie in der Brüchigkeit der neuen Dienstleistungsökonomie manifestieren - sie verändern die städtische Gesellschaft. Die in die Mittelklassen hereinragende Verletzbarkeit und Prekarität der Beschäftigungsverhältnisse und die strukturelle Verfestigung der Arbeitslosigkeit prägen die sozialräumliche Entwicklung in unseren Städten. Marginalisierungs- und Ausgrenzungsprozesse am Arbeitsmarkt sind daher ohne Zweifel vorrangige Probleme und Triebkräfte der aktuellen Stadtentwicklung. An diesem Punkt - so mein Eindruck - einigen sich kritische Wissenschaft, aufgeklärtes Feuilleton und mittlerweile auch die konservative Tagespresse.

Doch was bedeutet das für die Bewohner der Stadt? Welche Gruppen der Erwerbsbevölkerung sind von Verdrängung und Ausgrenzung bedroht? Und in welcher Form verlaufen Ausgrenzungsprozesse? In einem Forschungsprojekt, das Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit in städtischen Wohnquartieren untersucht, gehen wir diesen Fragen nach. Es handelt sich um die Stadtteile St. Pauli und Mümmelmannsberg in Hamburg. Dort haben wir - vermittelt über die Arbeits- und Sozialämter - mit 110 Langzeitarbeitslosen Interviews geführt.

Im Sinne einer empirischen Suchstrategie stelle ich Ihnen im folgenden „ausgrenzungsbegünstigende“ erwerbsbiographische Konstellationen vor. Meine zentrale Frage lautet: Wie verlaufen (potentielle) Ausgrenzungsprozesse am städtischen Arbeitsmarkt? Um diese Frage beantworten zu können, haben wir *erwerbsbiographische Verläufe von Langzeitarbeitslosen rekonstruiert*. Hierbei lassen sich vier *verschiedene Verlaufstypen* erkennen: Plötzlicher Ausschluß von Erwerbsarbeit nach stabiler Erwerbsbiographie; Allmähliche Ausgliederung durch Destabilisierung der Erwerbsbiographie; Bruch einer instabilen Erwerbsbiographie; Versperrter Zugang zu Erwerbsarbeit.

1) Plötzlicher Ausschluß von Erwerbsarbeit nach stabiler Erwerbsbiographie

Im ersten Verlaufstyp sind ausschließlich langzeitarbeitslose Männer vertreten - alleamt älter als 45 Jahre. Ihre Biographie ist von einer stabilen Erwerbstätigkeit in industriellen Großbetrieben geprägt. Dort erwarben sie betriebs- und branchenspezifische Anlernqualifikationen. Eine Berufsausbildung haben sie nicht absolviert. Da sie in niedergehenden Industriebranchen tätig waren, ging der Arbeitsplatz in der Regel im Zuge radikalen Stellenabbaus oder einer Betriebsschließung verloren. Entscheidend ist, daß sie nach dem Verlust dieses Arbeitsplatzes als ungelernete Arbeitskräfte keine Neuanstellung mehr fanden. Einmal arbeitslos geworden, sind sie immer arbeitslos geblieben.

Ihre Lebenssituation ist durch Vereinzelung und Einsamkeit geprägt (zumeist alleinstehend, keine familiären Bindungen). Im öffentlichen Raum oder in Einrichtungen des Stadtteils trifft man sie nicht an. Sie leben überwiegend in sozialer und räumlicher Isolation. Auch ihre Arbeitssuche haben sie aufgegeben. Dabei wurden sie in ihrem Rückzug vom Arbeitsmarkt von seiten der Arbeits- und Sozialämter geradezu bestärkt. Zu keinem Zeitpunkt wurde ihnen eine unterstützende oder eingliedernde Maßnahme angeboten. Im Gegenteil: Das Arbeitsamt betrachtet sie mit wohlwollendem Desinteresse als „aussichtslose Fälle“, die dem Sozialamt zur weiteren Versorgung überwiesen werden. Sie sehen sich selbst als nutzlos und überflüssig an - zurückgewiesen von der Arbeitsgesellschaft: ein Bewußtsein, das sie beschämt und unter dem sie leiden.

2) Allmähliche Ausgliederung aus Erwerbsarbeit nach Destabilisierung der Erwerbsbiographie

Die Erwerbsbiographien der Langzeitarbeitslosen des zweiten Typs sind durch einen Prozeß der Destabilisierung geprägt. Auf den Verlust stabiler Beschäftigung folgten kurzfristige Beschäftigungsphasen - es entwickelte sich ein Wechselspiel von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit. Hierbei waren sie gezwungen, von einer Beschäftigungsphase zur nächsten Zugeständnisse an die Arbeitsinhalte (Qualifikationsverluste), an die Beschäftigungsform (Befristung) und an die Entlohnung zu machen. Der finanzielle, berufliche und soziale Abstieg war die Folge und prägte die Biographie. Die Arbeitslosen dieses Typs sind mittleren Alters und verfügen über Fachqualifikationen in industriellen und kaufmännischen Berufen. Diese Qualifikationen gingen jedoch im Abstiegsprozeß verloren. Aus dem Erwerbsleben wurden sie geradezu herausgefiltert.

Hinzu kommt, daß mit der Verdrängung aus dem Erwerbsleben auch familiäre sowie quartiersbezogene Bindungen verloren gingen. Aufgrund der sozialen und finanziellen Folgen ihrer Arbeitslosigkeit mußten sie in Quartiere zuziehen, in denen überdurchschnittlich viele Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger leben. Viele von ihnen leben in St. Pauli - z.T. in den durch das Sozialamt finanzierten Hotels. Gerade dieser Zwang zur räumlichen Veränderung wird von den Arbeitslosen dieses Typs als Demonstration des sozialen Abstiegs, ja als Manifestation der eignen sozialen Randständigkeit erlebt. Sie sehen sich als Opfer eines fragmentierten Arbeitsmarktes, dessen Beschäftigungsverhältnisse brüchig geworden sind und keine soziale und berufliche Stabilität mehr vermitteln. Dasselbe gilt in ihren Augen für die Maßnahmen des Arbeits-

und Sozialamtes - sie vermitteln keine neuen Orientierungs- und Anhaltspunkte. Ausgeschlossen von Erwerbsarbeit und abgedrängt in absteigende städtische Quartiere, sehen sie ihre Lage als unwiderruflich an.

3) Bruch einer instabilen Erwerbsbiographie

Von den Arbeitslosen des ersten und zweiten Typs unterscheidet diese Arbeitslosen, daß ihnen im Laufe ihrer Erwerbsbiographie nie ein Einstieg in ein längerfristiges Beschäftigungsverhältnis glückte. In der Regel haben sie keinen Beruf erlernt, waren mit stets wiederkehrenden Unterbrechungen als Hilfsarbeiter im Transportgewerbe, auf dem Bau oder im Handel beschäftigt, sie haben Maßnahmen des Arbeitsamtes durchlaufen oder konnten sich mit Schwarzarbeit (ergänzend) über Wasser halten. Sie waren stets Grenzgänger zwischen Erwerbstätigkeit und Nichterwerbstätigkeit - häufig in den Grauzonen des Arbeitsmarktes. Doch an einem bestimmten Punkt der Erwerbsbiographie erfolgte ein Bruch, der dieses Wechselspiel zwangsweise beendete: das Alter, gesundheitliche Einschränkungen verschiedener Art und der sich für Jedermannstätigkeiten bzw. Gelegenheitsjobs verändernde Arbeitsmarkt sind für diesen Bruch verantwortlich.

Für die Arbeitslosen dieses Typs spielte stets das Wohnquartier eine große Rolle: es ist Schutzraum (für Grenzgänger und Arbeitslose) vor Stigmatisierung und Diskriminierung und seine Infrastruktur gewährleistet Zugang zu „Jobs“ und Gelegenheitsarbeit. Diese sozialräumliche Bindung ermöglichte es diesen Arbeitslosen über lange Jahre ihrer Erwerbsbiographie, eine Randexistenz am Arbeitsmarkt zu führen. Im Unterschied zu den Langzeitarbeitslosen der beiden ersten Verlaufstypen sahen sich diese Arbeitslosen schon immer als diejenigen, die am Rande der Arbeitsgesellschaft stehen - teils erzwungen, teils als gezielte Strategie. Doch die Option des Wechsels von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit haben sie verloren - dieser Verlust verschärft ihre finanzielle und soziale Lage erheblich und gibt ihnen das Gefühl, von gesellschaftlich Außenstehenden zu Ausgegrenzten geworden zu sein.

4) Versperrter Zugang zu Erwerbsarbeit

Den Langzeitarbeitslosen dieses Verlaufstyps blieb bislang der Zugang zum regulären Arbeitsmarkt versperrt. Sie haben bereits zahlreiche Warteschleifen in öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnissen oder im außerbetrieblichen Berufsbildungssystem durchlaufen. Charakteristisch ist für sie jedoch, daß sie Fördermaßnahmen immer wieder abgebrochen haben, und daß es ihnen nicht gelungen ist, sich über diese Maßnahmen beruflich zu qualifizieren. Im Vergleich mit den anderen Arbeitslosen des Samples erfahren sie die stärkste arbeitsmarkt- und sozialpolitische Aufmerksamkeit. Die Integrationsaktivitäten der Ämter und der lokalen Institutionennetzwerke richten sich insbesondere auf diese jüngeren Arbeitslosen. Sie nehmen diese Aktivitäten zwiespältig wahr: einerseits als mögliche Brücke in Erwerbsarbeit, andererseits als sinnloser Zeitvertreib, der alleine der Disziplinierung in der Arbeitslosigkeit dient.

Ihre bisherige Isolation in arbeitsmarktexternen Maßnahmen setzt sich in sozialer und räumlicher Isolation fort. Im Vergleich mit Erwerbstätigen ihrer Altersgruppe sehen sie sich als sozial abgehängt. Sie beklagen, daß Ihnen die Mittel fehlen, um mit Gleichalt-

rigen mitzuhalten. Auch räumlich sehen sie sich in ihren Wohnquartieren als Eingeschlossene - ausgeschlossen von Mobilität und der Teilhabe an Aktivitäten innerhalb und vor allen Dingen außerhalb des Viertels. Im Unterschied zu den ersten beiden Verlaufstypen betrachten sie ihre Lage zwar nicht als irreversibel - aber dennoch markiert (aus ihrer Sicht) der verbaute Zugang zu Beschäftigung bereits zu Beginn der Erwerbsbiographie in besonderer Schärfe das Gefühl der eigenen Überflüssigkeit und der fehlenden gesellschaftlichen Teilhabe.

Die skizzierten erwerbsbiographischen Verlaufstypen zeigen zweierlei:

Erstens die Vielgestaltigkeit sozialer Randlagen der Arbeitsgesellschaft der neunziger Jahre. Arbeitslosigkeit ist für verschiedene Gruppen der erwerbsfähigen Bevölkerung in unterschiedlicher Weise und auf unterschiedlichen Wegen zur erzwungenen Lebensform geworden. In den Randlagen der Arbeitsgesellschaft finden sich (1) die Überzähligen der ungelerten Industriearbeiterschaft, (2) deklassierte Facharbeiter aus unterschiedlichen Branchen, die durch den wirtschaftlichen Strukturwandel in eine Abstiegs Spirale am Arbeitsmarkt geraten sind, (3) ausgegrenzte Grenzgänger, die selbst in der Schattenökonomie kein Unterkommen mehr finden und (4) überflüssige Jugendliche ohne Beruf, die der wachsenden Professionalisierung des Erwerbslebens nicht gewachsen sind.

Die Verlaufstypen zeigen zweitens, daß die Vielgestaltigkeit dieser Randlagen nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß das Risiko, dauerhaft vom Erwerbsleben ausgeschlossen zu werden und auf diese Weise auch den Zugang zu weiteren Formen gesellschaftlicher Teilhabe zu verlieren, in sehr starkem Maße sozial ungleich verteilt ist. Die urbanen Mittelklassen sind heute zwar in verstärktem Maße von Abstiegsprozessen bedroht und mit der Erfahrung fragmentarischer Erwerbsverläufe konfrontiert (eine Entwicklung, die im übrigen noch einiger empirischer Aufklärung bedarf) - doch das Risiko dauerhaften Ausschlusses vom Arbeitsmarkt konzentriert sich in der Arbeiterschaft (eine Entwicklung, die empirisch mittlerweile hinreichend belegt ist). Kurzum, vieles spricht dafür, daß sich in verschiedenen Generationen und sozialen Milieus der Arbeiterschaft eine Schicht entbehrllicher, überzähliger, dysfunktionaler Erwerbspersonen herauszubilden beginnt.

Lassen Sie mich abschließend zu meinem Ausgangspunkt zurückkehren - zu den Bildern über die soziale und strukturelle Zukunft der Stadt. Sind die von mir vorgestellten erwerbsbiographischen Konstellationen die Vorboten städtischen Zerfalls, die Vorboten einer polarisierten Stadt oder das Signal für das Ende des europäischen Stadtmodells? Wohl kaum: Ausgehend von unseren Recherchen möchte ich zum Abschluß - im Sinne eines vorsichtigen Ausblicks - auf drei unterschiedlichen Ebenen mögliche Richtungen der Stadtentwicklung skizzieren. Auf der Ebene der sozialstrukturellen Entwicklung, auf der Ebene wohlfahrtsstaatlicher Regulierung, auf der Ebene der räumlichen Entwicklung.

Zur sozialstrukturellen Entwicklung: Die skizzierten erwerbsbiographischen Konstellationen deuten auf wachsende Ausgrenzungs- und Ausgliederungsprozesse am Arbeitsmarkt hin, die zu einer Unterschichtung der Stadtgesellschaft führen. Bestimmte Teile der Stadtbevölkerung werden durch den ökonomischen Strukturwandel von der allgemeinen Wohlfahrtsentwicklung abgekoppelt. Ich habe Zweifel, ob das Bild einer Dualisierung oder Polarisierung der städtischen Erwerbs- und Sozialstrukturen diese

Entwicklung angemessen beschreibt. Ein Absinken eines gewichtigen Teils der Mittelklassen in dauerhafte Marginalität am Arbeitsmarkt - als Voraussetzung einer polaren Entwicklung - können wir zumindest nicht feststellen.

Zur wohlfahrtsstaatlichen Regulierung: An der Konstituierung und Formierung der genannten erwerbsbiographischer Konstellationen wirken die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen mit, indem sie Zugänge zum Erwerbssystem öffnen oder verschließen. Erfolgreiche, d.h. integrative Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik setzt differenzierte und differenzierende, also selektive Angebote voraus. An den skizzierten Erwerbsbiographien kann dieses Spannungsfeld von gezieltem Ausschluß, von allmählicher Ausgliederung, von Aufbewahren ohne Perspektive und von gezielten Integrationsangeboten gut nachgezeichnet werden. Die Auseinandersetzungen in diesem Spannungsfeld nehmen in allen unseren Interviews einen breiten Raum ein. Ich bezweifle daher, daß sich staatliches Handeln in diesem Feld alleine in verschärfter Repression und Kontrolle gegenüber Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern erschöpft, und plädiere dafür, das Augenmerk stärker auf das spannungsreiche Wechselspiel von Integration und Selektion, von Hilfestellung und Repression zu richten.

Zur räumlichen Entwicklung: Die für den Hamburger Durchschnitt relativ hohe Konzentration von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern in beiden Stadtteilen (St.Pauli und Mümmelmannsberg) prägt deren Sozialstruktur und deren soziales Klima. Je nach biographischer Konstellation wird dies teils positiv (der Stadtteil als Schutzraum), teils negativ (der Stadtteil als sozialer Ballast, der seine Bewohner nach unten zieht) thematisiert. Und dennoch: Keiner der beiden Stadtteile kann als geschlossenes oder homogenes Quartier der Armut und des sozialen Ausschlusses beschrieben werden. Charakteristisch ist für beide Quartiere vielmehr die Konfrontation von stabilem und prekärem Wohlstand, von traditionellen Randgruppen und neuen Absteigern oder von etablierten Migranten und einheimischen Außenseitern. Charakteristisch ist zudem das beträchtliche Potential an Ressourcen, die in diesen Stadtteilen von außen und innen mobilisiert werden, um sozialer Benachteiligung entgegenzuwirken. Ein Potential, das in der öffentlichen wie wissenschaftlichen Diskussion m.E. unterbelichtet bleibt und unterbewertet wird. Doch gerade auf diese Charakteristika werden wir in unseren Recherchen vor Ort immer wieder hingewiesen. Ich plädiere daher dafür, diese Spannungsfelder und Ressourcenpotentiale, die entscheidend zum Erleben und zur Bewertung des Quartiers beitragen, in stärkerem Maße zur Kenntnis zu nehmen.

Sie sehen also: Die Bilder der sozialen Zukunft der Stadt sind weniger eindeutig als häufig suggeriert wird. Eine auf Aufklärung zielende stadtsoziologische Bestandsaufnahme des Zustands unserer Städte muß daher gleichermaßen auf die prekäre Lebenssituation wachsender Teile der Stadtbevölkerung aufmerksam machen wie auf die nach wie vor vorhandenen Potentiale und Ressourcen eines Stadtmodells sozialen Ausgleichs und Zusammenhalts.

Rolf Keim, Rainer Neef (Kassel, Göttingen)

Alltagsbewältigung im Problemviertel - zwischen Selbsthilfe, Resignation und Ausgrenzung

Die Kasseler Nordstadt ist ein ‚typisches‘ Problemgebiet: ungünstige Lage- und Wohnqualitäten, hohe Armuts- und Arbeitslosenquoten, hohe Anteile von Immigranten überwiegend türkischer Herkunft. Wir haben in einer von der DFG finanzierten Vorstudie unter 42 Haushalten eine Befragung zu ‚Eigenpotentialen‘ durchgeführt; Haupt-Idee dabei war, daß diese: die Fähigkeit zur Nutzung institutioneller Leistungen und Hilfeangebote, der Rückgriff auf soziale Netzwerke, sowie Arbeiten im eigenen Haushalt, die den Lebensstandard erweitern, wesentlich sind zur Bewältigung der schwierigen sozialen Lage in solchen Problemvierteln. Das Fehlen solcher Potentiale dagegen führte nach unserer These zur Unterwerfung unter soziale Marginalisierung. Unser Sample spiegelt die Situation in Problemvierteln recht gut wieder: unter Einheimischen überwiegen Haushalte in ausgesprochenen Problemlagen, bei Immigranten mischen sich Erwerbstätigenhaushalte und überwiegend große Problemfamilien. Nicht-türkische Immigrantengruppen haben eine den wenigen sozial stabilen Einheimischen offenbar vergleichbare Situation.

Gemessen an den formellen Einkommen war die Hälfte unserer Befragten arm; Schwarzarbeit spielte nur selten eine spürbare Rolle, aber Finanzreserven erleichterten den Umgang mit der Finanzlage deutlich. Hierin hatte eine Gruppe gute Spielräume, eine weitere konnte die schlechte Situation recht gut managen, die anderen blieben der alltäglichen Finanznot ausgeliefert. Die Eigen- und Tauschleistungen unserer Haushalte erschienen entgegen unseren Erwartungen als wenig von der Finanzlage und von der ethnischen Zugehörigkeit beeinflusst – plausibler ließen sie sich aus Familienbeziehungen erklären, in die verarmte Einheimische nicht weniger eingebunden waren als die anderen Gruppen; Türken hatten in dieser Hinsicht offenbar geringere Potentiale. Dies muß auf breiterer Basis noch genauer überprüft werden. In allen Gruppen fanden wir gute Fähigkeiten zur Nutzung öffentlicher Hilfen, allerdings hatten Türken mehr negative Erfahrungen mit Behördenkontakten, aber gute Beratungsmöglichkeiten.

Deutlicher erkennbar erscheinen bislang Zusammenhänge von Sozialbeziehungen und Eigenpotentialen. In Nachbarschaftsbeziehungen gab es hohe und wachsende Fluktuation und damit erhöhten Regelungsbedarf. Stabile und marginalisierte Deutsche hatten gleichermaßen teils enge Nachbarschaftsbeziehungen mit intensiven Hilfen, teils ein distanzierendes Verhältnis mit hoher Konfliktbereitschaft. Türkische Haushalte blieben hier weitgehend distanziert. Sie erschienen überwiegend auf Mitglieder ihrer Herkunftsgruppe im Viertel orientiert, wobei Vereine und Treffpunkte besonders für die Eigenpotentialen eine große Rolle spielten - wichtig besonders für türkische Haushalte in prekärer Lage, bei denen ansonsten Verwandtschaftsnetze überwogen,

während ökonomisch stabile Türken mehr enge Freundesbeziehungen hatten. Allein-gesessene Deutsche und andere Migranten erschienen zunehmend isoliert. Vereins-aktivitäten hatten sie vorwiegend außerhalb des Viertels und lebten, ebenso wie mar-ginalisierte Deutsche, vorwiegend zurückgezogen auf enge Familien- oder Freundes-beziehungen. Konflikte in der Nachbarschaft beeinträchtigen Eigenpotentiale deutlich, Konflikterfahrung im Viertel selbst führt zu Vermeidungsstrategien und scheint Eigen-potentiale wenig zu beeinflussen.

Die Studie hat gezeigt, daß in städtischen Problemquartieren der Prozeß sozialer Marginalisierung sehr wesentlich durch die Entwicklung von Eigenpotentialen der Be-wohnerInnen bestimmt wird. Eine Verschränkung von systematischem und verhal-tenbezogenem Material zeigt, daß Sozialbeziehungen und Eigenleistungen ein zwei-tes ‚Standbein‘ in schwierigen Lagen darstellen können. In einer einfachen analyti-schen Trichotomie unterscheiden wir stabile, prekäre und marginalisierte Situationen der QuartiersbewohnerInnen. Stabile Haushalte sind materiell ausreichend abgesi-chert bzw. seit längerer Zeit und ohne Unterbrechung erwerbstätig. Hierzu zählen wir aber auch noch Haushalte mit mehreren knapp über der Armutsschwelle liegenden stabilen Einkommen (nicht nur kurzzeitige Erwerbstätigkeit, in der Höhe stabile Trans-fers wie Renten), wenn sie gute Fähigkeiten zur Mobilisierung sozialer Ressourcen besitzen. Zu den Haushalten in prekären Situationen rechnen wir solche an der Ar-mutsgrenze - jede unvorhergesehene Ausgabe könnte sie in Armut stürzen, aber gute soziale Ressourcen fangen solche Problemsituationen auf; und wir zählen dazu sol-che in besserer materieller Situation, aber mit einer grundlegend unsicheren Perspek-tive - prekäre Erwerbsarbeit oder auch kürzere Arbeitslosigkeit, verbunden etwa mit einträglicher Schwarzarbeit oder guten Eigen- und sozialen Hilfepotentialen. Nach unserem bisherigen Erkenntnisstand können soziale Ressourcen allein eine prekäre Situation nicht grundsätzlich verbessern, da sie ausschließlich von eigenen Kräften abhängen - Stabilität ist nur auf gesicherter materieller Grundlage möglich. Mit dem Begriff Marginalisierung verbinden wir nicht nur eine materiell schlechte Lage der Be-wohnerInnen - in der Regel unter der Armutsgrenze - sondern eine passive Haltung gegenüber der eigenen Situation, das Erleben des „Eingeschlossen-Seins“, und des „Ausgeliefert-Seins“, in materiell benachteiligende Verhältnisse. Die subjektive Wahr-nehmung von und das Verhalten gegenüber ihrer sozialen Lage, sind mitentscheidend für Marginalisierung (Kronauer); eine rein definitorische Zuschreibung wird so vermie-den.

Eigenpotentiale stehen hier für die Aufrechterhaltung von Handlungsfähigkeit in einem Milieu sozialer Benachteiligung. „Marginalisierte“, erscheinen dabei als handelnde Sub-jekte mit spezifischer Nutzung informeller Ressourcen; der Zugang zu informellen Ressourcen ist für die Bewohnergruppen in den städtischen Problemvierteln sehr un-terschiedlich.

Am Beispiel sechs befragter Haushalte wollen wir hier abschließend Dimensionen der materiellen Lage den Dimensionen sozialer Beziehungen, der Tausch- und Eigenlei-stungen sowie des Quartiersbezugs der BewohnerInnen gegenüberstellen. Schließlich veranschaulichen zwei näher bezeichnete Fälle exemplarisch auf der Basis der bishe-

rigen Untersuchung die Bedeutung von Eigenpotentialen der BewohnerInnen für die Durchsetzung sozialer Marginalisierungsprozesse.

Die beiden folgenden Tabellen dienen der Erläuterung unseres Auswertungssystems. Sie zeigen, daß unter Berücksichtigung der sozialen Ressourcen die soziale Situation insbesondere bei den Haushalten in prekären bzw. marginalisierten Situationen² sich anders darstellen kann in beiden Richtungen, d.h. formell marginalisierte Haushalte können ihre Position verbessern und prekäre Haushaltssituationen können sich ver-schlechtern.

Tabelle A:

	Deutscher Hausbesitzer	Italienischer Facharbeiter	Deutsche Rentnerin	Kurdischer Arbeitsloser	Alleinerzieh. Deutsche	Türkischer Familienvater
Wohndauer NOST	1972	1972	1952	1980	1980	1989
Wohndauer Whg.	1972	1988	1952	1985	1987	1989
Haushaltsgröße	3	3	1	4	2	7
Alter Befragte	53	43	69	59	44	42
Fam.stand	verh.	verh.	gesch.	verh.	gesch.	verh.
Ausbildung	Maschinen-schlosser	Maschinen-einrichter	Friseurin, Ste-netypistin	ungelernter Arbeiter	keine	keine
Einkommens-quelle	mehrfach Erwerbstätig	doppelt Er-werbstätig	Rente	ALG, KG Ba-föG	Sozialhilfe, Halbwaisen-R.	Sozialhilfe
Pro-Kopf-Eink.	„hoch,“	1.460	950	806	976	854
Schulden / Re-serve	Schulden	+/-	+/-	kl. Reserve	Schulden	kl. Reserve
Materielle Lage	„stabil,“	„stabil,“	„prekär,“	„prekär,“	„marginalisiert,“	„marginalisiert,“

Die Tabelle A zeigt jeweils zwei sehr verschiedene Haushalte in stabiler, prekärer und marginalisierter materieller Lage. Dabei ist nicht allein die Höhe der Pro-Kopf-Einkommen entscheidend, sondern auch die Einkommensquelle sowie das Vorhandensein von Schulden bzw. finanziellen Reserven. Der Ausbildungsstand charakterisiert

² Den stabilen Haushalten verbleibt durch höhere Handlungspotentiale die Möglichkeit zu Anpas-sungsleistungen, und sei es durch Umzug in ein anderes Stadtviertel (vgl. Keim 1999).

(Durchsetzungs-) Chancen auf dem Arbeitsmarkt und von daher Perspektiven zur Verbesserung der Situation.

Die als „Deutscher Hausbesitzer,“ und „Italienischer Facharbeiter,“ bezeichneten Haushalte haben mehrere erwerbstätige Mitglieder in langjährigen Arbeitsverhältnissen.³ Sie haben durchschnittliche bis höhere Einkommen und der deutsche Haushalt ist zudem durch Hausbesitz abgesichert. Die beiden Haushalte in prekärer Lage („Deutsche Rentnerin,“ und „Kurdischer Arbeitsloser,“) sind zwar momentan auf niedrigstem Niveau abgesichert (stabile Transfers), besitzen aber sonst keine Optionen für eine materielle Verbesserung ihrer Situation. Die materiellen Verhältnisse des kurdischen Arbeitslosen sind nur aufgrund einer betrieblichen Abfindung (kl. Reserve) tragbar. Vor allem aus Altersgründen sind beide Haushalte auf dem Arbeitsmarkt chancenlos; ; notwendige zusätzliche Ausgaben könnten ihre Situation bereits dramatisch verschlechtern (daher zum Beispiel die große Sorge der Rentnerin, der Fernseher oder die Waschmaschine könnten kaputtgehen). Wesentlich definiert durch langandauernde Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug gelten die „Alleinerziehende Deutsche,“ wie auch der „Türkische Familienvater,“ als ökonomisch marginalisierte mit geringsten Arbeitsmarktchancen. Die Haushalte leben erheblich unterhalb der 50-Prozent-Armutsschwelle; ihre Finanzlage erfordert ein permanentes und kurzfristiges Management, für das keinerlei „Spielräume,“ existieren. Ohne Schul- und Ausbildungsabschluß haben sie nur wenig Aussichten auf einen Einstieg in das System der Erwerbsarbeit. Die familiären Situationen (Scheidung, viele Kinder) verschlechtern zudem die ökonomische Situation.

In der Gegenüberstellung von materieller Lage (Tabelle A) und informellen Ressourcen (Tabelle B) kann gezeigt werden, daß durch die Eigenpotentiale der Haushalte auch Veränderungen ihrer ökonomisch-sozialen Position eintreten können.

- ◆ Das Beispiel der beiden materiell stabilen Haushalte bestätigt zunächst die Überlegung, daß Erwerbstätige einen besseren Zugang zu informellen Ressourcen haben als Nicht-Erwerbstätige. Vor dem Hintergrund intensiver Familienkontakte mobilisiert der deutsche Haushalt als Hausbesitzer ein hohes Maß an Eigenarbeit, der italienische Haushalt ist eingebunden in intensive Tauschbeziehungen. In ihrer Haltung gegenüber dem Stadtquartier unterscheiden sich beide jedoch grundsätzlich. Für die deutschen Hausbesitzer geben das eigene Haus wie auch praktische Erwägungen wie die Nähe zum Arbeitsplatz den Ausschlag dafür geben, trotz beträchtlichen Streits mit anderen QuartiersbewohnerInnen (vor allem türkische Jugendliche) den Wohnstandort nicht zu wechseln - er fühlt sich im Gegenteil dem Viertel besonders verpflichtet. Dagegen sucht der italienische Facharbeiter nach einer neuen Wohnung außerhalb der Nordstadt; nachbarschaftliche Konflikte und eine erlebte Isolation im von der (türkischen) Migrantengruppe dominierten Quartier geben dafür den Ausschlag. Beide Haushalte leben isoliert in der Nordstadt; sie verfügen über gesicherte Einkommen und informelle Ressourcen; der Außenorientierung des italienischen steht ein instrumenteller Stadtteilbezug des deutschen gegenüber.

³ Der deutsche Haushaltsvorstand geht neben seiner Vollzeit-Schicht-Arbeit bei den städtischen Verkehrsbetrieben seit vielen Jahren einer Arbeit auf 620 DM-Basis nach (Zeitung austragen).

Tabelle B:

	Deutscher Hausbesitzer	Italienischer Facharbeiter	Deutsche Rentnerin	Kurdischer Arbeitsloser	Alleinerzieh. Deutsche	Türkischer Familienvater
Verein/Treffpunkt	keine	intensiv (Sport)	intensiv (Tanzkurse)	intensiv (Moschee)	keine	intensiv (Moschee)
Freunde/Verwandte	intensiv (Familie)	intensiv (Fam., Freunde)	punktuell (Fam./Freund)	intensiv (Freunde)	punktuell (Tochter)	intensiv (Verwandte)
Nachbarschaft	Kontakt	konflikthaft	kein Kontakt	kein Kontakt	intensiver Kontakt	konflikthaft
Nordstadt	„praktisch,“	„isoliert,“	beziehungslos	zurückgezogen	„mein Dorf,“	„sehr gerne,“
Konflikte	Streit	Streit	keine Antwort	Angst um Tochter	keine	Türken gegen Russen
Stigmatisierung	nicht betroffen	Ausländer-Getto	verheimlicht Adresse	Kriminelle	Tochter schämt sich	-
Eigenarbeit	intensiv als Hausbesitzer	partiell (Betreuung)	gering	intensiv (Schlachten)	partiell (Textilarbeiten)	gering
Tauschbeziehungen	gering (für Geld)	intensiv (Familie)	partiell (Familie)	gering	intensiv (Hausgemein.)	partiell (Kinderbetreu.)
Materielle Lage / Ressourcen	„stabil,“ <i>stabil</i>	„stabil,“ <i>stabil</i>	„prekär,“ <i>marginalisiert</i>	„prekär,“ <i>prekär</i>	„marginalisiert,“ <i>prekär</i>	„marginalisiert,“ <i>marginalisiert</i>

- ◆ Für einen der beiden Haushalte in prekärer Lage tritt aufgrund des spezifischen Zuschnitts seiner Eigenpotentiale eine Schlechterstellung ein. Die nur sehr geringen sozialen Ressourcen der Rentnerin (z.B. kein Nachbarschaftskontakt, wenige Familien- und Freundesbeziehungen) führen nicht nur dazu, daß sie hier trotz der extrem langen Wohndauer lebt wie ein „Gast im Hotel,“; sondern daraus entstehen viele Unsicherheiten und in ihrem Fall eine fast ausschließliche Orientierung von Sozialkontakten auf ihre Tanz-Aktivitäten. Eine zurückliegende, zwischenzeitliche Schwarzarbeit hat sie aufgegeben und versucht durch extreme Sparsamkeit im Rahmen ihrer knappen Mittel zurechtzukommen. Wegen Zurückgezogenheit und sozialer Isolation ist sie schlechter gestellt, als aus ihrer materiellen Situation ablesbar. Ihre Kinder und der Freund bieten nur einen labilen Rückhalt. Im Fall des kurdischen Arbeitslosen trägt der Umfang von Eigenarbeiten und sozialen Beziehungen zu einer Stabilisierung der sozialen Situation bei:
Herr B. ist in der Zentraltürkei aufgewachsen. Nach Aufhalten in verschiedenen deutschen Städten seit 1969 hatte er schließlich 1980 bei Mercedes Arbeit und

durch Freunde für die „nachgeholte„ Familie eine Wohnung in der Nordstadt gefunden. Er lebt in einem ausschließlich von Türken bewohnten Haus. Er spricht von Angst vor einem Brandanschlag und davon, daß alle Ausländer in die Nordstadt geschickt würden: „Wir haben versucht, in einem anderen Stadtteil eine Wohnung zu finden. Aber uns wurden nur Wohnungen in der Nordstadt gezeigt, mit der Begründung, wir hätten zu viele Kinder und könnten deshalb nur in der Nordstadt leben.“ Wegen Problemen mit dem Hausmeister sind sie hier dreimal umgezogen. Seit 1985 lebt die vierköpfige Familie in ihrer jetzigen 3-Zimmerwohnung. Herr B. wurde vor 4 Jahren mit Abfindung entlassen. Er erhält jetzt Arbeitslosenhilfe und strebt auf die Frühverrentung: „Für mich hat Arbeit keine wichtige Bedeutung, ich will nur, daß meine Töchter ihr Studium abschließen.“ Die Familie hat ein Pro-Kopf-Einkommen von 800 DM: „Die Situation hat sich finanziell und auch in der Lebensführung verschlechtert. Jetzt ist man in der Wohnung eingeschlossen. Damals hatte ich fast 4.500 DM Gehalt bekommen. Jetzt müssen wir mit viel weniger Geld auskommen.“ Die Töchter erhalten Bafög. Aber: „Wir haben eine beruhigende Reserve auf der Bank.“ Nur so sei die finanzielle Lage tragbar. Als Anschaffungswunsch gibt er an, daß er seinen Töchtern gerne ein Auto kaufen würde. Ansonsten: „Wir sparen in allen Bereichen. Das Fleisch kaufen wir nicht in der Schlachtereier, sondern schlachten selber. Vieles bringen wir aus der Türkei mit, ob es trockene Sachen sind wie Reis, getrocknete Gemüse oder Käse.“ Sein Kontakt mit Ämtern beschränkt sich auf das Arbeitsamt. Eigentlich möchte er zu keiner Behörde gehen, das brächte nur Hindernisse und außerdem sei das Verhalten der Beamten immer herablassend gegenüber Ausländern, „egal wo man hingeh.“

Herr B. geht regelmäßig in die Moschee; das sei „eine religiöse Verpflichtung, auch eine Abwechslung, weil man sich mit den Menschen dort unterhalten kann.“ Verwandte und Freunde wohnen alle in der Nordstadt, kommen alle aus der Türkei; er trifft sie mehrmals wöchentlich - die Verwandten länger, die Freunde kürzer. Bei gegenseitigen Hilfen führt er konkret Umzüge sowie als Eigenleistung die Betreuung des Enkels an. Er selber habe bisher nicht schwarz gearbeitet. Die Nachbarn kenne er nur flüchtig. Auf die Frage nach Unstimmigkeiten zwischen den Hausbewohnern berichtet er: „Mit einem deutschen Nachbarn hatte man Probleme, weil er einen Hund hatte und den Müll aus dem Fenster geworfen hat. Die Treppe nicht sauber gehalten. Spät bis Mitternacht laut Musik gemacht. Es wurden Unterschriften gesammelt und er mußte ausziehen.“ Die Familie über ihm hätte fünf Kinder, das sei sehr laut, auch die würden Müll auf die Straße werfen und das Treppenhaus nicht sauber halten. Ansonsten: „Wo es Türken gibt, gibt es auch Klatsch. Aber das stört uns nicht. Wir haben kaum Kontakt zu ihnen.“ Die Sozialbeziehungen in die Migrantengruppe sind zwar vielfältig, Nachbarn sind aber davon ausgeschlossen. Eigenarbeiten werden als unmittelbare Strategie der Verringerung fester Kosten angesehen und praktiziert. Mit der Orientierung auf die studierenden Töchter sind eine konkrete Perspektive und Aktivitäten verbunden. Beides kann aber an der grundsätzlich prekären Situation nichts ändern.

- ♦ Die beiden ökonomisch marginalisierten Haushalte unterscheiden sich deutlich hinsichtlich Eigenarbeiten und Tauschleistungen. Der türkische Haushalt ist zwar über Verwandte und die Moschee in soziale Beziehungsnetze integriert, kann darüber jedoch fast keine Tauschleistungen oder Eigenarbeiten mobilisieren. Sein Blick auf

die Nachbarschaft und Konflikte im Stadtteil verraten ein eher distanzierendes Verhältnis zur Nordstadt sowie eine Einkapselung in die ethnische Bezugsgruppe. Anzeichen für Initiativen, der Sozialhilfeabhängigkeit zu entrinnen, gibt es nicht. Ganz anders stellt sich die Situation für die alleinerziehende Deutsche, die nun auch als kurze Falldarstellung veranschaulicht werden soll:

Frau A. lebt seit 1980 in der Nordstadt, seit 1987 in ihrer jetzigen 3-Zimmer-Sozialwohnung, zusammen mit ihrer 17-jährigen Tochter. Einkommensquellen sind die Sozialhilfe sowie Halbwaisenrente; das monatliche Pro-Kopf-Einkommen haben wir mit 976 DM berechnet – die beiden leben unter der Armutsgrenze. Einige Wochen vor unserem Gespräch hatte sie 500 DM verloren, was die Schuldsituation der 43-jährigen Alleinerziehenden dramatisch verschlechtert hat; ihre finanzielle Situation bezeichnet sie als „miserabel.“

Spar-Strategien richten sich auf die Bereiche Lebensmittel, Kleidung und Freizeitgestaltung der Tochter. Hätten sie mehr Geld zur Verfügung, würden sie Kleidung, Teppichböden und eine Küchenmaschine kaufen.

Frau A. wurde in Belgien geboren, ist im „Ruhrpott“, aufgewachsen und nach ihrer Scheidung in die Nordstadt gezogen. Sie sagt, „wir leben hier wie auf dem Dorf“, immer fände man jemanden zum Quatschen, es gäbe eine hilfsbereite Nachbarschaft. Die Tochter allerdings „schämt“, sich, in der Nordstadt zu wohnen. Frau A. wohnt nach dreimaligem Umzug im gleichen Haus mittlerweile im ersten Stock, im geöffneten Küchenfenster liegt ein Kissen ... Abgesehen von einem wöchentlichen Treff mit einer Freundin in der Stadt bleibt sie zuhause, ein „Hausmütterchen“, sei sie, sagt die Tochter. Auch andere feste Verabredungen, etwa in einem Verein, hat sie nicht, abgesehen von der halbjährlichen Tupper-Party. Verwandte sähe sie fast nie. Für wichtige persönliche Probleme hätte sie mehrere Freunde in der Nordstadt. Gegenseitige Hilfen gäbe es im Rahmen der Hausgemeinschaft: für ältere Hausbewohner würde sie das Treppenhaus putzen oder einkaufen, auch mal Kinder betreuen. Aber sie nähe auch schon mal Gardinen, außerdem habe sie vor vielen Jahren in einem Kurs das Anfertigen von Trockenblumengestecken gelernt; da würden Bekannte hin und wieder welche bestellen. Auf die Frage nach Schwarzarbeit sagt Frau A., von Zeit zu Zeit mache sie so etwas, zum Beispiel Haare schneiden für Bekannte sowie die „Betreuung einer alten Frau.“ Sie hat weder einen abgeschlossenen Schul- noch einen Ausbildungsabschluß. Halbjährlich geht sie zum Arbeitsamt, kann aber wegen einer Entzündung am Arm bestimmte Arbeiten nicht machen. Eine reguläre Erwerbsarbeit erscheint ihr unerreichbar und ist auch nicht ihr Ziel.

Der Weg zum Sozialamt war verbunden mit einem „blöden Gefühl“, anfangs gab es auch erhebliche – wohl auch Sachbearbeiter-bedingte – Probleme. Da habe sie sich mal beim „Behördenchef“, beschwert, - dann sei es besser gegangen. Eine gewisse Detailkenntnis in „Sozialamtssachen“, hat Frau A., sie beanspruche aber nur, was ihr zustehe.

Über ihren eigenen Wohnbereich sagt sie: „Hier ist das Dorf, die Nordstadt ist drumherum.“ Über den Stadtteil insgesamt spricht sie eher zurückhaltend; es gäbe eine Ballung von Ausländern und „schlechten Deutschen.“

Frau A. lebt in einer objektiv schwierigen Situation; hinsichtlich Einkommen, Ausbildung und beruflicher Erfahrung ist sie den marginalisierten BewohnerInnen in städtischen Problemvierteln zuzuordnen. Ihre Kontakte in der Nachbarschaft und im

Quartier geben ihr aber einen Rückhalt, bis hin zum Leihen von kleineren Geldbeträgen. Sie pflegt einen regen Austausch mit den Bewohnern, fühlt sich sicher in ihrer Umgebung. Ihre Kontakte sind Ressource für informelle Arbeiten, die ihre ökonomische und soziale Situation verbessern. Die alleinerziehende Deutsche erreicht dadurch eine Besserstellung gegenüber ihrer materiellen Lage – wir bezeichnen ihre Situation daher als prekär, nicht mehr als marginalisiert.

Die Tabellen und Beispiele sollen die möglichen Auswertungsrichtungen verdeutlichen. Gleichartige materielle Situationen und Haushaltskonstellationen und ähnlich ausgedehnte Sozialbeziehungen reichen nicht hin zur Erklärung von Eigenpotentialen. Erst der Einbezug von Lebensverläufen und die Analyse von Orientierungen können zu konsistenten Typen führen, und dafür müßte das gesamte Material von den einzelnen Interviews her neu aufgebaut werden⁴. Erst dann läßt sich einschätzen, was der Einbezug von „Eigenpotentialen“ bringt.

⁴ Frau C. etwa hat nach materiell-objektiven Kriterien und Familienkonstellation eine mit Frau A. nahezu identische Situation: alleinerziehend, gleiches Alter, eine Tochter, Sozialhilfebezug, Schulden, keine Berufsausbildung, gleiche Wohndauer. Frau C. hat harte Konflikte mit ihrer Nachbarschaft und lebt von ihr völlig zurückgezogen; sie trifft sich aber fast täglich mit Freunden außerhalb der Nordstadt zum Reden und Tele-Spielen. In ihren Einkommens-Bemühungen ist Frau C. auf den ersten Arbeitsmarkt orientiert, sie hat einen Hauptschulabschluß und bei einer Leiharbeitsfirma gearbeitet. Sie sagt, die Arbeit müsse sich für sie auszahlen, für den Sozialhilfesatz ging sie nicht aus dem Haus. Sie mobilisiert keine besonderen Eigenleistungen und hat kaum Tauschbeziehungen. Früher sei es im Quartier schön gewesen, sagt sie, aber jetzt (mit Hinweis auf den hohen Anteil ausländischer BewohnerInnen): „Nix wie weg!“

Thomas Schwarzer (Hannover)

Ausgrenzung, Abgrenzung und Zusammenhalt. Eine empirische Untersuchung in vier Stadtteilen Hannovers

Das alltägliche Zusammenleben in Städten und Stadtteilen wird derzeit in düsteren Farben gezeichnet. Es dominieren Berichte über (Jugend-) Gewalt, Drogen und Kriminalität sowie über wachsende Armut, Fremdheit und soziale Kälte. Die Dynamiken der globalisierten Ökonomie, so das zentrale Argument, habe die systemische Integrationskraft der Vollbeschäftigung und der wohlfahrtstaatlichen Vorsorge geschwächt. Die sozialen Folgeprobleme der wachsenden Desintegration treffen vor allem die großen Städte. Hier konzentrieren sich marginalisierte soziale Gruppen zunehmend auch räumlich, in sogenannten städtischen "Armutszonen" oder "Problemstadtteilen".

In der Öffentlichkeit werden Themen wie Ausgrenzung, wachsende Armut sowie Konflikte in den "gefährlichen" Stadtvierteln überwiegend dramatisierend oder aber beschwichtigend wahrgenommen. Um diesem Schwarz-Weißbild zu enttrinnen, ist eine Forschergruppe der *agis* (Universität Hannover) in einem Pilotprojekt im Jahr 1998 der Frage nachgegangen, wie es in Stadtteilen Hannovers um den sozialen Zusammenhalt bestellt ist. Dazu wurden vier sozialstrukturell unterschiedliche Stadtteile ausgewählt (Mittelfeld, Stöcken, Davenstedt und Bemerode). Die vier Stadtteilanalysen zielten auf spezifische Muster des sozialen Zusammenhalts sowie von Ab- und Ausgrenzungen. Die jeweiligen Muster wurden zum einen anhand relevanter Strukturdaten ermittelt, wie sie auch in anderen Untersuchungen zum Thema "Underclass" und "Ausgrenzung" verwendet werden. Darüber hinaus wurden aber auch die alltäglichen Umgangsformen zwischen den jeweils unterschiedlichen lokalen Milieus und den ethnischen Gruppen analysiert. Als verbindendes Element dieser beiden Ebenen wurde für jeden der vier Stadtteile eine kleinräumig aufgeschlüsselte Konfiguration der Quartiere und sozialen Lagen ermittelt. Durch sie konnten unsere Hypothesen zum sozialen Ungleichheitsgefüge sowie zu räumlichen und sozialen Grenzziehungen zugespitzt werden. Diese stadtteilspezifischen Hypothesen dienten im weiteren Forschungsprozeß als Grundlage für die Untersuchung der alltäglichen Umgangsformen, von Abgrenzung und Ausgrenzung im Alltag sowie in den lokalen Institutionen. Bei der Operationalisierung dieses lebensweltlichen Projektteils, erwiesen sich die gängigen Begriffe wie Ausgrenzung und soziale Isolation als zu unspezifisch. Angeregt durch Max Webers Begriffe des Beziehungshandelns (Vergemeinschaftung, Vergesellschaftung und Kampf/Konflikt) wurde nach produktiven Wegen für eine Analyse der relationalen Beziehungen zwischen den jeweiligen Bewohnergruppen gesucht. Im Rahmen dieses Pilotprojektes konnten jedoch lediglich erste Ansätze entwickelt werden, die in nachfolgenden Untersuchungen fundiert werden sollen. Dennoch relativieren die Untersuchungsergebnisse den vorherrschenden Blick auf sogenannte "Problemstadtteile". Selbst in besser situierten oder gar privilegierten Stadtteilen existieren "Inseln" mit von sozialer Marginalisierung bedrohten Bewohnern. Gerade sie sind im Alltag häufig mit massiven Abgrenzungen konfrontiert, die bis zu Formen institutioneller Ausgrenzung reichen können.

Eine sozial gestufte Stadtauswahl

Alle vier Stadtteile sind durch Wohnquartiere mit mehr oder weniger starken sozialen Unterschieden gekennzeichnet. Ein Blick auf die Arbeitslosen- und Sozialhilfequoten verdeutlicht jedoch eine spezifische soziale Abstufung. *Mittelfeld* gilt als benachteiligtes Stadtviertel, da überdurchschnittlich viele Bewohner auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. In *Stöcken*, einem traditionellen Arbeiterquartier im Schatten industrieller Großbetriebe, liegt trotz einer ähnlich hohen Arbeitslosenquote wie in *Mittelfeld* der Anteil von Sozialhilfeempfängern wesentlich niedriger, etwa im städtischen Durchschnitt. *Davenstedt* ist ein sozial gemischtes Neubaugebiet am Stadtrand. Seine traditionellen und modernisierten Arbeitnehmermilieus sind bei einer leicht unterdurchschnittlichen Arbeitslosenquote weitgehend gesichert. *Bemerode* ist ein sozial privilegierter Stadtteil im Grünen, mit weitläufigen Einfamilienhausgebieten. Eine leicht unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote sowie eine leicht überdurchschnittliche Sozialhilfequote deutet soziale Gegensätze an. (insel)

Methodische Zugänge: Karten, Daten, Interviews

Die Erkundung und Untersuchung der Stadtteile erfolgte durch drei miteinander verknüpfte Zugänge:

- (1) Im Rahmen einer *Raumanalyse* wurde eine umfassende Begehung (Straßen, Plätze, Wege) der einzelnen Quartiere durchgeführt. Alle dabei erkennbaren Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Ämter, Vereine, Initiativen usw. wurden in Karten verzeichnet. Die Entstehung der baulich differenzierten Quartiere sowie die Wahrnehmung der Stadtteile in der Öffentlichkeit wurden in Form einer Stadtteilgeschichte aufgearbeitet (Zeitungsarchiv von HAZ und NP, Monographien, Stadtteilhistoriker).
- (2) Im Rahmen einer *Segregations- und Sozialstrukturanalyse* wurde mit Hilfe einer mathematisch-statistischen Modellrechnung ein Set von 71 sozialen Indikatoren aufbereitet. Die Berechnung erfolgte aber nicht wie allgemein üblich auf der Grundlage von statistischen Bezirken oder ganzen Stadtteilen. Für eine Untersuchung des sozialen Zusammenhalts sind vor allem die sozialen Ungleichheiten sowie die sozialräumlichen Grenzen innerhalb von Stadtteilen interessant, d.h. zwischen den jeweiligen Quartieren. Die enge Kooperation mit dem Amt für Statistik und Wahlen der Landeshauptstadt Hannover ermöglichte erstmals eine entsprechend kleinräumige Datenanalyse auf der Ebene von Wahlbezirken. Wahlbezirke umfassen in Hannover jeweils zwischen etwa 1.000 bis 2.200 Einwohner und entsprechen mit gewissen Abweichungen einzelnen Quartieren. Jeder der vier Stadtteile setzt sich aus sieben oder acht solchen Quartieren zusammen. Am Ende der kleinräumigen Datenanalyse wurde jedes einzelne Quartier in den vier Stadtteilen (insgesamt 28) auf der Grundlage seiner sozialen Indikatoren bewertet und als prekäres Quartier, als mittleres Quartier oder als gehobenes Quartier eingestuft. Dadurch entstand ein charakteristisches Bild, eine *stadtteilspezifische Konfiguration sozialer Lagen und Quartiere* (siehe unten). Dieses Bild wurde im weiteren Forschungsprozeß zur zentralen Schnittstelle zwischen der Datenanalyse und den nachfolgenden

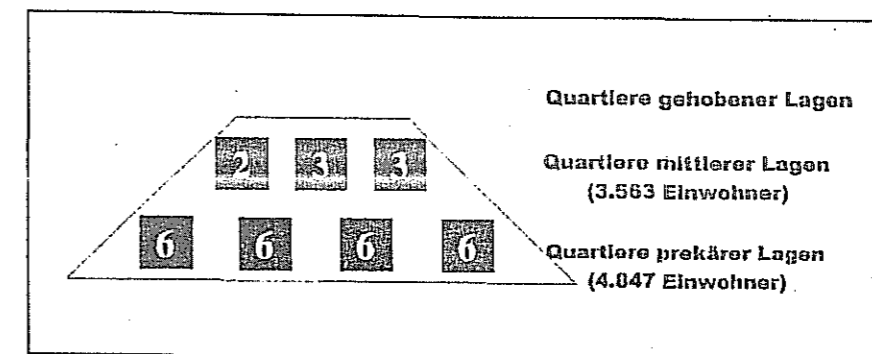
lebensweltlichen Befragungsergebnissen. Es half außerdem bei der Zuspitzung der Hypothesen über die einzelnen Stadtteile.

- (3) Die Untersuchung der Muster des sozialen Zusammenhalts sowie von Ab- und Ausgrenzungen erfolgte im Rahmen einer sogenannten *Kohäsionsanalyse*. Da sich nach unserer Auffassung sozialer Zusammenhalt insbesondere durch die alltäglichen Umgangsformen der lokalen Milieus, in der lokalen Öffentlichkeit und in den lokalen Institutionen herstellt, wurden etwa 100 Interviews mit Bewohnern sowie mit Beschäftigten in Kindergärten, Schulen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Ämtern, Vereinen und Initiativen durchgeführt. Die Interviews wurden in der gerade genannten Reihenfolge durchgeführt, so daß nach und nach Integrationsmuster entlang des Lebenszyklus entstanden (Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Alte).

Mittelfeld

(1) Die meisten Quartiere in *Mittelfeld* entstanden in Notzeiten. Den Kern des späteren Stadtteils bilden seit 1913 einige genossenschaftlich erbaute Wohnblöcke für Fabrikarbeiter. 1932 entstand ein weiteres Quartier, eine sogenannte vorstädtische Kleinsiedlung für arbeitslose Selbstversorger. Die bis heute prägenden baulichen Strukturen stammen aus den 50er Jahren. In Form von Notprogrammen wurden 3.000 kleine Wohnungen errichtet, vor allem für Flüchtlinge. Diese schmucklosen zwei- und dreistöckigen Wohnblöcke verströmen bis heute das schlichte Flair der 50er Jahre. Die beengten Wohnverhältnisse werden lediglich in einem besser situierten Zweifamilienhausgebiet und einem Hochhauskomplex aus den 60er Jahren durchbrochen. Die Gegensätze innerhalb der baulichen Strukturen sind insgesamt wenig ausgeprägt. Arbeiter, kleine Angestellte und Bewohner in prekären Lebensumständen dominierten von Anfang an den Stadtteilalltag.

(2) Die Anordnung der sieben mittelfelder Quartiere auf der Grundlage der quartierspezifischen sozialen Indikatoren verdichtet sich zu dem Bild einer Pyramide



ohne Spitze. Das Quartiere gehobener Lagen fehlen und die baulichen Strukturen kaum größere Gegensätze aufweisen, deutet auf begrenzte soziale Ungleichheiten. Tatsächlich weisen lediglich zwei Quartiere

gesicherte mittlere Standards auf. Das trifft für die langsam alternde Wohnerschaft des *respektablen Ein- und Zweifamilienhausgebietes* (2) zu, wo kaum Bewohner in prekären Lebensumständen wohnen. Die beiden anderen Quartiere mittlerer Lagen (3) befinden sich seit 1989 in einer Umbruchsituation. Kennzeichnend ist ein starker Zuzug insbesondere von jüngeren Bewohnern. In der ehemaligen vorstädtischen Kleinsiedlung stabilisiert der Zuzug insbesondere von besser situierten jungen Familien die vorherrschenden mittleren Standards. Dagegen sind in das Hochhausgebiet, in direkter Nachbarschaft zu den sozial gesicherten Bewohnern, viele Migranten gezogen, von denen ein Teil in prekären Lebenssituationen lebt.

Besonders die Zahl der Kinder- und Jugendlichen, die mit Sozialhilfe aufwachsen, ist hoch.

Der breite Sockel der insgesamt vier prekären Quartiere (6) weist im Vergleich zu den entsprechenden Quartieren in den drei anderen Stadtteilen die insgesamt niedrigsten sozialen Standards auf. Die Abhängigkeit von staatlichen Transfers ist höher als in allen anderen untersuchten Quartieren. Charakteristisch für diese vier Quartiere ist die überdurchschnittliche Anzahl von *deutschen und nichtdeutschen* Bewohnern in prekären Lebenssituationen. Jedes dritte Kind z.B. wächst mit Sozialhilfe auf. Jeder vierte Bewohner besitzt keinen deutschen Paß, und die Stadt verwaltet fast für den gesamten Wohnungsbestand die Belegrechte. Seit 1989 haben sich die ohnehin schon prekären materiellen Standards in diesen Quartieren durch zwei Entwicklungen weiter verschlechtert. Die Zahl der Bewohner in prekären Lebensumständen ist ebenso angestiegen wie der Zuzug von Bewohnern, die von staatlichen Transfers abhängig sind. Betrachtet man die Daten, so dominieren in den prekären Quartieren bei nahezu jedem dritten Bewohner auf der Ebene der *Vergesellschaftung* prekäre soziale Positionen, Erfahrungen sozialer Schließung und unvollständige Bürgerrechte. Dies betrifft Bewohner aller Altersgruppen und Ethnien.

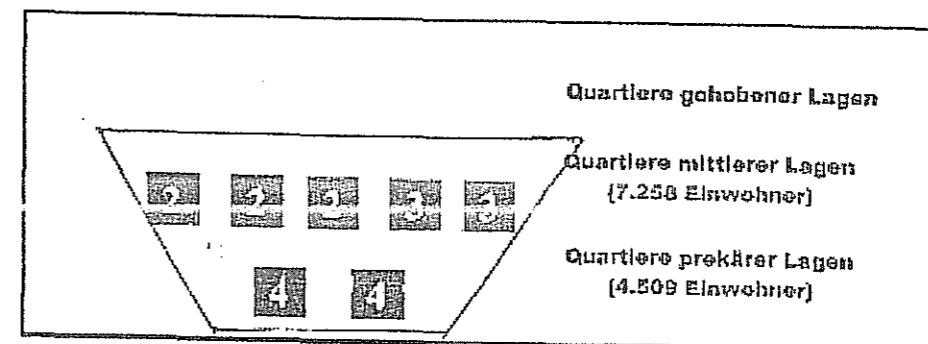
(3) Größere, von Marginalisierung bedrohte Bewohnergruppen gab es in Mittelfeld schon immer. Seit über 20 Jahren existiert eine "Stadtteilrunde", in der aktive Bewohner ihr Engagement koordinieren, um die sozialen Folgeprobleme von Arbeitslosigkeit und prekären Lebensumständen zu bewältigen. 1987 gelang es diesen Aktiven, angesichts zunehmender Alltagskonflikte, Stellen für Gemeinwesenarbeit sowie eine Anwaltsplanung durchzusetzen. Dieser Erfolg, und die dadurch gesteigerte öffentliche Aufmerksamkeit für die sozialen Problemlagen im Stadtteil, wäre jedoch ohne eine spezifische *Integrationstradition* im Stadtteil kaum möglich gewesen. Diese Tradition ist eng mit den Noterfahrungen der vielen Zuwanderer verbunden. Den Flüchtlingen in der Nachkriegszeit folgten Ende der 60er Jahre Gastarbeiter aus dem Süden Europas, seit den 70er Jahren viele Türken, in den 80er Jahren vietnamesische boat-people und kurz darauf vor allem Polen, seit 1989 DDR-Übersiedler, später Deutschstämmige aus den GUS-Staaten und bis heute sogenannte Kontingentflüchtlinge sowie Migranten der unterschiedlichsten Nationen. Viele kamen nicht freiwillig, sondern aufgrund gesellschaftlicher oder persönlicher Notlagen. Zur Bewältigung solcher Notlagen mußten immer wieder Überlebens- und Selbsthilfestrategien entwickelt werden. Diese Strategien beruhen vor allem auf familienähnlichen Beziehungen, die häufig wie ein erweitertes Verwandtschaftssystem strukturiert sind. Im Rahmen dieses Systems dominieren direkte, informelle Nothilfen. Selbsthilfe bedeutet hier vor allem persönliche Unterstützung und die Verpflichtung zur Fürsorge. Zusammengehalten wird dieses spezifische Beziehungssystem von einigen wenigen allseits anerkannten Schlüsselpersonen der Wiederaufbaugeneration. Sie sind Ansprechpartner bei allen erdenklichen Alltagsproblemen und Konflikten sowie wichtige Bindeglieder zu den lokalen Kirchengemeinden, Vereinen, Kindergärten und Schulen. Zusätzlich zu diesen Einrichtungen haben sich aufgrund der stets prekären Lebenssituation großer Bewohnergruppen und immer knapper Ressourcen kaum institutionalisierte Organisationen der Selbsthilfe entwickelt. Um so erstaunlicher ist die Integrationskraft dieses Stadtteils mit wenigen stützenden Institutionen. Trotz ethnischer und altersbedingter Ungleichheiten, werden offene Konflikte zwischen den respektablen und den weniger respektablen Gruppen durch eine hohe soziale Aufmerksamkeit begrenzt. Die relative soziale Nähe der lokalen Milieus und nicht zuletzt ähnliche (Not-) Erfahrungen verhindern bisher offene schärfere

Abgrenzungen. Zur Stabilisierung des Zusammenhalts tragen vor allem die wenigen vorhandenen Institutionen bei. Sie sind durchaus in der Lage auch Bewohner in prekären Lebenssituationen zu integrieren obwohl sie wenig institutionalisiert und wenig professionell arbeiten. Auf der Ebene der Vergemeinschaftung kann so die Abkapselung in Gruppen von Benachteiligten an verschiedenen Stellen immer wieder durchbrochen werden.

Stöcken

(1) Die meisten Quartiere in Stöcken entstanden in Expansionsphasen der nahe gelegenen Industriebetriebe. Seit den 1880er Jahren erweiterte sich der ursprünglich dörfliche Kern nur langsam um kleine Arbeiterwohnhäuser mit Vorgärten sowie um Mietshäuser der Gründerzeit. Vor allem Handwerker und Facharbeiter aus den nahen Eisenbahnwerkstätten zogen damals in den Stadtteil. Der nächste Wachstumsschub begann Ende der 1930er Jahre. Parallel zu großen Rüstungsbetrieben wurden kleine, einfach ausgestattete Werkwohnungen für Massenarbeiter errichtet. Der Bau des VW-Werkes 1956 festigte dann endgültig den Charakter von Stöcken als Vorort der Großindustrie. Wieder entstanden neue Quartiere aus zwei- und dreistöckigen, schlichten Wohnblöcken. Die bis dahin dominierenden bescheidenen Wohnverhältnisse wurden Anfang der 70er Jahre in Form eines neuen, modernen Wohngebietes durchbrochen. Großzügiger geschnittene Werkwohnungen von VW, Eigentumswohnungen sowie einige Hochhäuser prägen diese Quartiere.

(2) Die Gruppierung der sieben Quartiere in Stöcken verdichtet sich zu dem Bild einer Pyramide ohne Spitze, die auf dem Kopf steht. Wie in Mittelfeld existieren auch in Stöcken keine Quartiere gehobener Lagen. Charakteristisch für Stöcken ist das breite Segment mittlerer Lagen (2+3). Die sozialen Ungleichheiten im Stadtteil sind relativ begrenzt, da die materiellen Standards in den beiden prekären Quartieren (4) „besser“ sind als in den vergleichbaren prekären Quartieren der anderen drei untersuchten Stadtteile.



Sozial gesichert ist, ähnlich wie in Mittelfeld, die langsam alternde Bevölkerung in den drei Quartieren der respektablen

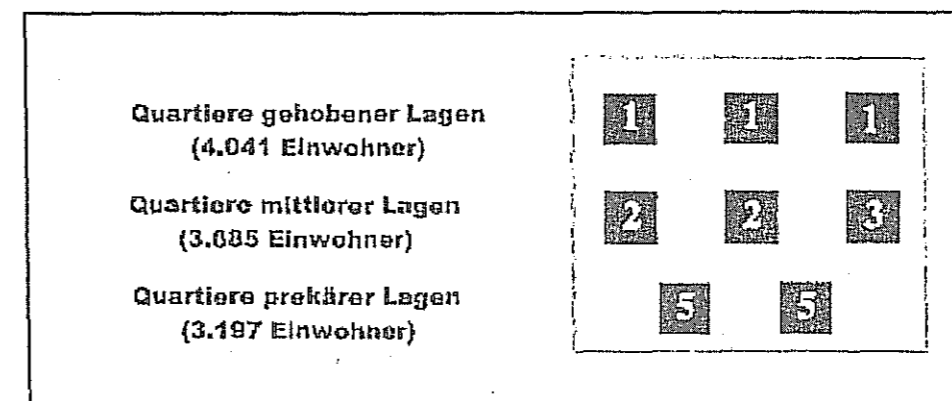
Facharbeiter (2). Bewohner in prekären Lebenssituationen gibt es dort kaum. Im Vergleich zu dem respektablen Quartier in Mittelfeld existiert hier jedoch ein deutlich höherer Migrantenanteil (15%). Die beiden anderen mittleren Quartiere (3) befinden sich seit 1989 in einer Umbruchsituation. Diese ist durch eine starke Bevölkerungszunahme und Verjüngung, insbesondere durch junge Familien gekennzeichnet. Wie auch in Mittelfeld hat der Zuzug in beiden Quartieren unterschiedliche Folgen. Ein Quartier konnte durch ein neues Einfamilienhausgebiet seine mittleren Standards festigen. In dem anderen Quartier hat sich durch ein Sozialwohnungsprojekt die Zahl der Migranten sowie der Anteil von Bewohnern in prekären Lebenssituationen deutlich erhöht.

Trotz einer ähnlich hohen Arbeitslosenquote wie in Mittelfeld sind in Stöcken weniger Bewohner in den beiden prekären Quartieren (4) von staatlichen Transfers abhängig. Dazu tragen geringere Sozialhilfequoten der deutschen Bewohner bei, vor allem aber die wesentlich geringeren Quoten der Migranten. Interessant ist dieser Befund, weil gerade die beiden prekären Quartiere die höchsten Migrantenanteile aller 28 untersuchten Quartiere aufweisen (fast 40%). Noch deutlicher zeigt sich diese Situation bei den Kindern und Jugendlichen. Es sind vor allem deutsche Kinder, seltener die Kinder von Migranten, die mit Sozialhilfe aufwachsen. Seit 1989 haben sich in den beiden prekären Quartieren die materiellen Standards nicht in gleichem Umfang wie in Mittelfeld verschlechtert. Gewachsen ist vor allem die Zahl der deutschen Kinder, die in prekären Lebenssituationen aufwachsen. Auf der Ebene der Vergesellschaftung lebt in diesen beiden Quartieren etwa jeder fünfte Bewohner in einer prekären sozialen Situation. Das trifft vor allem auf gering qualifizierte Deutsche zu sowie auf viele Jugendliche (vor allem nichtdeutsche Jugendliche), die massiv von Erfahrungen sozialer Schließung betroffen sind. Gesteigert wird diese Problematik in Stöcken durch die insgesamt höchste Anzahl von Personen ohne vollständige Bürgerrechte.

(3) Der soziale Zusammenhalt in Stöcken ist traditionell an industrielle Erwerbsarbeit gekoppelt sowie an die damit verbundenen Vorfeldorganisationen: Gewerkschaften, Sozialdemokratie sowie vielfältige Traditionsvereine und Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterbewegung. Selbsthilfe wird vor allem als Fürsorge durch diese sozialen Organisationen verstanden. Dieses Integrationsmodell sichert bis heute weite Teile der Bewohner in den mittleren Quartieren, wo ein formeller und solidarischer Umgang vorherrscht. Der ausgeprägte Konformismus und klare Vorstellungen respektablen Verhaltens, vor allem auch in den genannten Organisationen, erschwert jedoch die Einbindung der jüngeren Generation sowie der großen türkischen Gemeinde. Trotzdem die lokalen Milieus sozial besser gesichert sind als die in Mittelfeld und sich auf eine vielfältige Basis von Vereinen und Selbsthilfeorganisationen stützen können, treten altersbedingte und ethnische Abgrenzungen schärfer hervor. Das erschwert den notwendigen Brückenschlag zur etablierten türkischen Gemeinde sowie zu den jüngeren Generationen. Diese Modernisierungshemmnisse müßten überwunden werden, da gerade die türkische Gemeinde mit ihrer umfangreichen, eigenständigen Infrastruktur aus Geschäften, Kneipen und kulturellen Organisationen schon heute zur Stabilisierung der beiden prekären Quartiere beiträgt. Kleine Integrationsschritte werden durchaus mit Erfolg seit kurzer Zeit in einigen Kindergärten, sozialen Einrichtungen sowie in der Grundschule praktiziert. Vor allem jüngere Mitarbeiter aus anderen Stadtteilen entwickeln hier offenere Konzepte als zuvor. Auf der Ebene der *Vergemeinschaftung* existieren im Alltag Subkulturen der Jugendlichen und der Migranten relativ getrennt von einander mit je eigenen Orten der Geselligkeit. In Stöcken lebt man bisher tolerant aneinander vorbei. Von einer Abkapselung in Gruppen sozial Benachteiligter sind vor allem weniger respektable deutschen Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger bedroht. Sie treffen im Alltag immer wieder auf starre Grenzziehungen der besser situierten respektablen Facharbeiter. Diese Grenzziehungen verstärken auch die derzeitigen Tendenzen vieler Türken, sich in eine eigene ethnischen Kolonie zurückzuziehen.

Davenstedt

Die prägenden Quartiere in Davenstedt entstanden seit Ende der 1960er Jahre. Am Beginn des 19. Jahrhunderts war Davenstedt noch ein idyllisches Dorf. Facharbeiter, Handwerker und Händler aus dem nahe gelegenen Industriequartier Linden, die es zu bescheidenem Wohlstand gebracht hatten, bauten sich am Dorfrand stattliche Backsteinhäuser. Zwischen den Weltkriegen errichteten zwar verschiedene Genossenschaften kleinere Siedlungen in Form von zweistöckigen, soliden Wohnhäusern. Bis Ende der 60er Jahre stagnierte die Entwicklung jedoch, trotz eines leichten Bevölkerungszuzuges in den 50er Jahren. Die Planung eines der größten Wohnungsbauprojekte in Hannover im Jahr 1968 verwandelte Davenstedt dann in eine Großbaustelle. Weilläufige, gemischte Siedlungen aus Miet- und Eigentumswohnungen, aber auch Einfamilienhausgebiete entstanden. Vor allem Facharbeiter und Handwerker sowie mittlere Angestellte und Beamte, die in den Jahren des Wirtschaftswunders begrenzte Aufstiege erreicht hatten, zog es nach Davenstedt.



(2) Die Anordnung der acht davenstedter Quartiere verdichtet sich im Bild eines relativ ausgewogen geschichteten Quadrats. Als einziger Stadtteil besitzt Davenstedt Quartiere auf allen drei Ebenen sozialer Lagen. Bezogen auf die

Einwohnerzahlen, dominiert keine soziale Lage.

Bei den drei Quartieren gehobener sozialer Lagen (1) handelt es sich um zwei gemischte Wohngebiete (Miet- und Eigentumswohnungen) und eine Einfamilienhausssiedlung. Charakteristisch sind durchgängig gehobene soziale Standards. Seit Anfang der 90er Jahre sind die Einwohnerzahlen, die Erwerbsquote, die Zahl der Familien und der Kinder rückläufig. Auch diese Quartiere altern. Bereits weiter fortgeschritten ist die Alterung in den beiden respektablen Quartieren (2). Wie in den gehobenen Quartieren, gibt es auch hier kaum Bewohner in prekären Lebenssituationen. Dafür ist der Anteil von Migrantenfamilien deutlich höher. Das einzige Quartier im Umbruch (3), ist auch in Davenstedt durch eine starke Verjüngung gekennzeichnet. Vor allem neue Bewohner im erwerbsfähigen Alter sowie Migranten tragen diese Entwicklung schon seit den 80er Jahren. Auffällig ist, daß relativ wenige der neuen Bewohner als Familien zusammenleben. Insgesamt dominieren auf der Ebene der Vergemeinschaftung Erfahrungen sozialer Öffnung.

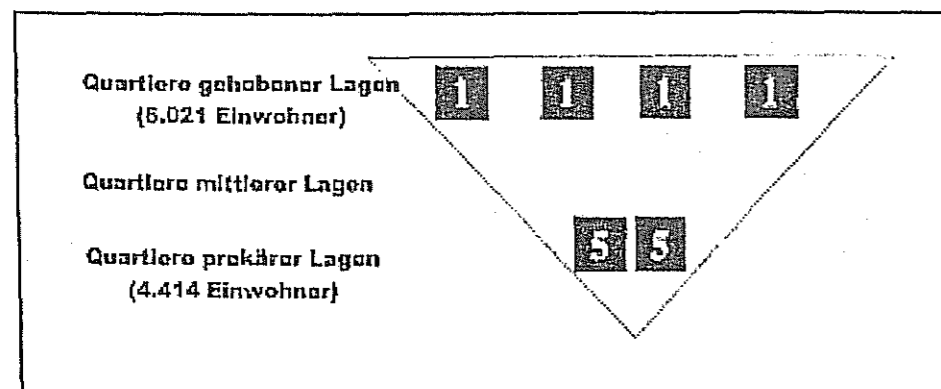
Die beiden prekären Quartiere (5) in Davenstedt weisen gleichzeitig mittlere soziale Standards und hohe Anteile von Bewohnern in prekären Lebenssituationen auf. Sozial prekär ist in diesen Quartieren vor allem die Situation der Migranten. Jeder dritte von ihnen sowie die Hälfte der nichtdeutschen Kinder und Jugendlichen beziehen Sozialhilfe. Auffällig ist außerdem die große Zahl kinderreicher Familien. Erst seit 1989, vor allem mit dem stark gestiegenen Zuzug von Migranten, ist der Stadtteil mit sozialen Folgeproblemen von kaum vergesellschafteten Bewohnergruppen ohne vollständige Bürgerrechte konfrontiert.

(3) Der stadtteilspezifische Zusammenhalt in Davenstedt gibt wenig Anlaß zur Beunruhigung. Trotz vereinzelter autoritärer und abgrenzender Reaktionen, bevorzugen

die modernisierten Arbeitnehmersmilieus im Alltag offene Umgangsformen und Toleranz gegenüber anderen Lebensführungen. Selbstbewußt und gestützt auf die eigenen Kompetenzen sind massive Abgrenzungen nach oben oder nach unten eher verpönt. Die durchaus vorhandenen Ungleichheiten zwischen den Altersgruppen und einzelnen Quartieren werden im Alltag aber nicht allein durch die Umgangsformen der lokalen Milieus gedämpft. Wichtig ist außerdem eine sozial aufgeschlossene lokale Öffentlichkeit sowie vielfältige Vereine und Organisationen, die sich schrittweise öffnen und professionalisieren. Vorherrschend ist dort ein Klima sozialverträglicher Leistungsorientierung. Das bedeutet, Wirtschaftlichkeit, Leitungsbereitschaft und Professionalität werden stets mit sozialen Aspekten zusammen gedacht. Probleme benachteiligter Gruppen werden nicht nur aufmerksam registriert. Gestützt auf das Engagement von Einzelnen sowie auf die gewachsenen, institutionalisierten Organisationen und Vereine wird professionelle Hilfe zur Selbsthilfe geleistet. Vor allem die ev. Kirche, die Wohnungsgesellschaft Reichsbund, die SPD und einige Traditionsvereine bilden dafür wichtige Knotenpunkte innerhalb der sozialen Netze im Stadtteil. Auch in der lokalen Politik herrscht ein eher demokratischer Politikstil vor. Bei Konflikten wird auf sachlicher Grundlage nach einem alle zufriedenstellenden Konsens gesucht. Schwierig ist die Situation der wachsenden Zahl von Migranten in prekären Lebenssituationen. Im Unterschied zu Stöcken gibt es keine eigenständige Infrastruktur, keine Vergemeinschaftungsorte der Migranten und auch kein integrierendes Stadtteil- oder Jugendzentrum. Lediglich einigen Vereinen gelingt es, Jugendliche Migranten zu integrieren. Gefahr droht, wenn die familiären Beziehungsnetze der Migranten zerreißen.

Bemerode

Fast alle Quartiere in Bemerode entstanden in Phasen der Suburbanisierung ins hannoversche Umland. Das idyllisch am Fuß des Kronsberg gelegene alte Dorf bietet bis heute die Möglichkeit, den Wunsch eines eigenen Hauses im Grünen zu verwirklichen. Seit den 20er Jahren zogen immer wieder privilegierte und sozial aufgestiegene Milieus hinaus vor die Stadt. Prägend sind weitläufige Einfamilienhausgebiete mit zum Teil großen Grundstücken. Bis Ende der 60er Jahre verlief die bauliche Entwicklung innerhalb der Struktur individueller Eigenheime. Trotz massiver Vorbehalte gegen jegliche Form von verdichtetem Wohnungsbau entstand Ende der 60er Jahre ein großstädtisch konzipiertes Wohnquartier aus drei- oder fünfstöckigen Mehrfamilienhäusern. Sogar einige Hochhäuser und Sozialwohnungen wurden errichtet. Nachdem in den 80er Jahren ein modernes, großes Einfamilienhausgebiet bezogen war, richtete sich Anfang der 90er Jahre erneut Widerstand gegen die Planung eines sozial gemischten Wohnquartiers aus Reihenhäusern, Mietwohnungen und wenigen Sozialwohnungen. Mit der starken Zuwanderung Anfang der 90er Jahre und einer deutlichen Erhöhung der Sozialwohnungsquote, wurde das neu entstehende Quartier zu einem latenten Konfliktherd im Stadtteil.



(2) Die Gruppierung der sechs bemeroder Quartiere verdichtet sich zu dem Bild einer Pyramide, die auf dem Kopf steht und über keine Mitte verfügt. Kennzeichnend ist die "Kluft" zwischen den dominierenden

Quartieren gehobener Lagen und den beiden prekären Quartieren.

Die vier Quartiere gehobener sozialer Lagen (1) sind die insgesamt am besten situierten im Vergleich zu allen untersuchten Stadtteilen. Es handelt sich um reine Ein- und Zweifamilienhausgebiete ohne Bewohner in prekären Lebenssituationen. Auffällig ist eine kontinuierliche demographische Alterung und eine durchschnittliche Zahl von Migranten, die vor allem aus westlichen Industrienationen stammen. Insgesamt dominieren hier Erfahrungen sozialer Öffnung.

Die beiden prekären Quartiere in Bemerode (5) bilden ähnlich wie die in Davenstedt Inseln innerhalb ansonsten sozial gesicherter Quartiere. Die Bevölkerung ist ausgesprochen jung. In dem neuen (Sozialwohnungs-) Quartier aus den 90er Jahren leben fast keine Senioren. Sozial prekär ist ähnlich wie in Davenstedt vor allem die Situation der Migranten. Jeder dritte von ihnen sowie bis zu zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen beziehen Sozialhilfe. Trotz einiger Konflikte in dem älteren Sozialwohnungsgebiet in den 80er Jahren, ist Bemerode erst seit 1989 mit den sozialen Folgen von Bewohnergruppen in prekären Lebensumständen und ohne vollständige Bürgerrechte stärker konfrontiert.

(3) Der soziale Zusammenhalt in Bemerode ist im Unterschied zu den drei vorherigen Stadtteilen nicht durch milieuspezifische, soziale Nähe, sondern durch distanzierte, funktionale Beziehungen gekennzeichnet. Selbstbewußte Statusorientierung und das Vertrauen auf die eigenen sozialen und kulturellen Kompetenzen gehen Hand in Hand mit stark individualisierten Alltagsbeziehungen. Die soziale Kluft zwischen den Bewohnern aus den gehobenen und den prekären Quartieren vertieft sich dadurch im Alltag. Man lebt in relativ getrennten Welten. Das gilt auch für die insgesamt wenigen Vereine und sozialen Einrichtungen. Die privilegierten Milieus benötigen kaum solche unterstützenden, kollektiven Organisationen. Sie betreiben Selbsthilfe als professionelle Interessenvertretung. Daraus haben sich in Bemerode vielfältige Formen des Bürgerengagements entwickelt sowie ein modernes politisches Konfliktmanagement. Effektiv werden die fragmentierten lokalen Interessen aufgegriffen, koordiniert und durchsetzungsstark vertreten. Dazu verfügen die Vertreter der dominierenden lokalen Milieus über umfangreiche soziale und kulturelle Ressourcen sowie einflußreiche Beziehungsnetze. Soziale Herausforderungen, wie in den prekären Quartieren, werden zunächst als Problem der Betroffenen wahrgenommen. Spitzen sich Konflikte zu, wird mit Maßnahmen funktionaler Fürsorge reagiert. Dieses effektive Stadtteilmanagement nehmen die Bewohner der prekären Quartieren meist als distanziert und abgrenzend wahr. Bestenfalls wird etwas für sie gemacht, selten mit ihnen gemeinsam. Die Vertreter der dominierenden gehobenen Milieus setzen ihre Interessen von Zeit zu Zeit aber auch gegen sie durch. Das hat in Bemerode zum Beispiel im Kindergarten und Schulbereich Formen institutioneller Ausgrenzung durch räumliche Eingrenzung angenommen. In der Defensive sind dagegen kirchliche Initiativen, die auf der Grundlage ehrenamtlichen Bürgerengagements den Brückenschlag zu den prekären Quartieren praktizieren. Dies ist dringend notwendig, da sowohl die Migranten aber auch die weniger respektablen Deutschen auf der Ebene der *Vergemeinschaftung* selbst von den wenigen Orten der Geselligkeit im Stadtteil ausgeschlossen sind.

Fazit

Die Untersuchung der vier Stadtteile in Hannover unterstreicht vor allem die Bedeutung der Ebene der *Vergemeinschaftungen* im Alltag und in den lokalen Institutionen für Analysen zum Thema Ausgrenzung. Ausgrenzungsdynamiken auf der Ebene der Vergesellschaftung können durch die vorherrschenden Strukturen sozialer Beziehungen erheblich gedämpft (Mittelfeld), aber auch verstärkt werden (Bemerode). Die durch kleinräumige Datenanalysen festgestellte Heterogenität der vier Stadtteile lenkt den Focus

besonders auf die spezifische Art und Weise der gegenseitige Wahrnehmung und des alltäglichen Zusammenlebens gerade auch innerhalb der lokalen Institutionen. Die "Insellage" sozial prekärer Quartiere innerhalb ansonsten gut situierter Stadtteile erweitert außerdem den Blick auf die gesamte Stadtgesellschaft und ihren Umgang mit den Folgeproblemen von Bewohnern in prekären Lebenssituationen sowie von gestiegener Zuwanderung. Relativiert werden dadurch Untersuchungen, die Ausgrenzung, Isolation und soziale Konflikte in jenen Stadtteilen verorten, in denen sich Bewohner in prekären Lebenssituationen stark konzentrieren. Am Beispiel Bemerodes wird außerdem deutlich, wie durch professionelle Formen modernen Bürgerengagements Möglichkeiten entstehen, sich trotz städtischer Strategien der „Zerstreuung“ sogenannter Problemgruppen, diese dennoch räumlich auf Distanz zu halten. Davenstedt hingegen ist ein Beispiel dafür, daß Kompetenzen, Ressourcen und soziale Netze gut situierter Milieus, trotz Leistungsorientierung und Professionalität, auch in sozial verantwortliche Strategien münden können.

Peter Bremer (Oldenburg)

Migranten zwischen Integration und Ausgrenzung

Einleitend wird kurz auf das vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur finanzierte Projekt *Zuwanderung und die Herausbildung einer städtischen Unterschicht* eingegangen, welches die Grundlage für die folgenden Ausführungen bildet. Sodann werden einige empirische Sachverhalte benannt, die deutlich machen, daß die Frage nach Ausgrenzungsprozessen bei den als Arbeitsmigranten in den 60er und 70er Jahren zugewanderten und ihren Nachfolgegenerationen nach wie vor relevant ist bzw. sich sogar stärker stellt als vor 10 Jahren. Im Hauptteil wird dann vor dem Hintergrund der Frage nach problematische Lebenssituationen abfedernde bzw. verstärkende Faktoren die Situation in zwei Hannoveraner Stadtteilen miteinander verglichen. Weitere relevante Aspekte werden hier bewußt aufgrund des zur Verfügung stehenden Platzes nicht thematisiert, also die Frage nach Ausgrenzungs- und Integrationsprozessen von ArbeitsmigrantInnen natürlich nicht ausreichend analysiert (vgl. dazu ausführlich Bremer/Siebel 1998).

Entsprechend des Tagungsablaufes wird hier deshalb stark ergebnisorientiert vorgegangen. Die Begriffe Integration und Ausgrenzung werden nicht erneut ausführlich problematisiert (vgl. dazu die Beiträge von Gestring, Häußermann und Sackmann). Relevant ist in unserem Zusammenhang, daß mit dem Begriff Ausgrenzung die Prozeßhaftigkeit (Betrachtung eines längeren Zeitraumes) und die Mehrdimensionalität (Betrachtung verschiedener relevanter Lebensbereiche und ihrer Interdependenzen) betont wird.

Zum Forschungsprojekt

Ausgangspunkt des an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (AG Stadtforschung/ Prof. Dr. Walter Siebel) durchgeführten Forschungsprojektes war anknüpfend an die US-amerikanische Debatte um Urban Underclass die Frage, ob infolge der Arbeitsmarktkrise - Stichwort: Strukturwandel - und verstärkter sozialräumlicher Segregation von zunehmenden Ausgrenzungsprozessen auszugehen ist und ob aufgrund ihrer marginalisierten Situation auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt AusländerInnen besonders von Ausgrenzungsprozessen betroffen sind und in welchem Verhältnis dabei ökonomische Ausgrenzung und Raum (Wohnort) stehen.

Durch einen Vergleich der sehr unterschiedlich strukturierten Städte Oldenburg (für die Größe -150.000 EinwohnerInnen- unterdurchschnittlicher AusländerInnenanteil, traditionell wenig Industrie) und Hannover (überdurchschnittlicher AusländerInnenanteil, 500.000 EinwohnerInnen, Industrie) sollte versucht werden, mehr über Integrations- und Ausgrenzungsbedingungen zu erfahren. Empirische Grundlage des Projektes war eine sekundärstatistische Analyse vorhandener Daten, Statistiken etc. und ExpertInneninterviews in den genannten Städten.

ArbeitsmigrantInnen auf dem Weg in die (sozialstrukturelle) Integration?

Im folgenden soll kurz auf einige empirische Sachverhalte hingewiesen werden, die dem in der öffentlichen und z.T. auch der wissenschaftlichen Diskussion gezeichneten Bild - nämlich eines im Laufe der Jahre und vor allem von Generation zu Generation mehr oder weniger quasi-natürlich verlaufenden Integrationsprozesses - widersprechen oder zumindest relativieren.⁵

In Zeiten der Arbeitsmarktkrise schnellten die Arbeitslosenquoten besonders bei AusländerInnen und hier v.a. bei Türken in die Höhe. In Zeiten der Entspannung auf dem Arbeitsmarkt profitieren AusländerInnen nicht entsprechend der vorherigen Entlassungen (vgl. ANBA 1995: 102; Kühl 1987: 32f.). Begriffe wie "Reservearmee" und "Konjunkturpuffer" geben diese Situation entsprechend wider (vgl. Treibel 1990: 90). Gegenwärtig ist die Arbeitslosenquote von AusländerInnen ungefähr doppelt so groß wie die der Deutschen. Bei der türkischen Bevölkerung ist bundesweit ungefähr jeder vierte arbeitslos gemeldet (vgl. Beauftragte 1997: 50; BfA 1997).

Auch die Arbeitsmarkt- und Ausbildungssituation der zweiten bzw. jetzt schon dritten Generation stellt sich kritisch dar. Eine Untersuchung der Ausländerbeauftragten des Berliner Senats zur Lebenssituation türkischer Jugendlicher zeigt, daß sich seit Anfang der 90er Jahre deren Situation auf dem Arbeitsmarkt deutlich verschlechtert hat (Ausländerbeauftragte 1997).

Versteht man Ausgrenzung als Prozeß, so darf nicht nur ein bestimmter Zeitpunkt betrachtet werden (wie bei dem Vergleich von Arbeitslosenquoten), sondern ein längerer Zeitraum muß zur Grundlage der Analyse gemacht werden. Ein möglicher Indikator für Ausgrenzung kann dann die Betroffenheit von Langzeitarbeitslosigkeit sein. Bisher sind AusländerInnen seltener von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. In der jüngeren Vergangenheit ist jedoch der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen arbeitslosen AusländerInnen deutlich stärker gestiegen als bei Deutschen (Beauftragte 1995: 138; e.B.). Nun ist bekannt, daß in der amtlichen Statistik die reale Betroffenheit von Langzeitarbeitslosigkeit nicht adäquat abgebildet wird. Die Betrachtung der aufaddierten Dauer von Arbeitslosigkeit in einem bestimmten Zeitraum anhand der Daten des SOEP zeigt dann auch, daß diese bei AusländerInnen deutlich über der von Deutschen liegt (vgl. Münz/Seifert/Ulrich 1997: 77). Dies deutet zusammen mit der geringeren Betroffenheit von Langzeitarbeitslosigkeit darauf hin, daß AusländerInnen häufiger in befristeten Tätigkeiten beschäftigt sind. Der Kontakt zum ersten Arbeitsmarkt ist nicht abgerissen, aber von Integration in diesen kann auch nicht gesprochen werden. Dieser Sachverhalt macht deutlich, daß man im Zusammenhang mit Ausgrenzung als Prozeß nicht nur die "harten" Faktoren wie (Langzeit-)Arbeitslosigkeit betrachten darf, sondern auch die "benachbarten" Bereiche der prekären Beschäftigung. In Frankreich wird dies unter dem Aspekt der Prozeßhaftigkeit auch deutlicher betont als dies bisher in der Bundesrepublik der Fall ist.

⁵ Ich konzentriere mich dabei bewußt auf die Daten, die diese Relativierung leisten, und beziehe mich dabei fast ausschließlich auf Daten des Sozioökonomischen Panels, in dem jedes Jahr dieselben Haushalte und deren Abspaltungen befragt werden. So werden statistische Verzerrungen durch NeuzuwanderInnen weitgehend kontrolliert.

Betrachtet man nun auf dem Arbeitsmarkt die Segmente, deren Abstand zur Arbeitslosigkeit nicht groß ist (wo also die Gefahr, arbeitslos zu werden, größer ist als in anderen Arbeitsmarktsegmenten), so zeigt sich, daß AusländerInnen nicht nur deutlich häufiger in solchen gefährdeten Segmenten beschäftigt sind, sondern ein Vergleich über Zeit zeigt auch, daß sich die Situation von AusländerInnen in dem Sinne verschlechtert hat, daß sie im Zeitraum 1990-94 häufiger Abstiege in Richtung dieser gefährdeten Segmente durchlaufen als im Zeitraum 1984-89. Bei Deutschen ist es genau umgekehrt (vgl. Münz/Seifert/Ulrich 1997: 92ff.). Hier ist also ein Auseinanderdriften der Situation zwischen der deutschen und ausländischen Bestandsbevölkerung (ohne NeuzuwanderInnen) zu konstatieren.

Dieser Sachverhalt spiegelt sich auch in der Einkommenssituation wider. Von 1990 bis 1995 nahm der Anteil der Niedrigstverdiener (weniger als 50% des Durchschnittseinkommens) bei Deutschen ab, während er bei AusländerInnen anstieg (vgl. Bäcker/Hanesch 1998: 147, 156).

Wenn man beides zusammen betrachtet (Marginalisierung auf und Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt) ist es nur logisch, daß die Haushaltseinkommen von MigrantInnen deutlich niedriger liegen und daß AusländerInnen wesentlich häufiger von Armut betroffen sind als dies bei Deutschen der Fall ist. Dabei hat sich für beide Indikatoren im Zeitraum von 1985 bis 1995 die Situation nicht angenähert, sondern auseinanderentwickelt. In diesem Zeitraum ist der Anteil der Armen (50%-Grenze) an der Bevölkerung bei Deutschen zurückgegangen, während er bei MigrantInnen zugenommen hat. 1995 sind 9,9% der deutschen Bevölkerung und 22,7% der ausländischen Bevölkerung arm (StBA 1997: 509). Auch von verdeckter Armut sind AusländerInnen nicht zuletzt aufgrund rechtlicher Regelungen (s.u.) deutlich häufiger betroffen als Deutsche (vgl. Neumann/Hertz 1998: 64). Diese unterschiedliche Betroffenheit gilt auch für die Dauer von Armut, ein von der "dynamischen Armutsforschung" bisher zu wenig berücksichtigter Aspekt. Im Zeitraum 1984 bis 1992 ist jeder fünfzehnte Deutsche 5 Jahre oder länger arm, während dies bei AusländerInnen auf jeden fünften zutrifft (StBA 1994: 603).

Als "wirklich ausgegrenzt" kann man u.a. diejenigen bezeichnen, die sich in keiner Statistik mehr wiederfinden. Hier zeigt sich, daß nach Beendigung der Schulpflichtzeit wesentlich mehr MigrantInnen aus den relevanten Statistiken (weiterführende Schule/Studium, Ausbildung, Beschäftigung, arbeitslos gemeldet) "verschwunden" sind als dies bei Deutschen der Fall ist (vgl. Nieke 1991: 32). Auch kann vermutet werden, daß aufgrund der ausländerrechtlichen Regelungen bei Arbeitslosen- und Sozialhilfebezug (bei befristeten Aufenthaltstiteln die Möglichkeit der Nichtverlängerung) viele Berechtigte diesen Anspruch nicht wahrnehmen und insofern diese sich in der Statistik nicht wiederfinden. Diese kommen also mit einer sekundärstatistischen Analyse gar nicht mehr in das Blickfeld.

Die Tatsache, daß AusländerInnen bei den Indikatoren, die in der Urban Underclass- und Ausgrenzungsdebatte Relevanz haben (Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, Betroffenheit von Armut), deutlich überdurchschnittlich betroffen sind und sich im Verhältnis zur deutschen Bevölkerung für bestimmte Indikatoren sogar ein Auseinanderdriften der Situationen zeigt, hat zu der Überlegung geführt, daß Ausgrenzungsprozesse sich am ehesten und deutlichsten bei dieser Gruppe zei-

gen müßten. Wir haben uns deshalb in der als Vorstudie geplanten Untersuchung auf die Gruppe der MigrantInnen und hier v.a. auf die als "Gastarbeiter" zugewanderten und ihre Nachfahren konzentriert.

Der Wohnort: Kompensation oder Ausgrenzungsverstärker?

Im Laufe des Projektes wurde deutlich, daß sich die Situationen in den untersuchten Städten Oldenburg und Hannover nicht so stark unterscheiden (Bildungsbeteiligung, Sozialhilfebezug, Arbeitslosigkeit, Segregation), wie wir es bei der Konzipierung des Projektes vermutet hatten (s.o.). Der Vergleich dieser beiden Städte hat über die relevanten Ausgrenzungs- und Integrationsmechanismen z.B. auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt also kaum Erkenntnisse erbracht, die über die zuvor weitgehend geleistete Sekundäranalyse hinausgegangen wären. Weitere Erkenntnisse haben Vergleiche verschiedener Stadtteile erbracht. Pointiert formuliert: die Unterschiede der Lebenssituationen in den Städten Oldenburg und Hannover sind nicht so groß wie die Unterschiede zwischen verschiedenen Stadtteilen in diesen Städten. Da in Oldenburg, einer Stadt von Angestellten, Beamten und Einfamilienhäuschen, ein Bewußtsein für Armut und sozioökonomischer Segregation kaum ausgeprägt ist, liegen kleinräumige Daten nur für Hannover vor. Deshalb werden im folgenden die Hannoveraner Stadtteile Vahrenheide und Linden miteinander verglichen.

Folgende Tabelle zeigt, daß diese beiden Stadtteile einen vergleichbaren Anteil ausländischer Bevölkerung an der gesamten Wohnbevölkerung und hier wiederum einen vergleichbaren Anteil türkischer Wohnbevölkerung aufweisen.

Tabelle 1: Anteil der ausländischen Bevölkerung in ausgesuchten Hannoveranern Stadtteilen/Bezirken am 1.1.1994

Stadtteil/Bezirk	Statistischer	Bevölkerung insgesamt abs.	Anteil Ausländer in %	davon: Anteil Türken in %
Vahrenheide-Ost		8.689	27	63,3
Linden-Nord		19.015	26	55,4
Linden-Süd		11.424	33,2	38,4
Stadt Hannover		548.534	12,6	33,3

Quelle: STATIS. Statistikstelle Hannover; e.B.

Betrachtet man Linden insgesamt (Nord, Mitte, Süd), so zeigt sich, daß ungefähr jeder vierte Hannoveraner Türke bzw. Türkin in Linden wohnt, während dies für die deutsche Bevölkerung nur für jeden 14. gilt. Diese Zahlen zeigen also deutliche Segregationstendenzen, machen aber auch die Differenzen zur Situation in den USA deutlich. Wenn z.B. für Chicago von der Segregation der Schwarzen gesprochen wird, dann heißt das, daß der größte Teil der schwarzen Bevölkerung Chicagos tatsächlich in einem oder zwei Stadtvierteln lebt. Wenn in Hannover jeder vierte Türke in Linden wohnt, heißt dies auch, daß drei Viertel der türkischen Bevölkerung in Hannover eben

nicht in Linden wohnt. Und die Anteile der ausländischen Bevölkerung in Linden und Vahrenheide zeigen eben auch, daß ca. drei Viertel der dort lebenden Bevölkerung einen deutschen Paß haben, während in den entsprechenden Stadtvierteln z.B. Chicagos mehr oder weniger nur Schwarze leben (vgl. jüngst DIE ZEIT vom 15.04.99: 17ff.). Also: residentielle Segregation ja, Ghetto nein, auch wenn ein in der Öffentlichkeit benutzter Begriff wie "Türkenghetto" anderes suggeriert.

Folgt man nun bestimmten Argumentationen in der Stadtsoziologie, v.a. aber in der öffentlich-politischen Diskussion, in der monokausal vom AusländerInnenanteil auf Integrationsbedingungen und auf soziale Probleme geschlossen wird (Bsp. Berlin: Zugangssperre für bestimmte Stadtteile in den 70ern; Äußerungen des damaligen Hamburger Oberbürgermeisters Voscherau nach Wahlerfolgen rechter Parteien v.a. in Wohnvierteln mit überdurchschnittlichen MigrantInnenanteil und jüngst Äußerungen des ehemaligen Berliner Innensenators Schönbohm), dann müßten die Integrationsbedingungen in den beiden Stadtteilen Vahrenheide und Linden vergleichbar sein. Das dies aber offensichtlich nicht so ist, darauf gibt die folgende Tabelle einen ersten Hinweis:

TABELLE 2: ARBEITSLÖSE^{a)} (SEPTEMBER 1995) UND HLU-BEZIEHER (DEZEMBER 1996) IN HANNOVER IN AUSGEWÄHLTEN STATISTISCHEN BEZIRKEN

Stadtteil	absolut	Alo- quote insg. in %	Alo- quote Deut- sche in %	Alo- quote Ausl. in %	HLU- Quote Deut- sche in %	HLU- Quote Ausl. in %
Vahrenheide (121-123)	1.023	16,1*	14,6*	19,7	14,7	22,1
Linden-Nord (341,342)	1.597	17,4*	15,7*	22,9*	6,8	9,3
Linden-Süd (351)	1.036	14,4*	13,5*	16,0	10,1	9,2
Stadt Hanno- ver	31.698	9,2	8,2	15,0	4,5	12,4

a) Spalten 2 und 3 bezogen auf 18-64jährige. In Klammern: Nummern der Bezirke. *) Weit überdurchschnittlich im Verhältnis zur Gesamtstadt (mehr als 1/3 über dem städtischen Durchschnitt).
Quelle: STATIS 1995. Statistikstelle Hannover. Kommunaler sozialer Dienst. E.B.

Die Tabelle zeigt, daß in den hier betrachteten Stadtteilen die Arbeitslosen- und Sozialhilfequoten sowohl von MigrantInnen als auch von Deutschen hoch sind. Allerdings liegen in Linden die Sozialhilfequoten von MigrantInnen unter dem stadtweiten Durchschnitt, obwohl die Arbeitslosenquoten in Linden ebenso wie in Vahrenheide sowohl von MigrantInnen als auch von Deutschen überdurchschnittlich sind. Wie läßt sich erklären, daß in Vahrenheide die hohe Arbeitslosenquote auf die Sozialhilfequote durchschlägt, in Linden aber nicht?

Einen ersten Hinweis kann der städtebauliche Vergleich der beiden Stadtviertel liefern. Vahrenheide ist ein monofunktionales, ausschließlich zum Wohnen konzipiertes

Stadtgebiet des sozialen Wohnungsbaus. Kneipen, Cafes, Läden für unterschiedliche Bedürfnisse u.ä. finden sich hier nicht. Mit Straßen und Schienen z.T. deutlich sichtbar begrenzt drängt sich optisch der Eindruck eines am Stadtrand liegenden, abgegrenzten Stadtviertels auf, den zu betreten hier nicht wohnende keinen Grund haben (zur Beschreibung vgl. Fabich/ Gerlach 1997; Herlyn/ Naroska/ Tessin 1986). Anders formuliert: bei denjenigen, die man auf der Straße antrifft, handelt es sich mit Sicherheit um BewohnerInnen Vahrenheides, um SozialarbeiterInnen oder um SoziologInnen, die eine Studie zu Ausgrenzung und Urban Underclass durchführen.

Ganz anders hingegen Linden: hier handelt es sich um ein altes Arbeiterviertel, das nicht weit entfernt vom Zentrum Hannovers liegt. In Linden finden sich viele Läden, die sich nicht nur auf Lebensmittel und Gastronomie beschränken. Bei Linden handelt es sich im Gegensatz zu Vahrenheide also nicht um ein monofunktionales Wohngebiet, sondern um ein mit Gewerbe und Dienstleistungen durchmischtes Stadtgebiet (zur Beschreibung vgl. Herlyn/ Lakemann/ Lettko 1991; Salman 1990). Während in Vahrenheide auch die ausländische Bevölkerung in der Regel den Stadtteil verlassen will und dies vor allem aufgrund der Wohnungsmarktsituation (unterdurchschnittliche Einkommen, Diskriminierung) häufig nicht realisieren kann, wohnt die türkische Bevölkerung in Linden häufig schon in der zweiten Generation dort. Der überdurchschnittliche MigrantInnenanteil in Linden hängt direkt mit der Arbeitskräftezuwanderung in den 60er und 70er Jahren zusammen. In Vahrenheide stieg der Anteil erst - wie allgemein im sozialen Wohnungsbau der Bundesrepublik - als die Wohnungen an Deutsche nicht mehr zu vermieten waren.

Beide Faktoren (freiwillige vs. erzwungene Segregation; monofunktional vs. funktionaler Mischung) haben Folgen für die Ressourcen, die den ausländischen, aber auch deutschen Bewohnern zur Verfügung stehen. Mit Ressourcen ist dabei zweierlei gemeint: ökonomische und soziale Ressourcen.

Ökonomische: Sowohl Linden als auch Vahrenheide sind Stadtviertel, in denen der Anteil der Arbeiter überdurchschnittlich ist. Wie anhand der Arbeitslosenquoten gesehen, hat der Strukturwandel des Arbeitsmarktes Folgen sowohl für Vahrenheide als auch für Linden gehabt. Die sozialen Folgen der hohen Arbeitslosigkeit sind trotzdem in beiden Stadtvierteln aufgrund der unterschiedlichen Strukturen unterschiedlich. Vahrenheide war schon immer ausschließlich ein Ort des Wohnens. Ein großer Teil der Wohnbevölkerung verbringt jetzt den ganzen Tag an einem Ort, der dafür nicht vorgesehen war. Nachbarschaftläden, Jugendtreffs u.ä. wurden erst mit der Zunahme sozialer Probleme implementiert (Arbeitslosigkeit, zunehmende Kriminalität und Gewalt bei Kindern und Jugendlichen).

Anders Linden: eine rege Vereins- und Freizeittätigkeit (kulturell, sportlich, politisch) hat es in Linden schon gegeben, als sozusagen alle noch Arbeit hatten. Auch gab es in den 70er Jahren schon den einen oder anderen türkischen Laden. V.a. mit zunehmender Arbeitslosigkeit hat sich dann immer stärker eine türkische Infrastruktur entwickelt. Immer mehr Läden wurden von türkischen Bewohnern Lindens betrieben. Nun zeigen allerdings die offiziellen Arbeitslosenzahlen, daß trotzdem die Arbeitslosigkeit bei AusländerInnen in Linden hoch ist. Die unterdurchschnittliche Sozialhilfequote von MigrantInnen in Linden kann jedoch in diesem Zusammenhang auf zweierlei Weise interpretiert werden: die Möglichkeiten, mal irgendwo was zu machen, zu jobben und

auszuhelfen, ermöglichen es, nicht auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Andererseits kann vermutet werden, daß aufgrund der familiären und sozialen Netzwerke häufiger eine gegenseitige Unterstützung stattfindet, die dazu führt, daß man Sozialhilfe nicht in Anspruch nimmt.

Mit dem Hinweis auf familiäre und soziale Netzwerke bin ich bei dem zweiten Punkt, mit dem man die Unterschiede zwischen Vahrenheide und Linden deutlich machen kann: bei den sozialen Ressourcen bzw. beim sozialem Kapital (Bourdieu).

Es ist darauf hingewiesen worden, daß die ungefähr gleich großen Anteile der ausländischen Bevölkerung an der jeweiligen Wohnbevölkerung in Linden und Vahrenheide unterschiedlich zustande gekommen sind. In Linden ist dies primär das Ergebnis freiwilliger Segregation, die dazu beigetragen hat, daß sich über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten Netzwerke und infrastrukturelle Angebote entwickelt haben. Anders in Vahrenheide: diejenigen, die es sich leisten konnten, sind fortgezogen; diejenigen, die jetzt dorthin ziehen, tun dies in der Regel nicht freiwillig, sondern mangels Alternative (vgl. LHH 1989: 13). Dadurch hat sich eine sozial durchaus brisante Situation entwickelt: die Deutschen, die dort noch wohnen, machen für die sich verschlechternde Situation im Stadtteil und für ihre eigene Situation "die Ausländer" verantwortlich. Das zeigt sich u.a. daran, daß bei Wahlen vor allem Parteien wie die DVU und die Republikaner von Verlusten der SPD profitiert haben. In Linden haben v.a. DIE GRÜNEN/Bündnis 90 von den Verlusten der SPD profitiert (vgl. Hermann 1996).

Für die Analyse der Frage, ob der Wohnort Ausgrenzungsprozesse eher perpetuiert oder kompensiert, ist also nicht primär die Beantwortung der Frage Segregation -Ja oder Nein?- relevant. Insofern sind die in der Stadtsoziologie vorgenommenen Versuche, mit komplizierten multifaktoriellen Regressionsanalysen einen "optimalen" AusländerInnenanteil für einen Straßenzug oder ein Stadtviertel zu errechnen, skeptisch zu betrachten. Relevant ist vielmehr die Analyse der Frage "Freiwillige oder erzwungene Segregation?" Je nachdem, wie diese Frage beantwortet werden muß, hat dies Folgen v.a. für die familiären und sozialen Netzwerke (soziale Ressourcen/Kapital). Die funktionale Mischung der Stadtviertel wiederum hat Folgen primär für die ökonomischen Möglichkeiten. Diese beiden Aspekte sind zentral bei der Analyse von kleinräumigen Ressourcen, die im Zusammenhang mit Integrations- und Ausgrenzungsprozessen eine eigenständige Qualität haben.

Damit bin ich beim letzten Punkt, der in Anknüpfung an die US-amerikanische Urban Underclass-Debatte und vor dem Hintergrund des Tagungsthemas diskutiert werden soll, nämlich wie soziale und räumliche Ausgrenzung zusammenhängen können.

Aus unserer Sicht sind dabei v.a. zwei Ebenen relevant:

Bestimmte Stadtviertel bzw. Straßenzüge gelten als schlechte Adressen. Das hat Folgen z.B. bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche. In der öffentlichen Diskussion werden diese Stadtviertel - wie Vahrenheide; aber auch Linden gilt in der Außenwahrnehmung als ein problematisches Viertel (vgl. LHH 1995) - mit Kriminalität und Gewalt in Verbindung gebracht. Personen aus diesen Vierteln werden in dem Sinne statistisch diskriminiert, daß sie unabhängig vom Schulabschluß und ihrer beruflichen Qualifikation bei Bewerbungen aussortiert werden, weil potentielle Arbeitgeber meinen, mit den Leuten aus diesem Viertel gibt es eh nur Probleme. Bei ausländischen Namen wird diese statistische Diskriminierung noch verdoppelt. Hier kann es zu einem Circu-

lus Vitiosus kommen: aufgrund von Arbeitslosigkeit oder schlecht bezahlter Tätigkeit ist man auf bestimmte Wohnungsmarktsegmente verwiesen. Der Wohnort wiederum verhindert, daß man eine besser bezahlte Tätigkeit oder überhaupt Arbeit oder eine Ausbildungsstelle findet. Sozial-ökonomische und räumliche Marginalisierung verstärken sich so gegenseitig.

Zur zweiten Ebene des Zusammenhangs von sozialer und räumlicher Ausgrenzung: In der Urban Underclass-Debatte wird kontrovers diskutiert, ob die residentielle Segregation von arbeitslosen und armen Personen in städtischen Räumen dazu führt, daß sich normative Orientierungen herausbilden, die die Ausgrenzung z.B. auf dem Arbeitsmarkt mehr oder weniger auf Dauer stellen (vgl. auch den Beitrag von Häußermann).

Bezogen auf MigrantInnen kann insgesamt festgehalten werden, daß die von uns interviewten Experten diese Bevölkerungsgruppe in den für uns relevanten Stadtvierteln eher als stabilisierendes Element denn als Problemgruppe bezeichnen. Dabei wird auf die familiären Beziehungen und die Bereitschaft v.a. der 1. Generation der ZuwanderInnen verwiesen, sich mit ihrer unterdurchschnittlichen Lebenssituation zu arrangieren. Für Stadtteile wie Vahrenheide gibt es jedoch Hinweise, daß dies für die 2. und 3. Generation bzw. für die ausländischen Jugendlichen so ohne weiteres nicht mehr gilt. Die von uns interviewten Experten weisen darauf hin, daß es für ausländische Jugendliche immer "selbstverständlicher" wird, daß man sich das, was man aufgrund der Standards dieser Gesellschaft an Statussymbolen für erstrebenswert erachtet, aber nicht leisten kann, auch mit nicht legalen Mitteln besorgt. Die MigrantInnengeneration legen nicht mehr die Herkunftsgesellschaft der Eltern, sondern die hiesige Gesellschaft als gültigen Maßstab an (vgl. auch Farin/Seidel-Pielen 1991; Schweikert 1993; Tertilt 1996). Eine unterdurchschnittliche und benachteiligte Lebenssituation wird auch als eine solche gesehen und nicht mehr mit einer bis heute in der Gastarbeitergeneration hochgehaltenen Rückkehrperspektive kleingearbeitet. Kurz: die in der Öffentlichkeit in der Regel skandalisierte Kriminalitätsbelastung ausländischer Jugendlicher ist - betrachtet man die in der Kriminologie herausgearbeiteten "Risikofaktoren" - geradezu zwangsläufig und verweist eher auf "Normalisierung" und eine Anpassung an die deutschen Jugendlichen in den entsprechenden Stadtvierteln. Betrachtet man es aus dieser Perspektive, dann sind die von uns i.d.R. als Kennziffern der Desintegration interpretierten Sachverhalte (Eigentumskriminalität, Gewalt, Drogenkonsum, fundamentalistische Orientierungen) eigentlich Hinweise auf eine Orientierung an den hiesigen Standards und an den Verhaltensweisen deutscher Jugendlicher in einer ähnlichen Situation, also ein Beleg für eine geglückte normative Integration.⁶

⁶ Auch die in der Öffentlichkeit stark diskutierte "Heitmeyer-Studie" (vgl. Heitmeyer/ Müller/ Schröder 1997) ist aus dieser Perspektive kein Beleg für abweichende, fundamentalistische Orientierungen, sondern für den Versuch, Ausgrenzungen und Benachteiligungen mit stark vereinfachenden religiösen Orientierungen, die die komplizierte Wirklichkeit in einfache Gut-Böse-Muster auflösen, zu kompensieren.

Literatur:

- ANBA (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit) 1995: Arbeitsmarkt 1994. Arbeitsmarktanalyse für die alten und die neuen Bundesländer. ANBA Nr.6. Nürnberg: Bundesanstalt für Arbeit
- Ausländerbeauftragte des Senats 1997: Türkische Jugendliche in Berlin. Berlin: Die Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin
- Bäcker, Gerhard/ Hanesch, Walter 1998: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerhaushalte mit Niedrigeinkommen. Landessozialbericht Band 7. Unter Mitarbeit von Peter Krause, Jürgen Hilzendege, Martin Koller, Winfried Schiebel, Reinhard Bispinck. Bergheim: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW
- Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (zit. Beauftragte) 1995: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer
- Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (zit. Beauftragte) 1997: Daten und Fakten zur Ausländersituation. Bonn: Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer
- BfA (Bundesanstalt für Arbeit) 1997: Eckwerte des Arbeitsmarktes. In: <http://www.arbeitsamt.de/info/sta/zahl/w001-akt.htm>, 16.09.
- Bremer, Peter/ Siebel, Walter 1998: Zuwanderung und die Herausbildung einer städtischen Unterschicht. Abschlußbericht. Oldenburg: Carl von Ossietzky Universität/ AG Stadtforschung
- Fabich, Matthias/ Gerlach, Ulrich 1997: Integrierte Sanierung Hannover Vahrenheide-Ost: Nachhaltigkeit durch Innenentwicklung. In: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung: Die Rolle der europäischen Stadt im 21. Jahrhundert. Bericht 1997. Berlin: Edition StadtBauKunst, 196-202
- Farin, Klaus/ Seidel-Pielen, Eberhard 1991: Krieg in den Städten. Berlin: Rotbuch
- Heitmeyer, Wilhelm/ Müller, Joachim/ Schröder, Helmut 1997: Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Herlyn, Ulfert/ Lakemann, Ulrich/ Lettko, Barbara 1991: Armut und Milieu: benachteiligte Bewohner in großstädtischen Quartieren. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser
- Herlyn, Ulfert/ Naroska, Hans-Jürgen/ Tessin, Wulf 1986: Hannover Vahrenheide-Südost. Sozialwissenschaftliche Expertise im Auftrag der Stadt Hannover. Hannover: Institut für Freiraumentwicklung und Planungsbezogene Soziologie der Universität Hannover
- Hermann, Thomas 1996: Wahlverhalten zwischen sozialer Ungleichheit und sozialem Milieu. In: Statistischer Vierteljahresbericht Hannover H.1, 59-71

- Kühl, Jürgen 1987: Zur Bedeutung der Ausländerbeschäftigung für die Bundesrepublik Deutschland. In: Reimann, Helga/ Reimann, Horst (Hg.): Gastarbeiter. Analyse und Perspektiven eines sozialen Problems, Opladen: Westdeutscher Verlag, 21-45
- LHH (Landeshauptstadt Hannover) 1989: Informationsdrucksache 328/89. Hannover: Stadt Hannover
- LHH (Landeshauptstadt Hannover) 1995: Repräsentativerhebung 1994 zu kommunalen und sozialen Fragen. Schriften zur Stadtentwicklung 71. Hannover: Referat für Stadtentwicklung
- Münz, Rainer/ Seifert, Wolfgang/ Ulrich, Ralf 1997: Zuwanderung nach Deutschland: Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. Frankfurt/M., New York: Campus
- Neumann, Udo/ Hertz, Markus 1998: Verdeckte Armut in Deutschland. Forschungsbericht im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Frankfurt/M.: Institut für Sozialberichterstattung und Lebenslagenforschung
- Nieke, Wolfgang 1991: Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland: Vorschule, Schule, Berufsausbildung, Freizeit, Kriminalität. In: Lajos, Konstantin (Hg.): Die zweite und dritte Ausländergeneration. Ihre Situation und Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, 13-42
- Salman, Ramazan 1990: Zur Geschichte und zu den Strukturen der Hannoveraner Stadtteile Mittelfeld, Mühlenberg und Linden. Unveröffentlichtes Ms. Hannover: Ms.
- Schweikert, Klaus 1993: Ausländische Jugendliche in der Berufsausbildung: Strukturen und Trends. Berichte zur beruflichen Bildung 164. Berlin, Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung
- StBA (Statistisches Bundesamt)(Hg.) 1994: Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- StBA (Statistisches Bundesamt)(Hg.) 1997: Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Tertilt, Hermann 1996: Turkish Power Boys. Ethnographie einer Jugendbande. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Treibel, Annette 1990: Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung und Gastarbeit. Weinheim, München: Juventa

Holger Kuhle (Berlin):

**'Exclusion sociale' - ein ,alter' Begriff für ein neues Phänomen
Kritische Anmerkungen zu einem Begriff, der in Deutschland
zunehmend Resonanz findet**

Seitdem der Begriff ,exclusion sociale' auch unter deutschen Sozialwissenschaftlern zunehmend wahrgenommen und die Politik zu dessen Berücksichtigung gezwungen wird, weil er in die amtliche Sprache der Europäischen Kommissionen aufgenommen wurde, wird fälschlicherweise unterstellt, daß es sich hierbei um einen ganz neuen Begriff der Sozialstrukturanalyse für ein in Europa neues Phänomen sozialräumlicher Ausgrenzung handeln würde. Diese Annahme schien sich auch in mehreren Beiträgen auf der Sektionstagung zu bestätigen. Aus diesem aktuellen Anlaß scheint es nützlich zu sein, einige kritische Anmerkungen zu diesem Begriff zu formulieren.

Da der Begriff nicht neu ist, wohl aber die ihm heute untergeschobene Ausgrenzungsproblematik, wird seine Verwendung problematisch, weil die Grenzen zwischen seinem ursprünglichen und dem heute unterstellten Begriffsinhalt unbestimmt sind. Dies soll nun begründet werden.

Der von René Lenoir im Jahre 1974 mit seinem Buch "Les Exclus, un Français sur dix"⁷ in Frankreich verbreitete Begriff geht auf Pierre Massé in seiner Funktion als Secrétaire général du Plan zurück. Er brachte diesen Terminus erstmals in den sechziger Jahren auf und beschrieb damit die Rückständigen im gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß. Eingebunden in den Kontext der 60er Jahre unter den Bedingungen umfassender wirtschaftlicher Prosperität charakterisiert der Begriff "une survivance visible et honteuse d'une population maintenue en marge du progrès économique et du partage des bénéfices." (Darras 1966 zit. nach Paugam 1996, S. 9⁸) Mittels dieses Begriffs wollte Massé darauf aufmerksam machen, daß die Gesellschaft und die Fortschrittsentwicklung nicht im Stande sind, die Reproduktion sozialer Rückständigkeit gegenüber dem gesamtgesellschaftlichen Modernisierungsprozeß zu unterbrechen. Diesem Begriffsverständnis zufolge handelt es sich nicht um individuelle Probleme, die zur Rückständigkeit führen, sondern um ein soziales Phänomen, das der Funktionsweise moderner Gesellschaften und konkret den Folgen der sich in Frankreich seinerzeit rasch vollziehenden Urbanisierung und Industrialisierung entspringt. Dabei handelt es sich Lenoir zufolge nicht um ein Phänomen, daß bestimmte Gruppen, etwa, wie er schreibt, einem ,Lumpensproletariat' vorbehalten ist. Es betrifft Akteure aus allen sozialen Gruppen, die mit der rasanten Modernisierung der Gesellschaft nicht

⁷ Lenoir, René (1974): Les Exlus, un Français sur dix. Le Seuil, Paris.

⁸ Paugam, Serge (Hrsg.) (1996): L'exclusion l'état des savoirs. Éditions La Découverte, Paris.

Schritt halten können und aufgrund einer, wie die sozialstaatlichen Institutionen die Betroffenen kategorisieren, "inadaptation sociale" zu normabweichenden Randständigen werden. Hierbei handelt es sich um eine Konnotation des Exclusionbegriffs, wie sie im Gegensatz zu Lenoirs eher auf das unzureichende Arrangement staatlicher Institutionen zielender Argumentation, in liberalen und konservativen Milieus verbreitet war. Für diese Milieus stand der Begriff 'exclusion' synonym für individuelle Defizite, mangelnde Verantwortungsbereitschaft und 'imprévoyance'. Die sozial Unangepaßten wurden ausgemacht als Kinder und Jugendliche, die von der wohlfahrtsstaatlichen Fürsorge betreut wurden. Es handelte sich um Bergleute, die ihre Arbeitsplätze verloren oder zu verlieren befürchteten, Gewalttätige, Alkoholabhängige und Obdachlose.

Eine Wendung im Begriffsverständnis in die Richtung, wie der Terminus 'exclusion sociale' heute konnotiert ist, setzte Mitte der siebziger Jahre mit der wachsenden Arbeitslosigkeit infolge der ersten sogenannten 'Ölkrise' ein. Allerdings wurde der Begriff zeitweilig abgelöst durch die von staatlichen 'Rapports' aufgebrachte Wortverbindung "précarité-pauvreté", was angesichts des in den sechziger Jahren gültigen Begriffsinhalts von 'exclusion sociale' nur folgerichtig zu sein schien. Denn nun ging es nicht mehr um Unangepaßtheit gegenüber der gesellschaftlichen Modernisierung, sondern um den Ausschluß aus ihr in Form von Arbeitslosigkeit. Mit Verfestigung der Arbeitslosigkeit und der dadurch ansteigenden materiellen Armut etablierte sich in den achtziger Jahren der Begriff 'neue Armut' als Vorläufer für den am Anfang der neunziger Jahre wiederentdeckten Begriff der 'exclusion sociale'. Das Comeback dieses Terminus hat vor allem damit zu tun, daß die sozialstaatlich-karitativen Organisationen, die Sozialwissenschaftler, ebenso wie die staatliche Politik erkannten wie die Anfang der achtziger Jahre eingeführten sozialstaatlich-finanziellen Aufwendungen anstiegen. Vor allem wurde dadurch, daß das zunächst als Übergangslösung gedachte "Mindesteinkommen zur Wiedereingliederung" (RMI - Revenu Minimum d'Insertion) für die trotz wirtschaftlicher Dynamik steigende Zahl an Arbeitslosen eine Dauereinrichtung wurde. Eine Spaltung der Gesellschaft wurde unübersehbar, bei der die Marginalisierung oder Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt mit gesellschaftlicher Isolation zusammentraf und Armut sich nicht mehr nur als Rückständigkeit, sondern als ein von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung abgehängtes Phänomen darstellte.

Daß Anfang der neunziger Jahre zunächst die Politik auf den Begriff 'exclusion sociale' zurückgriff, um angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung nicht in die Defensive zu geraten und um eine adäquate Problemwahrnehmung und Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, ist nicht verwunderlich. Bereits in den sechziger Jahren war der Begriff zwischen der politischen Linken und Rechten unumstritten. Auf Basis dieses Konsenses stellt er als 'catégorie d'action publique' die adäquate Referenz dar für die jede französische Politik unterliegende Idee, die zum rhetorisch dominierenden republikanischen Prinzip der 'intégration sociale' und 'solidarité nationale' wurde. 'Exclusion sociale' steht seit den neunziger Jahren synonym für die 'rupture sociale', für den Bruch des 'lien sociale', den die Politik wieder zu schließen vorgibt. Beispielsweise führte Mitte der neunziger Jahre Jaques Chirac seine gesamte Wahlkampagne um das Präsidentenamt unter dem Slogan, der 'exclusion' den Kampf anzusagen zu wollen. Erst vor diesem Hintergrund griffen auch Sozialwissenschaftler wieder den Begriff auf - zunächst allerdings weniger, abgesehen von Julien Freund, um den Sinn dieses Terminus und dessen spezifischen Inhalt zu bestimmen. Der Begriff

wurde in der Mehrzahl der sozialwissenschaftlichen Beiträge pragmatisch und nicht hinterfragt angewendet, um die Phänomene sozialräumlicher Ausgrenzung zu beschreiben.

Dementsprechend kommt Serge Paugam in Einschätzung des heute unter dem Begriff 'exclusion sociale' verfügbaren Wissenstandes (1996) zu dem Ergebnis, daß "er zweideutig bleibt, weil ihn zum einen diejenigen verwenden, die damit konjunkturelle Fehlentwicklungen in der Gesellschaft beschreiben, die in ökonomischen und sozialen Veränderungen begründet liegen. Zum anderen steht dieser Begriff für andere Autoren für die simple Tatsache, daß sich die Segregationsmechanismen, die jeder Gesellschaft jeweils eigen sind, immer wieder reproduzieren." (Paugam 1996, S. 11) Er resümiert, "daß es keine übergreifende Definition von 'Exklusion' geben kann. Dieser Begriff ist relativ, variabel und hängt jeweils von den betreffenden Epochen und Orten ab (S. 565). Dem ist insoweit zuzustimmen, als er schreibt: "Es wäre vermessen zu versuchen eine Definition zu finden, die allgemeingültig und objektiv sein soll, ohne in die Falle zu geraten, bestimmte Bevölkerungen zu kategorisieren, von denen man weiß, daß die Grenzen, die sie von anderen sozialen Gruppen unterscheiden, niemals wirklich klar sind. Den 'l'exclu' als Phänomen ein für alle Mal gültig und nach präzisen Kriterien zu formulieren, würde neue soziale Kategorien versachlichen und stark verallgemeinern, die eigentlich sozial konstruiert sind. Auf diese Weise würde schließlich die Erwartung geschürt, daß das Phänomen der Exklusion unabhängig vom spezifischen kulturellen Kontext einer jeden Gesellschaft erforscht werden könnte." (Paugam 1996, S. 535, Übersetzung H.K.)

Doch auch wenn es gar nicht darum geht, über einen Begriff zu verfügen, der die in allen Epochen vorhandene Ausgrenzungen erfaßt, ist der Terminus 'exclusion sociale' unbestimmt und auch für den französischen Kontext angesichts seiner ursprünglichen und wechselnden Bedeutung zu vieldeutig. Gerade weil nicht bezweifelt werden kann, daß es in der französischen schon immer wie in jeder Gesellschaft Ausgrenzungen gab und gibt, so unterscheiden sich diese zwischen den Epochen, wie Paugam selbst hervorhebt. Dieser Unterschied wird mit dem Begriff 'Exclusion sociale' aber nicht deutlich. Zu berücksichtigen ist, daß die sozialwissenschaftliche Forschung ihren Erkenntnisgewinn gerade durch historische, situative, regionale, nationale und andere komperative Analysen und Aussagen bezieht und meistens erst davon profitiert, wenn deren Ertrag begrifflich manifest wird. Dies betrifft auch die Analysen und Aussagen über die historisch und situativ unterschiedlichen Phänomene in ein und demselben kulturellen Raum oder Nationalstaat.

Um Kategorisierungen zu vermeiden, die gegenüber den von Ausgrenzung betroffenen sozialen Akteuren stigmatisierend sind, muß nicht gänzlich auf eine Begriffsbildung verzichtet werden, die die spezifische Ausgrenzungssituation erfaßt und von vergleichbaren Phänomenen in anderen historischen Kontexten unterscheidbar macht. Es kommt nicht auf einen Terminus an, bei dem alle je existierenden Ausgrenzungsphänomene in ihrer Verschiedenheit unkenntlich und verwechselbar sind. Dies wäre auch der Fall, wenn Paugam es für redlich hielte, von jeder engen und verallgemeinernden Definition der 'exclusion sociale' abzusehen, sie lediglich als forschungsleitende Vokabel zu begreifen und der situativen, historischen oder gesellschaftlichen Gegebenheit entsprechend mit jeweils präzisierenden Untersuchungen zu komplettieren. Auch diese Komplettierung muß begrifflich festgehalten werden.

Da alle bislang aus der Geschichte bekannten Ausgrenzungsphänomene oder auch nur die aus den sechziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts beschriebene Rückständigkeit gegenüber der gesellschaftlichen Modernisierung ebenso wie die heute

vorhandene räumlich konzentrierte soziale Ausgrenzung ‚exclusion sociale‘ genannt werden, erweist es sich als problematisch, auch die aus dem Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsstadt hervorgehende Ausgrenzung unter dem Begriff ‚exclusion‘ zu subsumieren und dabei dem Anspruch gerecht zu werden, das Ausgrenzungsphänomen als historisch konkrete Entwicklung begrifflich festzuhalten.

Denn es ist nicht auszuschließen, daß, gerade weil Ausgrenzungssphänomene als gesellschaftliches Problem in der Perspektive eines längeren Zeithorizonts nicht an Bedeutung verloren haben, mit einem einzigen Begriff ein Rekurs von historisch für längst überholt geglaubte Interpretationen ermöglicht wird, wie das das Beispiel der synonymen Verwendung des Begriffes ‚exclusion‘ für individuelle Defizite und mangelnde Verantwortungsbereitschaft zeigt. Wie könnte dies verhindert werden, wenn doch alle Ausschließungen irgendwie ‚exclusion sociale‘ waren? Da es hier darum geht, einen Begriff zu bestimmen, der die sich im Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsstadt mit spezifischen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungsfaktoren herausbildenden Ausgrenzungssphänomene erfaßt, ist der Begriff ‚exclusion sociale‘ vor allem wegen seiner unzureichenden Bestimmung gegenüber den sich hier unter den sozialräumlichen Ausgrenzungsbedingungen entwickelnden Handlungs- und Beziehungszusammenhängen abzulehnen.

Mit dem Terminus ‚exclusion‘ wird zwar eine Positionierung der ausgegrenzten Lebensformen räumlich fixierter sozialer Lagen im überindividuellen und räumlich unspezifischen Sozialraum erfaßt. Dies geschieht insbesondere, indem der Begriff auf eine Spaltungslinie zwischen einer integrierten Kerngesellschaft und dem von ihr ausgeschlossenen Minderheiten rekuriert. Mit dem Begriff ‚exclusion‘ wird auch die Inhärenz von Ausgrenzung in einer Gesellschaft deutlich. Aber selbst wenn vom heute verbreiteten Begriffsinhalt ausgegangen wird, nach dem der Ausschluß nicht mehr als Integrationsrückstand von sozial Unangepaßten, sondern als Integrationsrückentwicklung mit den Folgen der Ausgrenzung verstanden wird, ist gar nicht bestimmt, wer sich ab wann nun alles hinter dieser Spaltungslinie verbirgt. Es ist nicht nur nicht klar, wer von den ehemals Rückständigen nun auch zur ‚exclusion sociale‘ zu zählt, und wo der Unterschied zu denen besteht, die in den siebziger Jahren und möglicherweise immer noch von einer nicht mehr neuen ‚neuen Armut‘, aber auch nicht von Ausgrenzung betroffen sind.

Mit dem Begriff ‚exclusion‘ wird die Ausschließung aus der Gesellschaft nicht als ein sich im Handeln der Akteure praktizierender und aktualisierender Beziehungszusammenhang erkennbar. Dieser Beziehungszusammenhang wird indirekt nur in der Zusammenfassung von Akteuren jenseits einer ausgrenzenden Spaltungslinie angesprochen. Dabei wäre die Interpretationsvariante der ‚exclusion‘ als Vereinzelung und Isolation angesichts der implizierten Abtrennung einer Anzahl von Akteuren innerhalb des Sozialraums genausowenig widerspruchsfrei wie eine pauschale Annahme einer Ausgegrenztenklasse. Denn dies würde nicht berücksichtigen, daß sich das Ausgrenzungssphänomen selbst aus einer sich längst nicht mehr nach dem tradierten Klassenverständnis strukturierten Gesellschaft herausbildete. Letztlich impliziert ‚exclusion‘ ein Reservoir von räumlich unspezifischen, individuell und gruppenmäßig, aufgrund unterschiedlichster Gründe vom gesellschaftlichen Mainstream ausgeschlossenen Akteuren, die nur die Ausgrenzung gemeinsam haben. In dieser Hinsicht ist Freunds Kritik beizupflichten: Der Begriff der ‚exclusion sociale‘ sei „sturée de sens, de non-sens

et de contresens. Finalement, ajoute-t-ill, on arrive à lui faire dire à peu près n'importe quoi, y compris le dépit de celui qui ne peut obtenir tout ce à quoi il prétend." (Freund in Xibberas 1993 zit. nach Paugam 1996, S. 17)

Andreas Kapphan (Berlin)

Sozialräumliche Polarisierung in Berlin seit 1990

In Berlin lassen sich in den 90er Jahren massive Veränderungen in der Sozialstruktur beobachten. Diese Veränderungen deuten auf eine Zunahme der sozialen Ungleichheiten hin, die sich zwischen den Stadtteilen und innerhalb dieser manifestieren. Die These lautet, daß die soziale Ungleichheit in Berlin in den 90er Jahren zunimmt und sich in einer verstärkten sozialräumlichen Polarisierung widerspiegelt. Damit verbunden wird in einigen Stadtquartieren eine Zuspitzung der sozialen Probleme wahrgenommen.

Die These der Zunahme sozialer und räumlicher Ungleichheit muß auf verschiedenen Ebenen untersucht werden. Zunächst wird im folgenden Beitrag dargestellt, wie sich die ökonomische Basis in Berlin verändert hat und sich daraus die Arbeitslosigkeit und die Einkommen in Berlin in den 90er Jahren entwickeln. Bei einer zunehmenden sozialen Ungleichheit müßte sich diese auch in der Entwicklung in den einzelnen Bezirken finden lassen. Angenommen wird eine Zunahme sowohl der einkommensstärkeren als auch der armen Bevölkerungsgruppen in der Stadt (soziale Polarisierung) und eine Vergrößerung der Abstände zwischen den armen und reichen Stadtteilen (räumliche Polarisierung). Da sozialräumliche Polarisierung als Prozeß verstanden wird, läßt sich weiter untersuchen, ob sich die Muster sozialräumlicher Trennung durch beobachtbare Wanderungsbewegungen verschärfen. Wenn dies der Fall ist, so laufen einige Stadtquartiere Gefahr, sich weiter „nach unten“ zu entwickeln und zu Räumen sozialer Ausgrenzung zu werden.

Ausgangspunkt der Betrachtungen zur sozialräumlichen Veränderung von Berlin ist das Jahr 1990. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde die bis dahin geteilte Stadt Berlin zum neuen Regierungssitz für ein vereinigtes Deutschland gewählt. Daran war die Erwartung an ein zügiges Wachstum geknüpft worden (vgl. Krätke 1991; Häußermann & Siebel 1991). Erwartet wurde vor allem der Zuzug von Eliten, von Regierungsbeamten und -angestellten, von den ökonomischen und politischen Machteliten, die mit ihren Verwaltungen, Körperschaften, Firmenleitungen und Unternehmen nach Berlin kommen würden. Demzufolge richtete sich die wissenschaftliche Forschung zu Beginn der 90er Jahre vor allem auf die Effekte des Bedeutungsgewinns Berlins und auf die Aufwertung von Stadtteilen. Tatsächlich verlaufen der Bedeutungsgewinn der Stadt und eine fortschreitende Verarmung von Teilen der Bevölkerung parallel. Um die Prozesse sozialräumlicher Polarisierung darzustellen möchte ich zunächst auf einige Entwicklungen auf dem Berliner Arbeitsmarkt und die Einkommensentwicklung eingehen, bevor im weiteren die Entwicklung des Wohnungsmarktes sowie die demographische Entwicklung und das Umzugsgeschehen dargestellt werden.

Entwicklungen auf dem Berliner Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt hat sich seit 1990 deutlich verändert. In West-Berlin machten sich vor allem die inzwischen gestrichenen Subventionen bemerkbar, die zu einer Konzentration von Fertigungsarbeitsplätzen in der Elektroindustrie und zu einer Konzentration der Konsumgüterindustrie geführt hatten. In Ost-Berlin galt ein Großteil der Industriebetriebe als nicht mehr wettbewerbsfähig, dem wirkte auch der Verkauf an westdeutsche Unternehmen nicht entgegen. Gemeinsam war den beiden Stadthälften eine vergleichsweise krisenanfällige und arbeitsintensive Produktionsweise, in der im Westteil auch viele gering Qualifizierte beschäftigt waren (vgl. Ellger 1995). In West-Berlin wurden zwischen 1990 und 1997 fast 35% der industriellen Arbeitsplätze abgebaut, in Ost-Berlin zwischen 1990 und 1992 ca. die Hälfte und zwischen 1992 und 1997 noch einmal über 40% (vgl. Tabelle 1).

Während industrielle Arbeitsplätze in Berlin seit der Wende abgebaut wurden, haben Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich in West-Berlin etwas zugenommen, ohne allerdings die Zahl der verlorenen Arbeitsplätze auszugleichen. Gerade der Dienstleistungsbereich bietet jedoch nicht nur gut bezahlte Arbeitsplätze für hochqualifizierte Angestellte sondern auch eine große Zahl von gering bezahlten Tätigkeiten, vom Reinigungsdienst, über das Gaststättengewerbe zum Taxifahrer, Bereiche, in denen das Einkommensniveau seit 1990 deutlich gesunken ist.

Gleichzeitig haben Dienstleistungstätigkeiten auf informeller oder illegaler Basis zugenommen, was einen Anstieg prekärer, zeitlich begrenzter Jobs bedeutet: mit flexiblen Arbeitszeiten und ohne Sozialversicherung und Garantie auf ein festes Monatsgehalt. Diese Jobs sind allerdings in der Regel in dieser Statistik nicht berücksichtigt, da hier nur die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse erfaßt sind. Über die Zunahme von Beschäftigungsverhältnissen ohne Sozialversicherungspflicht gibt es keine Daten. Da die Zahl der versicherten Beschäftigten jedoch stärker gesunken als die Zahl der Arbeitslosen gestiegen ist, läßt sich zumindest annehmen, daß ein Teil der ehemals sozialversicherten Beschäftigten in unversicherte Tätigkeiten gewechselt ist.

Durch den Wegfall von Arbeitsplätzen ist die Arbeitslosigkeit und die Sozialhilfedichte in Berlin seit 1990 deutlich angewachsen. Zwischen 1990 und 1996 stieg die Arbeitslosenquote in Berlin um 75% und lag im September 1997 bei 15,8%. Die Jugendarbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit unter Ausländern erreichte 1997 bereits 30%. Als Verlierer der Entwicklung stellten sich die Jugendlichen, die gering qualifizierten Arbeiter und Berliner ohne deutschen Paß heraus. Vor allem ausländische Jugendliche weisen eine enorm hohe Arbeitslosigkeit auf, allerdings gibt es für diese Gruppe keine Zahlen. Der Trend steigender Arbeitslosigkeit und der Wegfall von Beschäftigungsbereichen scheint in absehbarer Zeit nicht umkehrbar. Für die Arbeitslosen hat dies auch niedrigere Einkommen zur Folge. Wie sich die Einkommen der Erwerbstätigen seit 1990 entwickelt haben, soll im folgenden Abschnitt gezeigt werden.

Tabelle 1: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Berlin 1990 bis 1997

(für 1990 noch keine Zahlen für Ost-Berlin)

	1990	1992	1994	1997
Verarbeitendes Gewerbe		271.359	218.338	178.755
Ost-Berlin		68.234	53.456	42.000
West-Berlin	208.066	203.125	164.882	136.755
dav. Ausländer	40.089	34.142	24.369	18.088
Baugewerbe		112.556	118.492	102.693
Ost-Berlin		43.477	43.858	41.346
West-Berlin	57.195	69.079	74.634	61.347
dav. Ausländer	7.320	8.963	10.861	8.016
Handel		170.014	142.980	134.575
Ost-Berlin		50.843	43.131	37.987
West-Berlin	110.075	119.171	109.849	96.588
dav. Ausländer	7.194	7.457	7.245	6.399
Gebietskörperschaften/ Sozialversicherung		167.275	149.157	121.079
Ost-Berlin		86.187	70.867	54.325
West-Berlin	76.596	81.088	78.290	66.754
dav. Ausländer	7.599	7.182	5.555	2.542
Dienstleistungen¹⁾		421.419	433.618	426.999
Ost-Berlin		144.968	146.366	143.275
West-Berlin	249.630	276.451	287.252	283.724
dav. Ausländer	30.099	33.145	35.522	31.507
Insgesamt		1378.549	1294.406	1162.470
Ost-Berlin		487.142	433.808	386.034
West-Berlin	831.057	891.407	860.598	776.436
dav. Ausländer	99.458	98.639	91.659	73.601

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin

1) Dienstleistungen ohne Handel, Kreditinstitute/ Versicherungsgewerbe, Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften/ Sozialversicherungen

Tabelle 2: Arbeitslose in Berlin 1990 bis 1997

(für 1990 noch keine Zahlen für Ost-Berlin, ab 1997 keine getrennten Quoten mehr für Ost- und West)

	1990	1992	1994	1997
Arbeitslose		199.961	202.594	276.082
Ost-Berlin		89.105	74.967	104.280
West-Berlin	90.193	110.861	127.627	171.802
dav. Ausländer	14.082	24.548	28.057	40.656
Arbeitslosenquote				15,8
Ost-Berlin		13,0	12,1	
West-Berlin	9,4	11,3	13,1	
dav. Ausländer	12,2	20,8	21,7	31,9

Quelle: Landesarbeitsamt Berlin

Einkommensentwicklung

Eines der größten Probleme bei der Bearbeitung der These zur sozialen Polarisierung besteht darin, daß Einkommensdaten in Deutschland nur in recht unbefriedigender Form vorliegen. Im folgenden möchte ich zurückgreifen auf die Daten zur Einkommensentwicklung aus dem Mikrozensus. Nachteilig ist, daß die Daten in einer 1%igen Haushaltsstichprobe erhoben werden, damit einerseits kleine Schwankungen nicht interpretierbar sind und die Daten kaum kleinräumig aufbereitet werden können. Von Vorteil ist, daß die Daten jährlich erhoben werden und zeitnah zur Verfügung stehen, was bei Daten der Volkszählung und der Einkommenssteuerstatistik nicht der Fall ist. Die Daten liegen vor als Haushaltseinkommen und als Individualeinkommen. Hier sollen die monatlichen Nettoeinkommen der Erwerbstätigen untersucht werden. Dafür wurden drei Klassen gebildet. Jene, die nur sehr geringe Einkommen durch Erwerbsarbeit erzielen und weniger als 1.400 DM bekommen, eine zweite Gruppe mit durchschnittlichen Einkommen zwischen 1.400 und 3.000 DM und schließlich jene, die durch Erwerbsarbeit monatlich über 3.000 DM einnehmen.

Die Gruppe der Erwerbstätigen mit höheren Einkommen ist in Berlin in den 90er Jahren ständig gewachsen. 1991 waren es noch 17% der Erwerbstätigen, die über 3.000 DM verdienen, 1998 bereits 28%. Zurückzuführen ist dies insbesondere auf die wachsende Zahl von Besserverdienenden im Ostteil der Stadt. Im Westteil ist der Anteil zwischen 1991 (26,3%) und 1993 (32,2%) angestiegen und seitdem sehr stabil (1998: 32,4%).

Auf der anderen Seite ist zwischen 1991 und 1998 der Anteil derjenigen gesunken, die durch Erwerbsarbeit weniger als 1.400 DM im Monat verdienen. Betrachtet man

jedoch die Entwicklung über die einzelnen Jahre so stellt man fest, daß im Ostteil deren Anteil von 61% (1991) auf 15,6% (1994) gesunken und seitdem wieder auf 19% (1998) angestiegen ist. Eine ähnliche Entwicklung läßt sich auch in West-Berlin feststellen, wo der geringste Anteil 1993 mit 16% festgestellt werden konnte und 1998 wieder 18,1% weniger als 1.400 DM verdienen. Seit 1993/1994 hat also der Anteil der Geringverdiener unter den Erwerbstätigen wieder zugenommen, direkt nach der großen Entlassungswelle in den DDR-Unternehmen und nach der Angleichung der Gehälter in Ost und West-Berlin. Unter der Bedingung steigender Lebenshaltungskosten (und hierbei insbesondere der Mieten) deutet dieser Befund auf wachsende Armut hin. Die Einkommensunterschiede in Berlin sind gewachsen, die Zahl der Niedrigverdiener hat seit 1994 wieder zugenommen, die Kreis der Erwerbstätigen mit Einkommen über 3.000 DM ebenfalls.

Neben einer wachsenden Zahl von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern nimmt also auch der Anteil der Erwerbstätigen mit geringen Einkommen zu. Unter den Erwerbstätigen kommt es seit 1993/94 zu einer Polarisierung der Einkommen. Gleichzeitig lassen sich auch räumlich die Polarisierungstendenzen nachzeichnen. Jene Bezirke mit einem hohen Anteil von Niedrigverdienern befinden sich in der Innenstadt rund um den Bezirk Mitte und im Nordosten, die Bezirke mit einem hohen Anteil von Besserverdienenden im Südwesten der Stadt.

Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsmarkt

Seit 1990 blieb die Bevölkerungszahl in Berlin relativ stabil, das erwartete Bevölkerungswachstum ist nicht eingetreten. Nach einem Höhepunkt des Bevölkerungsstandes 1993 sinkt die Bevölkerungszahl seit 1994 wieder. Berlin verzeichnet wie alle Großstädte einen Sterbeüberschuß, d.h. in der Stadt werden weniger Kinder geboren als gleichzeitig Menschen sterben. Die Stadt kann ihre Bevölkerungszahl also nur halten, wenn Menschen von außerhalb in die Stadt zuwandern. Während ins Umland eine starke Abwanderung mit steigender Tendenz beobachtet werden kann, ist die Bilanz der Wanderungen mit dem restlichen Bundesgebiet für die Jahre 1991-96 gerade ausgeglichen, in den Jahren 1997 und 1998 ist wieder ein positiver Saldo zu verzeichnen. Der positive Wanderungssaldo resultiert fast ausschließlich aus der Zuwanderung aus dem Ausland, der größte Teil der Zuwanderer verfügt allerdings über ungenügende Wohnungs- und Arbeitsmarktchancen (vgl. Häußermann u.a. 1995, Kapphan 1997).

Auch zukünftig wird in Berlin mit einer Abwanderung von Familien ins Umland gerechnet, für die Zeit zwischen 1995 und 2010 prognostiziert die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie einen Wanderungssaldo für den suburbanen Raum von 210.000 Menschen. Daneben wird Berlin einen Sterbeüberschuß von 190.000 Personen bis 2010 verzeichnen. Erwartet wird im Gegenzug ein positiver Saldo gegenüber dem Bundesgebiet ohne das Umland von 220.000 Menschen, der größte Teil der Zuwanderung wird jedoch mit 225.000 bis 425.000 Personen aus dem Ausland erfolgen. (vgl. SenSUT 1997)

Tabelle 3: Wanderungsgeschehen und Einwohnerentwicklung in Berlin 1991-97

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1991-97
Fluktuation	10,6	11,2	12,0	12,8	14,2	15,2	17,5	13,3
Saldo Umland	158	-787	-3.938	-9.752	-14.522	-18.884	-28.471	-76.196
Saldo Bundesländer ohne Umland	823	-1.436	-3.031	1.356	2.304	103	1.305	1.424
Saldo Ausland	24.447	34.277	29.162	17.248	22.224	14.265	-962	140.661
Saldo insgesamt	25.428	32.054	22.193	8.852	10.006	-4.516	-28.128	65.889
Saldo pro 1000 EW	7,4	9,3	6,4	2,6	2,9	-1,3	-8,3	-19,4
Einwohner	3 443 575	3 456 891	3 461 421	3 452 284	3 446 039	3 428 644	3 387 901	-45.223
Sterbeüberschuß	- 14 977	- 18 738	- 17 663	- 17 989	- 16 251	- 12 879	- 12 615	- 111.112

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin

Die Erwartung von einem immensen Bevölkerungswachstum und die Förderung des Wohnungsbaus in Ostdeutschland über besondere Abschreibungsmöglichkeiten haben in Berlin und dem Umland zu einem Bauboom geführt. Einerseits wurden am Stadtrand eine Reihe kleinerer und größerer Neubauwohngebiete realisiert (z.B. Karow-Nord, Buchholz-West, Altglienicke), andererseits entstanden neue Siedlungen im Berliner Umland. Die Fertigstellung der Siedlungen fiel fast durchweg in die Zeit nach 1993 als die Bevölkerungszahl rückläufig war. Dies führte seit Mitte der 90er Jahre zu einem deutlichen Überangebot an Wohnraum und zu fallenden Mietpreisen im mittleren und oberen Wohnungsmarktsegment.

Auch im Wohnungsbestand fanden in den vergangenen Jahren Veränderungen statt. In der Innenstadt Ost-Berlins wurde der größte Teil des Altbau-Bestandes restituert und gleichzeitig große Sanierungsgebiete erlassen, in denen das Geld für eine öffentliche Förderung der Modernisierung des Bestandes fehlt und die Sanierung überwiegend mit privaten Mitteln durchgeführt werden muß. Durch umfangreiche Modernisierungstätigkeit ist der Bestand an unmodernisierten einfachen Altbauwohnungen in den vergangenen Jahren zurückgegangen, und durch die konstante Nachfrage nach billigem Wohnraum sind die Mietpreise in diesem Wohnungsmarktsegment in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Der soziale Wohnungsbau, der in West-Berlin 1997 30% aller Wohnungen umfaßte, wird in den nächsten fünf Jahren 15% der Wohnungen aus der Bindung verlieren. Gleichzeitig werden die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften privatisiert und damit auch dieses Wohnungsmarktsegment stärker marktwirtschaftlichen Kriterien unterworfen.

Der derzeit vergleichsweise entspannte Wohnungsmarkt aufgrund des gestiegenen Angebots an Wohnraum hat erhebliche Folgen für die Bevölkerungsverteilung, denn durch die gewonnenen Möglichkeiten können sich die Mittelschicht Haushalte einen Umzug leisten. Arme Haushalte können von diesen Möglichkeiten wahrscheinlich seltener profitieren, und auch die neu Zuziehenden füllen zunächst die Nischen, die der Wegzug von anderen geschaffen hat. Ein Teil der Berliner Bevölkerung konnte sich also v.a. seit 1994 einen neuen Wohnort wählen, hierdurch zeichnen sich gleichzeitig Muster für eine neue sozialräumliche Segregation in Berlin ab.

Wanderungsdynamik und Richtung der Umzüge in Berlin

In Berlin ist in den Jahren seit 1990 die Anzahl der Umzüge erheblich gestiegen, wie die Zahlen zur Fluktuation in Tabelle 3 belegen. Während 1990 nur ein Zehntel der Berliner jährlich umgezogen ist, sind dies im Jahr 1997 bereits mehr als jeder Sechste, bei steigender Tendenz. In den Jahren 1991 bis 1997 ist zumindest statistisch fast jeder Berliner einmal umgezogen.

Das höchste Wanderungsvolumen verzeichnen die westberliner und ostberliner Innenstadtquartiere. Hier ziehen jährlich zur Zeit ein Fünftel der Bewohner um. Die Wanderungen zeigen grundsätzlich die Tendenz der Entdichtung der Innenstadt, also Randwanderung und Suburbanisierung. Insbesondere die innerstädtischen Gebiete Ost-Berlins verlieren an Einwohnern, gefolgt von den Innenstadtgebieten West-Berlins und den Großsiedlungen in Ost-Berlin.

Die Abwanderung ins Umland hat sich seit Anfang der 90er Jahre jährlich erhöht. Allein zwischen 1994 und 1997 haben sich die Wanderungsverluste verdreifacht. Am stärksten ist der Ostteil der Stadt betroffen, vor allem die Großsiedlungen, in denen sich das Umland direkt „vor der Haustür“ befindet. Besonders hohe Abwanderungsraten zeigen sich jedoch auch in den ostberliner Innenstadtgebieten. Die Umlandwanderungen spielen für West-Berlin bisher keine große Rolle. Erstmals 1997 haben auch einige innerstädtische Quartiere West-Berlins hohe Abwanderungsquoten.

Die unterschiedliche sozialstrukturelle Auswirkung dieser Wanderungsvorgänge auf die Stadtteile läßt sich gut an den Umzügen von Erwerbstätigen zeigen. Mit der An- und Abmeldung beim Einwohnermeldeamt wird auch erfaßt, ob die umziehende Person zum betreffenden Zeitpunkt erwerbstätig ist. In Tabelle 4 werden die Wanderungsverluste und -gewinne von Erwerbstätigen dargestellt. Die These der sozialen Selektivität von Wanderungsprozessen läßt sich anhand der Daten zu den Umzügen Erwerbstätiger belegen.

Wanderungsgewinne von Erwerbstätigen verzeichnen 1994 bis 1997 in Berlin fast ausschließlich Gebiete außerhalb der Innenstadt, wogegen die Innenstadtgebiete durch die Wanderungen Erwerbstätige verlieren. Einige innerstädtischen Gebiete wie auch die randstädtischen Großsiedlungen im Ostteil verlieren jährlich über einen Prozentpunkt an Erwerbstätigen. Von dieser Entwicklung profitieren vor allem die Randgebiete, in denen nach 1990 Neubaugebiete ausgewiesen wurden bzw. eine Nachverdichtung stattfand. Aber auch die statushöheren Gebiete z.B. im Südwesten Berlins, gewinnen an Erwerbstätigen und damit auch an Kaufkraft durch die Wanderungsvorgänge.

Tabelle 4: Wanderungssaldo der Erwerbstätigen pro 1000 Einwohner

	1994	1995	1996	1997	1994-1997 pro Jahr
Westliche Innenstadt	-2,7	-5,2	-6,5	-9,0	-5,9
Östliche Innenstadt	-3,0	-6,3	-10,3	-12,0	-7,8
Westliche Außenbezirke	2,7	4,6	3,2	0,6	2,8
Östliche Außenbezirke	4,1	2,8	0,7	-2,5	2,4
Berlin gesamt	1,1	0,4	-1,4	-4,0	-0,6

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin, eigene Berechnungen

Die Umzüge von Erwerbstätigen sind der beste Indikator zur sozialstrukturellen Veränderung der Bevölkerung, der bei den Wanderungsdaten zur Verfügung steht. Der Saldo der Erwerbstätigen muß jedoch dann als unbefriedigend angesehen werden, wenn die allgemeinen Wanderungsverluste so hoch sind, daß damit auch ein Verlust bei den Erwerbstätigen einher gehen muß. Doch auch wenn diese Effekte bereinigt werden zeigt sich, daß die Innenstadtgebiete und Großsiedlungen nicht nur absolut an Erwerbstätigen verlieren, sondern daß sich unter den Fortziehenden auch prozentual mehr Erwerbstätige befinden als unter den Zuziehenden. Diese Entwicklung ist für einige Siedlungen bereits durch detailliertere Studien belegt worden (vgl. Weeber+ Partner 1996). Hier wird deutlich, daß die Bewohner, die in den vergangenen Jahren zugezogen sind zu einem höheren Anteil arbeitslos waren, Sozialhilfe bezogen und auch ein niedrigeres Durchschnittseinkommen aufweisen.

Effekte für die Stadtquartiere

Die Innenstadtgebiete West-Berlins sind bereits seit längerem von einem hohen Anteil von Armen, Auszubildenden und Ausländern bewohnt. Immer mehr Haushalte leben in Armut.. Durch den Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt ist die Arbeitslosigkeit vor allem bei Ausländern stark gestiegen, die sich in der westberliner Innenstadt konzentrieren. Deren Anteil an der Bevölkerung beträgt hier meist über 30%, unter den Jugendlichen sind es knapp 50%. Entsprechend deutlich ist deren Präsenz auf der Straße, in der Schule, in Kinder- und Jugendeinrichtungen. Der hohe Ausländeranteil ist für viele deutsche Familien Anlaß für einen Wegzug. Zurück bleiben jene Bevölkerungsgruppen, die sich einen Fortzug nicht leisten können. Das sind nicht nur Ausländer sondern auch eine große Zahl von Personen, die in den 80er Jahren einen vermeintlich sicheren Arbeitsplatz besaßen, doch nun zu den Verlierern der Wende gehören. Heute liegt die Arbeitslosenquote West-Berlins über jener von Ost-Berlin. Die be-

reits heute sehr problematische Situation wird durch die Selektivität der Umzüge noch verschärft.

Im sozialen Wohnungsbau und den Großsiedlungen Ost-Berlins findet durch das neue Wohnungsangebot ebenfalls ein selektiver Austauschprozeß statt, der nur schwerlich umkehrbar ist. Die Fluktuation und der Leerstand sind seit 1990 auf das Dreifache gestiegen und die neuen Bewohner sind zu einem höheren Prozentsatz arbeitslos und haben ein niedrigeres Einkommen als die neu Zuziehenden. Im sozialen Wohnungsbau und den Großsiedlungen Ost-Berlins könnten in Berlin derzeit jene Probleme entstehen, die für andere Großsiedlungen in Westdeutschland, in den Niederlanden oder Frankreich bereits in den 80er Jahren typisch waren, in Berlin aber damals noch nicht bestanden. Sowohl in West- wie auch in Ost-Berlin waren die Großsiedlungen aufgrund fehlender Alternativen die Wohngebiete der städtischen Mittelschichten.

In einigen Gebieten der ostberliner Innenstadt haben in den vergangenen Jahren ebenfalls Entwicklungen begonnen, die auf einen tiefgreifenden sozialen Wandel „nach unten“ hinauslaufen. Aufgrund der neuen Möglichkeiten, die der Wohnungsmarkt bietet, lösen sich in Ost-Berlin die sozialistischen Segregationsmuster auf, die stark nach demographischen Merkmalen und weniger nach sozio-ökonomischen Merkmalen strukturiert waren. Die sozialräumliche Trennung von Bevölkerungsgruppen hat dort erst angefangen, das Tempo der Veränderungen und sozialräumlichen Polarisierungsprozesse ist enorm und stetig steigend. Die selektiven Wanderungsprozesse setzen sich beschleunigt fort. Die in den ostberliner Altbauquartieren zu beobachteten Prozesse sind nicht einheitlich. Da vor allem Familien der Mittelschicht die Gebiete verlassen, zeichnet sich auch eine Polarisierung der sozialen Lagen in den Bezirken ab. Die Entwicklung läuft in die Richtung einer kleinräumigen sozialen Ausdifferenzierung, ein räumliches Nebeneinander von Inseln der Gentrification und Pockets of Poverty.

Fazit

Die hier vorgestellten Materialien zeigen, daß in Berlin in den 90er Jahren eine zunehmende soziale Spaltung zu beobachten ist, die sich durch räumliche Segregation verstärkt. Die These der sozialräumlichen Polarisierung der Bevölkerung als zunehmende soziale und räumliche Ungleichheit konnte also belegt werden. Hervorgerufen wurde diese Entwicklung durch einen massiven Arbeitsplatzabbau, eine Spreizung der Einkommen und einen entspannten Wohnungsmarkt, der die Möglichkeit zum Umzug und damit zu einer Verschärfung sozialräumlicher Unterschiede bot.

Die Folge dieser Polarisierung ist die Entstehung von Quartieren, in denen sich soziale Problemlagen konzentrieren. Insbesondere in einigen west-berliner Innenstadtkartieren hat die Problemkonzentration bereits kritische Ausmaße erreicht (vgl. Häußermann u.a. 1998). Die Tendenz der sozialen Entmischung ist in diesen Quartieren sehr deutlich, Gewalt und Aggression, Verfall und Armut sind spürbar. Auffällig ist, daß die Quartiere, die nach allgemeiner Einschätzung als besonders problematisch gesehen werden, durch eine Vielzahl von offenen Konflikten zwischen verschiedenen Bewohnergruppen geprägt sind. Diese Konflikte werden ganz überwiegend in den öffentlichen Räumen der Quartiere ausgetragen. Die Stadt hat darauf mit dem Instru-

ment des Quartiersmanagement reagiert, mit dem seit Herbst 1998 in einigen besonders problembehafteten Stadtteilen begonnen wurde.

Bisher fehlen detaillierte Studien über die Entwicklung der sozialen Lage von Haushalten in diesen Quartieren und über die Effekte, die die Konzentration von Armut auf die Bewohner haben. In einem gerade begonnenen Projekt werden wir je ein Quartier im Altbaubereich von Neukölln und in der Großsiedlung Marzahn in den folgenden zwei Jahren eingehender untersuchen. Hiervon erwarten wir zusätzliche Erkenntnisse über die Effekte sozialräumlicher Polarisierungsprozesse auf die Bewohner in den Stadtteilen mit besonders problematischen sozialstrukturellen Entwicklungen.

Literatur:

- Ellger, C. 1995: Zwischen Hauptstadtboom und Niedergang: zur Entwicklung Berlins in den 90er Jahren. In: Hofmeister, B.; Voss, F. (Hrsg.): Exkursionsführer zum 50. Deutschen Geographentag. Berliner Geographische Studien Bd. 40, S.25-35
- Häußermann, H. 1997: Berlin: Lasten der Vergangenheit und Hoffnungen der Zukunft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 17/97, S. 10-19
- Häußermann, H.; Siebel, W. 1991: Berlin bleibt nicht Berlin. In: Leviathan, Nr. 3/91, S. 353-371
- Häußermann, H.; Kapphan, A.; Münz, R. 1995: Migration. Berlin: Zuwanderung, gesellschaftliche Probleme, politische Ansätze. Berlin: Kulturbuchverlag
- Häußermann, H.; Kapphan, A.; Mersch, G.; Speckmann, C. 1998: Sozialorientierte Stadtentwicklung. Berlin: Kulturbuchverlag
- IfS - Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH 1995: Mieterbarometer Marzahn. Befragung der Mieter der Wohnungsbaugesellschaft Marzahn 1995. Berlin: IfS
- Kapphan, A. 1997: Zuwanderung, Arbeitsmarkt und ethnische Gewerbe. Selbständige Gewerbetreibende aus der ehemaligen Sowjetunion in Berlin. In: Oswald, I.; Voronkov, V. (Hrsg.): Post-sowjetische Ethnizitäten. Ethnische Gemeinden in St.Petersburg und Berlin/Potsdam. Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, S. 189-212
- Krätke, S. 1991: Berlins Umbau zur neuen Metropole. In: Leviathan, Nr. 3/91, S. 327-351
- SenSUT/ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie 1997: Bevölkerungsprognose für Berlin bis zum Jahr 2010. Berlin: Kulturbuchverlag
- Weeber + Partner - Institut für Stadtplanung und Sozialforschung 1996: Fluktuation in Marzahn und soziale Auswirkungen. Berlin (im Auftrag der Plattform Marzahn)

Adressen:

Dr. Peter Bremer
 Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
 FB 3: Institut für Soziologie
 Arbeitsgruppe Stadtforschung
 Postfach 2503
 26111 Oldenburg
 e-mail: bremer@psychologie.uni-oldenburg.de

Dr. Norbert Gestring
 Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
 FB 3: Institut für Soziologie
 Arbeitsgruppe Stadtforschung
 Postfach 2503
 26111 Oldenburg
 e-mail: gestring@psychologie.uni-oldenburg.de

Prof. Dr. Hartmut Häußermann
 Humboldt Universität
 Institut für Sozialwissenschaften
 Unter den Linden 6
 10099 Berlin
 e-mail: hartmut.haeussermann@sowi.hu-berlin.de

Andreas Kapphan
 Humboldt Universität
 Institut für Sozialwissenschaften
 Unter den Linden 6
 10099 Berlin
 Dorotheenstr. 26
 10117 Berlin
 e-mail: andreas.kapphan@sowi.hu-berlin.de

Dr. Rolf Keim, Dr. Rainer Neef
 Universität Göttingen
 Soziologisches Seminar
 Platz der Göttinger Sieben 3
 37073 Göttingen

Holger Kuhle
 c/o Prof. Dr. Hartmut Häußermann
 Humboldt Universität
 Institut für Sozialwissenschaften
 Unter den Linden 6
 10099 Berlin
 e-Mail: holger.kuhle@berlin.de

Dr. Klaus Kuhm
 Universität Bremen (KUA)
 ZWE 'Arbeit und Region'
 Postfach 330 440
 28334 Bremen
 e-mail: kkuhm@kua.uni-bremen.de

Dr. Rosemarie Sackmann
 Universität Bremen
 FB 8: Institut für Interkulturelle und Internationale Studien
 Postfach 330 440
 28334 Bremen
 e-mail: sackmann@barkhof.uni-bremen.de

Thomas Schwarzer
 Universität Hannover
 agis
 An der Christuskirche 18
 30167 Hannover
 e-mail: t.schwarzer@mbox.agis.uni-hannover.de

Dr. Bertholt Vogel
 SOFI
 Friedländer Weg 31
 37085 Göttingen
 e-mail: bvogel2@gwdg.de

II. Literaturhinweise

Gesamthochschule Kassel



UNIVERSITÄT

Fachbereich Stadtplanung, Landschaftsplanung
 Infosystem Planung
 Henschelstr. 2, 34109 Kassel
 Tel. 0561/804-2016 oder 2306, Fax 0561/804-2232
 e-mail: info@isp.uni-kassel.de

Planerinnenreader 1998

1978-1998: Zurück oder vor?

Dokumentation der 4. Planerinnentagung Kassel

Hrsg. Stephanie Bock, Heidrun Hubenthal

Heft 135/ ISBN 3-89117-112-9

Zwanzig Jahre frauenspezifische Diskussion in Architektur und Planung und eine Vielzahl darauf aufbauender Erkenntnisse und praktischer Ergebnisse waren der Anlaß für die Durchführung der 3. Kasseler Planerinnentagung, die in diesem Band dokumentiert wird. Die zentrale Frage der Tagung lautet: Sind feministische Inhalte in den Planungsprofessionen überholt, antiquiert und für die Fachdiskussion uninteressant geworden? Sind neue Ideen, andere und radikalere notwendig? In Vorträgen und Arbeitsgruppen wird Bilanz gezogen, werden Positionen bestimmt sowie zukünftige Ziele und weitere Strategien festgelegt. Die Standortbestimmung erfolgt sowohl aus theoretischer Sicht als auch aus praktischen Planungsansätzen heraus. Kassel 1999.

Wohnungspolitik in der alten Frauenbewegung

Ulla Terlinden, Susanne Grieser, Bettina Roß

Heft A 137/ ISBN 3-89117-113-7

Wesentliche Wohn- und Siedlungsformen im 20. Jahrhundert hatten ihre Ausgangspunkte in den politischen Debatten, Initiativen und Bewegungen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Ob in der sich damals entfaltenden alten deutschen Frauenbewegung eine wohnungs- und siedlungspolitische Debatte geführt wurde und welche Themen dabei im Vordergrund standen waren Fragen, denen in dem Forschungsvorhaben nachgegangen wurde. Anhand der Auswertungen der Zeitschriften der alten deutschen Frauenbewegung ließ sich eine engagiert und mit eigenständigen thematischen Schwerpunkten geführte Diskussion rekonstruieren, die neue Einsichten in die Lösung der "Wohnungsfrage" vermittelt und den Beitrag der alten deutschen Frauenbewegung zu den großen Reformvorhaben darstellt. Der Band ist die überarbeitete Fassung des Abschlußberichtes eines Forschungsprojektes, das vom Land Hessen gefördert wurde. Er ist untergliedert in einen umfassenden Auswertungsteil und einen umfangreichen Materialteil. Kassel 1999 (410 S.).

Vorwort	7
Einleitung	8

Wohn- und Siedlungspolitik in der alten deutschen Frauenbewegung

Zusammenfassende Auswertung	12
Anlage 1: Zeitschriftenliste	33
Anlage 2: Graphik "Erscheinungszeiträume der Zeitschriften"	40

Anlage 3: Auswertung der Zeitschriften	41
--	----

Zeitschriften der bürgerlichen Frauenbewegung

Zeitschriften des gemäßigten Flügels	41
Neue Bahnen – Organ des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins 1866–1919	41
1. Wohnreform	41
2. Architektinnen	51
3. Wohnprojekte für Frauen	52
4. Hauswirtschaft	61
5. Gartenbau und Gartenstadt	72
6. Wohnkultur	77
7. Zusammenfassung	77

Die Frau in der Gemeinde – Monatsblatt des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins 1920

1. Wohnungsaufsicht und Hauswirtschaft	80
2. Zusammenfassung	81

Die Frau – Monatszeitschrift für das gesamte Frauenleben 1893–1944

Teil I (1893–1919)	82
1. Wohnreform	82
2. Architektinnen	90
3. Hauswirtschaft	91
4. Wohnkultur	99
5. Wohnprojekte für Frauen	100
6. Gartenbau und Gartenstadt	103
7. Zusammenfassung	104

Teil II (1919–1933)

1. Wohnreform	108
2. Architektinnen	114
3. Hauswirtschaft	115
4. Wohnkultur	131
5. Wohnprojekte für Frauen	132
6. Gartenstadt und Siedlung	136
7. Zusammenfassung	137

Zeitschriften des Bundes Deutscher Frauenvereine	140
Centralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine 1899–1912/13	140
1. Wohnreform	140
2. Die "Frauengruppe für Bodenreform"	146
3. Hauswirtschaftsgenossenschaften und Einküchenhäuser	148
4. Wohnprojekte für Frauen	152
5. Berufstätigkeit im Baubereich	154
6. Stadtlucht und Gartenbau	155
7. Hauswirtschaft	157
8. Zusammenfassung	165
Die Frauenfrage – Zentralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine 1913/14–1921	168
1. Wohnreform	168
2. Wohnprojekte für Frauen	174
3. Berufstätigkeit im Baubereich	176
4. Gartenbau	177
5. Hauswirtschaft	179
6. Zusammenfassung	187
Nachrichtenblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine 1922–1933	191
1. Wohnreform und Rationalisierung	191
2. Wohnprojekte für Frauen	193
3. Siedlungen	196
4. Hauswirtschaftliche Professionalisierung	197
5. Zusammenfassung	200
Jahrbuch des Bundes Deutscher Frauenvereine 1912–1932	203
1. Hauswirtschaft	203
2. Wohnreform	205
3. Zusammenfassung	208
Zeitschriften des fortschrittlichen (radikalen) Flügels	212
Frauenwohl. Zeitschrift für Fraueninteressen 1893–1894	212
1. Gartenbau	212
2. Hauswirtschaft und Heime	213
3. Zusammenfassung	216
Die Frauenbewegung – Revue für die Interessen der Frauen – Publikationsorgan der fortschrittlichen Frauenbewegung 1895–1919	217
Teil I (1895–1913)	217
1. Hauswirtschaft und Konsumgenossenschaften	217
2. Einküchenhäuser	222
3. Gartenbau	226
4. Frauenstudium an technischen Hochschulen	227
5. Hausbesitz	228
6. Wohnreform	229
7. Gartenstadt	239
8. Wohnprojekte für Frauen	240
9. Zusammenfassung	241

Teil II (1914–1919)	245
1. Hauswirtschaft	245
2. Architektinnen	248
3. Wohnreform	248
4. Gartenstadtbewegung	250
5. Wohnprojekte für Frauen	251
6. Zusammenfassung	251
Frauenstimmrecht / Die Staatsbürgerin. Monatshefte / Monatsschrift des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht 1912/13–1919/20	253
1. Wohnreform	253
2. Hauswirtschaft	256
3. Zusammenfassung	257
Die Frau im Staat. Eine Monatsschrift 1919–1933	259
1. Genossenschaftliche Wohnformen	259
2. Hauswirtschaft	261
3. Zusammenfassung	264
Frauenkapital – eine werdende Macht. Wochenschrift für Volkswirtschaft, Frauenbewegung und Kultur 1914–1915	266
1. Wohnreform	266
2. Wohnprojekte für Frauen	267
3. Haus- und Grundbesitz	269
4. Hauswirtschaft	272
5. Zusammenfassung	274
Zeitschriften der sozialistischen Frauenbewegung	277
Die Arbeiterin – Zeitschrift für die Interessen der Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes. Organ aller auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinigungen der Arbeiterinnen 1890–1891	277
1. Wohnstruktur der Arbeiterschaft	277
2. Hauswirtschaft	278
3. Zusammenfassung	280
Die Gleichheit	281
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen 1892–1916/17 Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen 1917/18–1918/19 Zeitschrift für die Frauen der SPD Deutschlands 1920–1923 Teil I (1892–1916/17)	281
1. Wohnreform	281
2. Wirtschafts-, Baugenossenschaften und Kriegerheimstätten	287
3. Wohnkultur	293
4. Hauswirtschaft	294
5. Zusammenfassung	298

Teil II (1917/18–1923)	302
1. Wohnreform	302
2. Wohnkultur	306
3. Heime für Arbeiterinnen	306
4. Hauswirtschaft	307
5. Zusammenfassung	310
Die Genossin. Informationsblatt der weiblichen Funktionäre der SPD 1924–1933	313
1. Hauswirtschaft	313
2. Wohnreform	318
3. Zusammenfassung	324
Frauenwelt – Eine Halbmonatsschrift 1924–1933	329
1. Hauswirtschaft	329
2. Wohnreform	333
3. Zusammenfassung	340
Anlage 4: Literaturliste	342
Anlage 5: Zitierweise und Zeitschriftenkürzel	346
Anlage 6: Schlagwörter und Hilfe zur Benutzung der Datenbank suchdat,	347

Klaus M. Schmals (Hg.) Was ist Raumplanung?

EDITORIAL

Klaus M. Schmals

Raumplanung im Umbruch - Von der technokratischen zur zivilgesellschaftlichen Raumplanung? 7

KAPITEL I:

RAUMPLANUNG IN HISTORISCHER, POLITISCHER UND KONZEPTIONELLER PERSPEKTIVE

Gerd Albers

Wie sähe heute das Gründungskonzept einer Raumplanungsfakultät aus? Betrachtungen eines Dortmunder „Gründervaters“ 28

Christoph Zöpel

Die politische Relevanz der Raumplanung für unsere Zukunft 42

Ruth Becker

Frauenforschung in der Raumplanung - Versuch einer Standortbestimmung 58

Ursula von Petz

Raumplanung und „Moderne“ - Nicht nur retrospektive Ansichten zur Genese einer Disziplin 75

Gabriele Sturm

Zur Dialektik des Raumes in der Raumplanung 91

Benjamin Davy

Boden und Planung - Zwischen Privateigentum und Staatsintervention 101

Michael Krautzberger

Brauchen wir noch Raumordnungspolitik? 123

KAPITEL II:

NEUE PLANUNGSKULTUREN ZWISCHEN GLOBALISIERUNGS- UND DEREGULIERUNGSPROZESSEN

Heinrich Schoof

Wechselnde Perspektiven in Ausbildung und Beruf von Raumplaner/inne/n 132

Klaus R. Kunzmann

The Future of Planning Education in Europe 140

Gerd Held

Deregulierung und städtische Zentralität - Die Aktualität des Ordnungsfaktors „Raum“ 145

Michael Wegener <i>Raumplanung als Systemrationalität - oder die Rettung der Raumplanung durch die Ökologie</i>	165
Hermann Bömer <i>Ökologische und soziale Krisen: Entwicklungstendenzen der politischen Ökonomie und ihre Bedeutung für die Raumplanung - Anmerkungen zur Diskussion</i>	173
Volker Kreibich <i>Informelle Planung?</i>	189
Klaus Selle <i>Neue Planungskultur - Raumplanung auf dem Weg zum kooperativen Handeln?</i>	210
KAPITEL III: MIT DEM WANDEL DER GESELLSCHAFT ENTSTEHEN AUCH NEUE AUFGABENFELDER UND SICHTWEISEN IN DER RAUMPLANUNG	
Ekhart Hahn <i>Ökologischer Stadtbau und postindustrielle Segelschifftechnologien</i>	228
Karl-Jürgen Krause <i>Der Umgang mit Geschichte - Eine kulturelle Grundvoraussetzung der Raumplanung</i>	251
Christian Frey/Ingo Kronenberg <i>Mediation - der Anfang vom Ende der Raumplanung?</i>	263
Helmut Jenkis <i>Wohnungs- und Stadtbauwirtschaft als Elemente der Raumplanung - Ein sozial-ökonomischer Ansatz</i>	276
Ilona Koch/Anja Littig <i>Geht es auch anders? Frauenplanung von Planungsfrauen</i>	297
Peter Hansen <i>Raumplanung aus der Sicht eines Planungsumsetzers - Kommentar eines Wohnungswirtschaftlers</i>	312
Christine Bauhardt <i>Dominanzen, Differenzen, Dissonanzen - Geschlechterverhältnisse und räumliche Planung</i>	320
EIN AUSBLICK	
Heinz-Jürgen Brenin <i>Was ist Raumplanung? - Nun ist das Geheimnis, was Raumplanung ist, gelüftet</i>	331
<i>Anmerkungen zu den Autor/inn/en</i>	342

Auszug aus den „Schnellinformationen“ des BBR über neu erworbene Literatur

- Streich, Bernd (Hrsg.); Köter, Theo (Hrsg.)**
Planung als Prozeß. Von klassischem Denken u. Zukunftsentwürfen im Städtebau. Festschrift für Klaus Borchard zum 60. Geburtstag. Bonn: Bouvier 1998. 388 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Planung, Planungsprozeß, Raumplanung, Städtebau, Ländlicher Raum, Naturschutz, Ökologie, Planungsrecht, Informationswissenschaft, Stadtplanung, International
BfLR; B 13 819
- Ottvad, Adrian; Linnartz, Edith**
Institut für Wirtschaft und Gesellschaft, Bonn (Bearb.); IWG Bonn (Verw.)
Föderaler Wettbewerb statt Verteilungsstreit. Vorschläge zur Neugliederung der Bundesländer u. zur Reform des Finanzausgleichs. Frankfurt/M.: Campus Verl. 1997. 239 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.
Föderalismus, Bundesland, Regionale Disparität, Länderfinanzausgleich, Raumgliederung, Gebietsreform, Finanzreform
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; A 13 478
- Häußermann, Hartmut (Hrsg.)**
Großstadt. Soziologische Stichworte.
Opladen: Leske u. Budrich 1998. 335 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Terminologie, Stadtsoziologie, Sozialwandel, Großstadt, Segregation, Lebensstil, Stadtökonomie, Wohnen
BfLR; B 13 853
- Göschel, Albrecht (Hrsg.); Kirchberg, Volker (Hrsg.)**
Kultur in der Stadt. Stadtsoziologische Analysen zur Kultur. Zus. dt.
Opladen: Leske u. Budrich 1998. 256 S., Abb.; Lit.
Kultur, Kunst, Urbanität, Sozialwandel, Segregation, Stadtsoziologie, Öffentliche Sicherheit, Architektur, Lebensstil, Kulturpolitik, Regional
Bundesrepublik Deutschland, USA, Frankreich
BfLR; A 13 485
- Walcha, Henning (Hrsg.); Dreesbach, Peter-Paul (Hrsg.)**
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin (Hrsg., Verant.); Commerzbank AG, Frankfurt/Main (Verant.)
Metropolen im Wettstreit. Stadtpolitik zwischen Krisenmanagement u. Zukunftsgestaltung. Internationale Konferenz im Neuen Hochhaus der Commerzbank AG, Frankfurt am Main, Sept. 1997. Dokumentation. Dt.; engl.=Metropolis in competition. Urban politics . crisis management creating the future; Paralleltitel, engl.
St. Augustin 1997. 88 S., Abb., Tab.; Lit.
Kommunalpolitik, International, Stadtentwicklung, Stadtökonomie, Großstadt, Wirtschaftskooperation, Verkehrsinfrastruktur, Wettbewerb, Zukunft
Bundesrepublik Deutschland, Europa, Manila, Philippinen
BfLR; C 26 316
- Nutz, Manfred**
Stadtentwicklung in Umbruchsituationen, Wiederaufbau u. Wiedervereinigung als Stressfaktoren der Entwicklung ostdeutscher Mittelstädte, ein Raum-Zeit-Vergleich mit Westdeutschland.
Stuttgart: Steiner 1996. 242 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit. Köln, Univ., Habil.-Schr., 1997=Erkundl. Wissen. H. 124
Stadtentwicklung, Stadtplanung, Mittelstadt, Städtebaupolitik, Städtebaurecht, Einzelhandel, Regional, Planungsgeschichte
Anklam, Halberstadt, Ostdeutschland, Nordrhein-Westfalen, Bundesrepublik Deutschland
BfLR; X 378/39
- Siedler, Wolf Jobst**
Phoenix im Sand. Glanz und Elend der Hauptstadt.
Berlin: Propyläen 1998. 279 S., Abb.; Lit.; Reg.
Städtebau, Stadtgestaltung, Architektur, Stadtgeschichte, Hauptstadt
Berlin, Deutschland
BfLR; B 13 816
- Spiegel, Erika**
Großstadregionen im Wandel: funktionale Verdichtung – Bewußtseinsbildung – bürgerliche Mitwirkung.
In: Raumordnung in der Region Frankfurt am Main. Hrsg.: Amt f. Kommunale Gesamtentwickl. u. Stadtplanung d. Stadt Frankfurt/Main. Frankfurt/M. 1998. S. 28-33, Lit.
Stadtregion, Großstadt, Regionalentwicklung, Siedlungsstruktur, Regionalplanung. Räumliche Identität, Partizipation
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; C 26 457
- Interaktive Politik in Europa: Regionen im Netzwerk der Integration.**
Opladen: Leske u. Budrich 1998. 309 S., Abb.; Tab.; Lit.=Gesellschaftspolitik u. Staatstätigkeit. Bd. 12
Politik, International, EU, Region, Staat, Föderalismus, Regionalisierung, Kooperation, Politikwissenschaft
BfLR; A 13 315
- Csefalvay, Zoltan**
Aufholen durch regionale Differenzierung? Von der Plan- zur Marktwirtschaft – Ostdeutschland u. Ungarn im Vergleich.
Stuttgart: Steiner 1997. XIII, 235 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Erkundl. Wissen. H. 122
Wirtschaftsentwicklung, Strukturwandel, Planwirtschaft, Marktwirtschaft, Arbeitsmarkt, Regionalökonomie, Modell
Ostdeutschland, Ungarn
BfLR; X 378/38

Dörhöfer, Kerstin; Terlinden, Ulla

Verortungen. Geschlechterverhältnisse u. Raumstrukturen.
Berlin: Birkhäuser 1998. 212 S., Abb.; Lit.=Stadtforsch. aktuell. Bd.66
Frau, Mann, Raum, Raumstruktur, Wohnung, Siedlungsstruktur, Planung
BfLR, A 13 420

Friedrichs, Jürgen (Hrsg.); Lepsius, M. Rainer (Hrsg.); Mayer, Karl Ulrich (Hrsg.)

Die Diagnosefähigkeit der Soziologie. Zus. dt.
Opladen: Westdt. Verl. 1998. 453 S., Lit.=Kölner Z.f.Soziol.u.Sozialpsychol. S.-H.38
Soziologie, Sozialwandel, Demokratie, Bildung, Arbeit, Sozialstruktur, Wertvorstellung, Familie, Frau, Umwelt, Volksgruppe
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; B 13 802

Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Arbeitsausschuß „Grundsatzfragen der Verkehrsplanung“, Köln (Bearb., Hrsg.)

„Schnelle Orte“ – „Langsame Orte“. Zur Berücksichtigung von Zeit, Raum u. Geschwindigkeit in der Stadt- u. Verkehrsplanung.
Köln: FGSV Verl. 1996. 45 S.; Lit.=FGSV-Arbeitspapier. Nr.43
Raummobilität, Verkehrsverhalten, Fahrzeit, Raumentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; C 26 361

Egeln, Jürgen (Hrsg.); Seitz, Helmut (Hrsg.)

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH –ZEW–, Mannheim (Hrsg.)

Städte vor neuen Herausforderungen.
Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998. 242 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Wirtschaftsanalysen. Schriftenr.d.ZWE. Bd.28
Stadtregion, Verdichtungsraum, Strukturwandel, Sozialwandel, Regional, Stadtkonomie, Telekommunikation, Erreichbarkeit, Standortfaktor, Abgrenzung
Bundesrepublik Deutschland, Ostdeutschland, Berlin, Europa
BfLR; B 13 799

Maretzke, Steffen; Strubelt, Wendelin

Die deutsche Einheit. Neue Herausforderung für die Raumordnung. Text dt.; engl.=German unity. New challenges for regional planning; Paralleltitel, engl.
In: Bau und Raum. Jahrbuch 1998. Hrsg.: Bundesamt f.Bauwesen u.Raumordn., Bonn. Ostfildern: Hatje 1998. S.48-57, Abb.; Lit.
Raumentwicklung, Raumordnung, Regionale Disparität, Bevölkerungsentwicklung, Arbeitsmarkt, Zukunft
Ostdeutschland
BfLR; Y 1038/1

Kabisch, Sigrun; Bamberg, Annett

Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Leipzig (Hrsg.); Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Projektbereich Urbane Landschaften, Leipzig (Hrsg.)
Interdependenzen von gebaulter, sozialer und natürlicher Umwelt und deren Einfluß auf Wohnzufriedenheit und Selbsthaftigkeit. Quartiersbezogene stadtsoziologische Untersuchungen in Leipzig-Stötteritz im Rahmen des Themenschwerpunktes „Sozialräumliche Differenzierung u. stadtoökologischer Strukturwandel“.
Leipzig 1998. ca. 123 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=UFZ-Bericht Nr. 9-1998/Stadtoökol.Forsch. Nr. 15
Stadtquartier, Wohnwert, Regional, Wohnungsmobilität, Sozialstruktur, Wohnumfeld, Stadtsoziologie, Befragung, Themakarte
Leipzig-Stötteritz
BfLR; C 26 443

Boesler, Klaus-Achim (Hrsg.); Heinritz, Günter (Hrsg.); Wießner, Reinhard (Hrsg.)

Deutsche Gesellschaft für Geographie (Aufr.); Deutscher Geographentag/51, 1997, Bonn (Veranst.)
Europa zwischen Integration und Regionalismus.=Europa in einer Welt im Wandel. 51. Deutscher Geographentag Bonn. Band 4; Gesamttitel
Stuttgart: Steiner 1998. 212 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Tagungsber.u.wiss.Abhandlungen
Region, Staat, Regionalismus, Räumliche Identität, Bevölkerungswanderung, International, Regionalpolitik, Regionale Disparität, Arbeitsmarkt, Ländlicher Raum
Europa
BfLR; X 99/25d

Bourdieu, Pierre; Steinrücke, Margareta (Hrsg.)

Der Einzige und sein Eigenheim.
Hamburg: VSA-Verl. 1998. 205 S., Abb.; Tab.; Lit.=Schr.zu Polit.u.Kultur. 3
Wohneigentum, Eigenheim, Wertvorstellung, Ideologie, Philosophie, Sozialpsychologie, Einkommen, Kapitalmarkt, Wohnungsmarkt, Wohnungspolitik
Frankreich
BfLR; A 13 523

Hafner, Thomas; Wohn, Barbara; Reibholz-Chaves, Karin

Wohnsiedlungen. Entwürfe, Typen, Erfahrungen aus Deutschland, Österreich u. der Schweiz.
Berlin: Birkhäuser 1998. 311 S., Kt.; Abb.; Lit.; Reg.
Wohnsiedlung, Wohnungsbauplanung, Wohnungsbau, Städtebauziel, Architektur, Stadtgestaltung, Erschließung, Wohnen, Freifläche, Infrastruktur, Sozialstruktur
Bundesrepublik Deutschland, DDR, Österreich, Schweiz
BfLR; D 1010

Schneider, Nicole, Spellerberg, Annette

Wüstenrot Stiftung Deutscher Eigenheimverein e.V., Ludwigsburg (Hrsg.)
Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität. Zus. dt.
Opladen: Leske u. Budrich 1999. 297 S., Abb.; Tab.; Lit.
Wohnen, Raummobilität, Wohnungsmobilität, Lebensstil, Typisierung, Wohnung, Wohngebäude, Wohnstandort, Wandermotivation, Wohnungsmarkt, Regional
Bundesrepublik Deutschland, Ostdeutschland
BfLR; A 13 517

Heinritz, Günter (Hrsg.); Helbrecht, Ilse (Hrsg.)

TU München, Geographisches Institut (Hrsg.)
Sozialgeographie und Soziologie. Dialog der Disziplinen.
Passau: L.I.S. Verl. 1998. 101 S., Abb.; Lit.=Münchener geogr.H. H. 78
Sozialgeographie, Soziologie, Raum, Gesellschaft, Sozialwandel, Räumliche Identität
BfLR; X 467/40

Noller, Peter

Globalisierung, Stadträume und Lebensstile. Kulturelle u. lokale Repräsentationen des globalen Raums. Zus. dt.
Opladen: Leske u. Budrich 1999. 296 S., Lit.
Stadtentwicklung, Stadtraum, Sozialwandel, Tertiärer Sektor, Strukturwandel, Lebensstil, Sozialgruppe, Soziologie, Regulationstheorie, Stadtgestalt
Frankfurt am Main/Raum
BfLR; A 13 547

Sauberzweig, Dieter (Hrsg.); Laitenberger, Walter (Hrsg.)

Stadt der Zukunft – Zukunft der Stadt.
Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998. 289 S., Abb.; Tab.; Lit.
Stadtentwicklung, Zukunft, Sozialwandel, Strukturwandel, Gesellschaft, Wirtschaft, Telekommunikation, Urbanität, Wohnen, Stadtgestalt
BfLR; B 13 874

Eser, Thiemo W.

Zentrum für Europäische Studien, Trier (Hrsg.)
Regionale Disparitäten in den mittel- und osteuropäischen Ländern und die Osterweiterungsstrategie der Europäischen Union.
Trier 1998. 59 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Schriftenr.d.Zentrums f.Eur.Stud. Bd. 38
Wirtschaftsentwicklung, International, Strukturwandel, Regionale Disparität, Arbeitslose, Entwicklungsachse, Regionalpolitik, Strukturpolitik, International, EU
Mittelosteuropa
BfLR; A 13 541

Dühr, Stefanie

Zentrum für Europäische Studien, Trier (Hrsg.); Univ. Trier, Zentrum für Europäische Studien (Verw.)
Nachhaltige Regionalentwicklung als Leitbild für allindustrialisierte Regionen? Die Umstrukturierung von Allindustriestandorten in der Region Bitterfeld-Wolfen.
Trier 1998. 188 S.; Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Schriftenr.d.Zentrums f.Euror. Stud. Bd. 39
Regionalentwicklung, Raumplanungsziel, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit, Industrieregion, Erhebung, Regionalanalyse, Regionalpolitik, Strukturwandel, Chemieindustrie, Vollzugskontrolle
Bitterfeld, Wolfen, Bitterfeld/Kreis
BfLR; A 13 540

Reinborn, Dietmar

Städtebau im 19. und 20. Jahrhundert. Zus. dt.
Stuttgart: Kohlhammer 1996. 333 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Stadt, Stadtgestalt, Stadtentwicklung, Stadtgeschichte, Städtebau, Stadtplanung, Architektur, Wohnungsbau, Planungsgeschichte, Ideologie, Strukturwandel, Sozialwandel
Europa, Deutschland, Bundesrepublik Deutschland
BfLR; C 26 562

Network on Urban Research in the European Union (Hrsg.)

City limits. Applications of the „Atlas of agglomerations in the European Union“.
Duisburg 1998. 60 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Europolis-Work.Pap. No.5/N.U.R.E.C. Work.Pap. No. 5
Abgrenzung, Stadtregion, Stadtforschung, International, Städtebaupolitik, EU, Themaatlas, Indikator, Raummodell
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; C 26 534

Baron, Marion (Bearb.); Richter, Walter (Bearb.); Thielen, Hartmut (Bearb.)

Deutscher Städteatlas, Köln (Hrsg., Verant.)
Stadt der Zukunft – Verwaltung der Zukunft – Aufgaben der Stadtentwicklungsplanung. Fachtagung der Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“ am 23.6.1998 in der Landeshauptstadt Hannover.
Köln 1999. 88 S., Abb.; Tab.; Lit.=DST-Beitr.z.Stadtentwicl.u.z.Umweltschutz. H.28
Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verwaltungsreform, Kommunalverwaltung, Zukunft, Tagung
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; C 26 654

Vogels, Paul-Heinz; Will, Joachim

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Auftr.)
Raumordnerische und städtebauliche Auswirkungen von Factory-Outlet-Center. Grundlagenuntersuchung im Rahmen des Forschungsfeldes „Zentren“ des experimentellen Wohnungs- u. Städtebau. Zus. dt.
Berlin: Birkhäuser 1999. 152 S., Abb.; Tab.; Lit.=Stadtforsch.aktuell. Bd. 70
Einzelhandel, Verbrauchermarkt, Industriebetrieb, Industrieproduktion, Dienstleistungsstandort, Raumwirksamkeit, Modellrechnung, Stadtentwicklung, Innenstadt, Versorgung
Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien
BfLR; A 13 585

Schreckenberg, Winfried

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR-, Bonn (Hrsg.); Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Bonn (Auftr.)

Siedlungsstrukturen der kurzen Wege. Ansätze für eine nachhaltige Stadt-, Regional- und Verkehrsentwicklung. Zus. dt.
Bonn 1999. IV, 128 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Werkstatt: Praxis. Nr. 1/1999

Städtebaupolitik, Verkehrspolitik, Siedlungsstruktur, Stadtlumland, Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung, Regional, Kooperation, Güterverkehr, Parken, Kommunale Zusammenarbeit, Modellvorhaben
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; Y 1037/9

Dosch, Fabian; Fuhrich, Manfred

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR -, Bonn (Hrsg.)

Konzept und Indikatorenprofile für eine indikatorengestützte Erfolgskontrolle im Handlungsfeld „Haushälterisches Bodenmanagement“ des ExWoSt-Forschungsfeldes „Städte der Zukunft“.

Bonn 1999. 16 S., Abb.; Tab.; Lit.=Arbeitspapiere. 3/1999

Bodenpolitik, Regional, Flächennutzung, Umweltverträglichkeit, Indikator, Richtwert, Erfolgskontrolle, Modellvorhaben
Bundesrepublik Deutschland, Dessau, ST, Güstrow, MV, Heidelberg, BADW, Münster, NRW
BfLR; Y 1006/71

Wegener, Michael; Kunzmann, Klaus R. (Mitarb., Red.); Spiekermann, Klaus (Mitarb., Red.); Petz, Ursula von (Red.)

Univ. Dortmund, Institut für Raumplanung (Hrsg.)

Erkundungen zukünftiger Raumstrukturen. Dt.; engl.

Dortmund: Informationskreis für Raumplanung 1998. 242 S., Kt., Abb.; Tab.; Lit.=Dortmunder Beitr.z.Raumplanung. 84

Raumstruktur, Raumentwicklung, Stadtstruktur, Raummodell, Simulation, Raummobilität, Erreichbarkeit, Raumplanung, Verkehrsplanung, Geoinformationssystem, Ökologie
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; B 13 841

Hesse, Markus (Red.); Schmitz, Stefan (Red.)

Stadt – Landschaft. Orientierungen u. Bewertungsfragen zur Entwicklung der Agglomerationsräume. Themenheft.

In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1998)H.7/8, S.435-554, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Siedlungsentwicklung, Stadtregion, Stadtlumland, Stadtrand, Stadllandschaft, Verstädterung, Wohnungsbau, Zukunft
BfLR; Z 703

Roscher, Volker (Hrsg.)

Bund Deutscher Architekten –BDS-, Hamburg (Hrsg., Auftr.)

Stadt in der Zukunft. Perspektiven, Bedingungen, Initiativen.

Hamburg: Reim 1999. 95 S., Abb.; Tab.; Lit.=Schriftenr.d.Bundes Dt.Archit.Hamburg. H.13

Stadtentwicklung, Zukunft, Stadtstruktur, Kooperation, International, Stadtökonomie, Telematik, Zentralität, Planerausbildung
Hamburg, Bundesrepublik Deutschland
BfLR; A 13 593

Domröse, Ulrich (Hrsg.); Gelfort, Jack (Hrsg.)

Peripherie als Ort. Das Hellersdorf Projekt.

Stuttgart: Arnold 1999. 193 S., Abb.

Wohnsiedlung, Neuer Stadtteil, Stadtrand, Stadtgestalt, Architektur, Regional, Architekturgeschichte, Stadtgeschichte, Bevölkerung, Städtebau

Berlin-Hellersdorf, BLN

BfLR; C 26 689

Blotevogel, Hans Heinrich

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen –ILS-, Dortmund (Hrsg.); Nordrhein-Westfalen,

Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Düsseldorf (Auftr.)

Europäische Metropolregion Rhein-Ruhr. Theoretische, empirische u. politische Perspektiven eines neuen raumordnungspolitischen Konzepts.

Dortmund 1998. 98 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=ILS-Schriften.135

Raumentwicklung, International, Siedlungsstruktur, Verdichtungsraum, Stadtregion, Stadllandschaft, Raumplanungsziel, Raumtheorie,

Raumplanung, EU, Landesplanung, Vollzugskontrolle

Rhein-Ruhr-Gebiet, NRW

BfLR; C 26 528

Koch, Michael (Hrsg.); Schmidt, Willy A. (Hrsg.)

TH Zürich, Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung (Hrsg.)

Die Stadt in der Schweizer Raumplanung. Ein Lesebuch – Martin Lendi gewidmet.

Zürich: vdf Hochschulverl. 1999. 251 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=ORL-Schriften. 49

Stadtentwicklung, Raumplanung, Siedlungsstruktur, Stadtgestalt, Architektur, Städtebaupolitik, Stadtplanung

Schweiz

BfLR; B 13 958

Ausgewählte Veröffentlichungen**des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR)****Informationen zur Raumentwicklung**

Wanderungen – regionale Strukturen und Trends
Heft 11/12.1998, 20,00 DM

Regionale Auswirkungen der Globalisierung
Heft 1.1999, 10,00 DM

Wohnungsmarktbeobachtung
Systeme – Indikatoren – Ergebnisse
Heft 2.1999, 10,00 DM

Projektorientierte Planung –
das Beispiel IBA Emscher Park
Heft 3/4.1999, 20,00 DM

Forschungen des BBR

Vorsorgende Sicherung oberflächennaher Rohstoffe
Heft 91, 18,00 DM

Urban Future
Preparatory expertises (Overviews) for the World
Report on Urban Future for the Global Conference
on the Urban Future URBAN 21
Heft 92, 28,00 DM

Werkstatt: Praxis

Planung städtebaulicher Nutzungsmischung
in Stadterweiterungs- und Stadtlumlandvorhaben
in Europa
Nr. 2/1999, 16,00 DM

Modellvorhaben „Städtenetze“
Neue Konzeptionen der interkommunalen Kooperation
Nr. 3/1999, 14,00 DM

Städte der Zukunft
Auf der Suche nach der Stadt von morgen
Nr. 4/1999, 14,00 DM

Regionen der Zukunft – regionale Agenden
für eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung
Nr. 5/1999, 5,00 DM

Diese Veröffentlichungen sind über den Buchhandel zu beziehen oder beim Selbstverlag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Am Michaelshof 8, 53177 Bonn.